LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
15. Wahlperiode

Drucksache 15/4421
01. 04. 2010

Unterrichtung

durch die Landesregierung

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2009

Bericht der Landesregierung

gemäß § 20a Abs. 2 Landeshaushaltsordnung
i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
über Stand und Ergebnisse der Anwendung des § 6 Absätze 1 bis 3
und den allgemeinen Entwicklungsstand der Instrumente nach § 6 Absatz 5
(Teil A)

gemäß § 7b Abs. 4 Landeshaushaltsordnung
über die Erfüllung der Leistungsaufträge
(Teil B)

gemäß Beschluss des Landtags vom 18. März 2004,
vgl. Nr. IV der Landtagsdrucksache 14/2890
über den Projektfortschritt der KLR
(Teil C)

sowie

gemäß Haushaltsvermerk bei Kapitel 09 13
über den Stand und die Verwendung
der Selbstbewirtschaftungsmittel der Hochschulen
(Teil D)

zum 31. Dezember 2009

Dem Präsidenten des Landtags mit Schreiben des Ständigen Vertreters des Chefs der Staatskanzlei vom 31. März 2010 übersandt.
Federführend ist der Minister der Finanzen.
Der Bericht wird gemäß Beschluss des Landtags vom 6. Juli 2006 (vgl. Drucksache 15/46 Nummer II.2) zur Besprechung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 12. April 2010

Inhaltsverzeichnis

Seite

Teil A: Bericht über die Ausgabenbudgets . . . 3
I. Entwicklungen im Personalbereich . . . 3
1. Ausgabenquote und Ausgabenprognose (Anlage 1) . . . 3
2. Zahlfallentwicklung (Anlage 2) . . . 3
II. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben (Anlage 3) . . . 3
III. Entwicklungen im Bereich der landeseigenen Bauinvestitionen (Anlage 4) . . . 3
IV. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Investitionsausgaben (Anlage 5) . . . 3
V. Ressortbeiträge (Anlage 6) . . . 3

Teil B: Bericht über die Leistungsaufträge . . . 3
I. Entwicklung der Leistungsaufträge . . . 3
II. Entwicklung der Leistungsaufträge im Einzelnen . . . 4
1. Leistungsauftrag in der Vermessungs- und Katasterverwaltung (Anlage 7) . . . 4
2. Leistungsauftrag in der Steuerverwaltung (Anlage 8) . . . 4
3. Leistungsauftrag der Arbeitsverwaltungen im Justizvollzug (Anlage 9) . . . 4
4. Leistungsauftrag im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Förderung (Anlage 10 und Anlage 10 a) . . . 4
5. Leistungsauftrag im Bereich Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (Anlage 11) . . . 5
6. Leistungsauftrag im Bereich der Schuldner- und Insolvenzberatung (Anlage 12) . . . 5
7. Leistungsauftrag beim Landesamt für Geologie und Bergbau – LGB (Anlage 13) . . . 5
8. Leistungsaufträge bei den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (Anlage 14 bis 19) . . . 5
9. Leistungsauftrag beim Projekt Erweiterte Selbstständigkeit von Schulen (PES) – Vertretung von Unterricht (Anlage 20) . . . 5
10. Leistungsauftrag bei der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS) (Anlage 21) . . . 5
11. Leistungsauftrag Landesforsten Rheinland-Pfalz (Anlage 22) . . . 5
III. Detailentwicklung . . . 5

Teil C: Bericht über den Projektfortschritt der KLR . . . 6
I. Landesweite Entwicklung . . . 6
1. Einführung der landesweit einheitlichen KLR-Software . . . 6
2. Weitere Entwicklung (Anlage 23) . . . 6
II. Länderübergreifende Entwicklung . . . 6

Teil D: Verwendung der Selbstbewirtschaftungsmittel . . . 7
I. Berichtsgrundlage . . . 7
II. Entwicklung der Selbstbewirtschaftungsmittel (Anlage 24) . . . 7
III. Anmerkungen . . . 8
IV. Geplante Ausgaben im Haushaltsjahr 2010 . . . 8

A. Bericht über die Ausgabenbudgets

I. Entwicklungen im Personalbereich

1. Ausgabenquote und Ausgabenprognose (Anlage 1)

Über die Einzelpläne 01 bis 14 hinweg wurden rd. 41,4 Mio. € Minderausgaben erzielt. Die Reste betrugen zu Beginn des Haushaltsjahres rd. 33,8 Mio. €, so dass die Ressorts per Saldo rd. 7,5 Mio. € Minderausgaben erzielten. Demgegenüber stehen im Epl. 20 allerdings lediglich Minderausgaben i. H. v. rd. 1,5 Mio. € bei Ausgaberesten i. H. v. rd. 29,5 Mio. €. Im Bereich des Epl. 20 wurde also auf die in den zurückliegenden Jahren verbliebenen Minderausgaben zurückgegriffen, um die Mehrausgaben für die tarifliche Erhöhung sowie Besoldungs-/Versorgungsanpassung 2009 zu decken. Hierfür wurden rd. 27,9 Mio. € in Anspruch genommen.

Lediglich das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur (Epl. 09) überschritt sein Budget um rd. 2,9 Mio. €.

2. Zahlfallentwicklung (Anlage 2)

Im Jahresverlauf stiegen die Zahlfälle (unter Berichtigung der Altersteilzeit) um 441,7 an. Während etwa in den Epl. 05 und 08 sogar ein Zahlfallabbau gelang, stiegen die Zahlfälle im Epl. 03 (+ 93,4; wegen vermehrter Einstellung von Polizeianwärtern) und im Epl. 09 (+ 357,3; Verbeamtung und Ausbildung von Lehrern) besonders stark an.

II. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben [1] (Anlage 3)

Alle Ressorts haben das vorgegebene Ausgabenbudget einhalten können. Insgesamt wurden im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben [1] Minderausgaben von rd. 120,3 Mio. € erzielt. Bei rd. 92,7 Mio. € Ausgaberesten bedeutet dies, dass rd. 27,5 Mio. € erwirtschaftet wurden.
Sogar das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, das im Bericht zum 31. Juli noch Prognoseunsicherheiten sah, war in der Lage, die Ausgabereste (um rund 1,1 Mio. € auf rd. 21,7 Mio. €) zu erhöhen.

III. Entwicklungen im Bereich der landeseigenen Bauinvestitionen [2] (Anlage 4)

Im Bereich der landeseigenen Bauinvestitionen [2] gab es Minderausgaben i. H. v. rd. 56,9 Mio. €. Damit mussten die Ausgabereste (rd. 45,7 Mio. €) entgegen der Prognose im letzten Bericht lediglich in einem Einzelplan in Anspruch genommen werden. Per Saldo konnten die Ausgabereste insgesamt um rd. 11,2 Mio. € erhöht werden.

IV. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Investitionsausgaben [3] (Anlage 5)

Bei den sächlichen Investitionsausgaben [3] beliefen sich die Minderausgaben auf rd. 40,1 Mio. €. Dem gegenüber stehen Ausgabereste von 42,1 Mio. €, so dass sich netto die Ausgabereste um rd. 2,0 Mio. € verminderten.
Nicht einbezogen in den budgetierten Bereich der OGr. 81 und 82 werden zwei neue Titel der Obergruppe 81 im Einzelplan 20, Kapitel 20 25 (Zukunftsinvestitionen Rheinland-Pfalz), da sie dem Konjunkturpaket II zugerechnet werden müssen.

V. Ressortbeiträge (Anlage 6)

Detailinformationen zum Ausgabenstand und zur Ausgabenprognose können den in der Anlage 6 zusammengestellten Ressortbeiträgen entnommen werden.

B. Bericht über die Leistungsaufträge

I. Entwicklung der Leistungsaufträge

Im Doppelhaushalt 2009/2010 sind insgesamt 16 Leistungsaufträge gem. § 7 b LHO in folgenden Bereichen ausgebracht:

- Vermessungs- und Katasterverwaltung (Kap. 03 22),
- Steuerverwaltung (Kap. 04 04),
- Arbeitsverwaltungen im Justizvollzug (Kap. 05 04),
- arbeitsmarktpolitische Förderung (Kap. 06 02 und Kap. 06 12),
- Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (Kap. 06 02),

1) Das heißt Ausgaben der OGr. 51 bis 54 ohne die Gruppen 529 und 531 und im Epl. 05 ohne Gruppe 532.
2) Das heißt Ausgaben der HGr. 7.
3) Das heißt Ausgaben der OGr. 81 und 82.

- Anerkennung und Förderung der Schuldner- und Insolvenzberatung (Kap. 06 02),
- Landesamt für Geologie und Bergbau (Kap. 08 03),
- Dienstleistungszentren Ländlicher Raum – DLR
  - Westerwald-Osteifel (Kap. 08 51),
  - Eifel (Kap. 08 52),
  - Rheinpfalz (Kap. 08 53),
  - Mosel (Kap. 08 54),
  - Rheinhessen-Nahe-Hunsrück (Kap. 08 55),
  - Westpfalz (Kap. 08 56),
- Projekt Erweiterte Selbstständigkeit an Schulen – PES (Kap. 09 19),
- Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen – AQS – (Kap. 09 82) und
- Landesforsten (Kap. 14 10).

Summarisch betrachtet konnten die im Rahmen der Leistungsaufträge normierten Ziele weitgehend erreicht werden. Die vorgegebenen Leistungsparameter wurden fast überall erreicht, in Einzelfällen sogar überschritten.
Auf die bislang primär quantitative Erweiterung muss weiterhin in den kommenden Jahren verstärkt der qualitative Ausbau folgen. Dafür ist zunächst die Bereitschaft maßgeblich, sich vor dem Abschluss eines Leistungsauftrages konkrete und nachprüfbare Leistungsziele für den anstehenden Zeitraum zu setzen. Dabei muss es zentrales Anliegen sein, die Leistungsaufträge so aufzustellen, dass auch eine sowohl für die Landesregierung als auch das Parlament steuerungsrelevante Ebene abgebildet wird, die hinreichend die politischen Ziele widerspiegelt und sich nicht in Kleinteiligkeit verliert.

II. Entwicklung der Leistungsaufträge im Einzelnen

1. Leistungsauftrag in der Vermessungs- und Katasterverwaltung (Anlage 7)

Die vier neuen Aufgabenbereiche in der Vermessungs- und Katasterverwaltung schlossen – wie auch im Budgetbericht zum 31. Juli 2009 – negativ, zum Teil im niedrigen zweistelligen Bereich, ab.
Dies lag unter anderem an einer möglichst zeitnahen Schulungsphase am Produktionsbeginn des ALKIS®-Verfahrens zum 1. Juli 2010 oder der Verrichtung von Vorarbeiten und Sammlung von Erfahrungen nach dem Start des Projekts „Strukturierte Qualitätsverbesserung“ (SQV).

2. Leistungsauftrag in der Steuerverwaltung (Anlage 8)

Der auf dem Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern basierende Leistungsauftrag, der neben quantitativen Leistungsdaten vorwiegend Indikatoren der Arbeitsqualität abbildet, umfasst die Bereiche Veranlagungsstellen, Arbeitnehmerstellen und Körperschaftsteuerstellen. Bis auf den Punkt „Erledigungsquote der zu erwartenden Pflichtveranlagungen des letzten Veranlagungszeitraums“ im Bereich der Arbeitnehmerstelle, dessen Zielvorgabe nur knapp nicht erreicht werden konnte, haben alle übrigen Aufgabenbereiche positiv abgeschnitten.
Für 2010 werden, wegen der zum 1. Juni 2010 vorgesehenen Migration auf die Automationsverfahren des EOSS-Verbunds, keine Ziele vereinbart, da die Auswirkungen der Umstellung nicht prognostizierbar sind.

3. Leistungsauftrag der Arbeitsverwaltungen im Justizvollzug (Anlage 9)

Die Zahl der „Beschäftigten Gefangenen“ ist gegenüber dem Budgetbericht zum 31. Juli leicht gestiegen und hat den Planwert nur knapp verfehlt, dennoch liegt sie infolge der Finanzkrise um ca. 150 Beschäftigte unter dem Vorjahreswert.
Der Einnahmeüberschuss hat sich aufgrund des Rückgangs von Aufträgen durch Unternehmerbetriebe, des Wegfalls eines umsatzstarken Unternehmerbetriebes Mitte des Jahres und der anfallenden Ausgaben für Rohstoffe für die Erbringung von Eigenleistungen für den Neubau der JVA Wittlich reduziert.

4. Leistungsauftrag im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Förderung (Anlage 10 und Anlage 10 a)

Durch die Vielzahl an Aufgabenbereichen sind diese der Übersichtlichkeit halber in überdurchschnittliche, stabile und unterdurchschnittliche Entwicklungen untergliedert.
Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten die Maßnahmenbereiche Konversion, SGB-II-Flankierung, Nachholender Schulabschluss, Verbesserung der Ausbildungschancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund, Regionale Beschäftigungsentwickler, Vertiefte Berufsorientierung, Krisenmanagement, Förderung von Netzwerken, Beratung vor und nach der Existenzgründung sowie Projekte und Maßnahmen für die Zielgruppe Frauen aus dem Bereich des Kapitels 06 12 (neu).
Stabil verliefen die Förderansätze in den Bereichen Job-Füxe, Kommunale Jugend-Scouts, SGB-III-Projekte und Regionale Vermittlungszentren für ältere Langzeitarbeitslose.
Unterdurchschnittlich entwickelten sich die Bereiche Betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik, Fit für den Job, Berufsmentoring und Projekte für die Zielgruppe Frauen.
Unterdurchschnittliche Entwicklungen beruhen in der Regel auf Antragsrücknahmen und Unterlassung von Folgeanträgen.

5. Leistungsauftrag im Bereich Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (Anlage 11)

Das Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (LKindSchuG) sieht frühe Förderung und rechtzeitige Hilfen zur Vermeidung von Vernachlässigung, Missbrauch oder Misshandlung vor.
Dieser neue Leistungsauftrag beschreibt zwei wesentliche Ansätze:
- Aufbau lokaler Netzwerke zur Förderung des Kindeswohls und zur Verbesserung des Kinderschutzes,
- Förderung von Kindergesundheit, besonders durch die Steigerung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder.

Die vor allem im zweiten Aufgabenbereich „Steigerung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern“ erhöhten Zahlen der Erinnerungsschreiben, der Meldungen des Zentrums für Kindervorsorge (ZfK) an die Gesundheitsämter (GÄ) und besonders der GÄ an die Jugendämter sollen durch den bereits initiierten optimierten Verfahrensablauf herabgesetzt werden.

6. Leistungsauftrag im Bereich der Schuldner- und Insolvenzberatung (Anlage 12)

Nach nunmehr zehnjähriger Erfahrung der Insolvenzberatungsstellen konnten die Prozessabläufe weitgehend optimiert werden. Hieraus resultieren eine zügigere Bearbeitung von Beratungsfällen und die Zunahme abgeschlossener Beratungsverfahren bei annähernd unveränderten Fallzahlen. Der Rückgang der Veranstaltungen/Tagungen/Schulungen und weiterer Bereiche beruht auf der nunmehr abgeschlossenen Anpassung der Statistik der Schuldner- und Insolvenzberatung und des diesbezüglich erheblichen Schulungsbedarfs in 2008.

7. Leistungsauftrag beim Landesamt für Geologie und Bergbau – LGB (Anlage 13)

Der angestrebte Abarbeitungsgrad von 67 % konnte aufgrund anderer wichtiger Aufgaben im Bereich CO_2-Speicherkataster (deutschlandweites Projekt mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe) sowie intensiver Zuarbeiten zum EU-Projekt „Interreg IV – Geopotenziale des tieferen Untergrundes im Oberrheingraben“ nicht erreicht werden.
Vorausschauend wird dadurch auch das Ziel 2010 mit einem Abarbeitungsgrad von 72 % nicht erreicht werden.

8. Leistungsaufträge bei den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (Anlage 14 bis Anlage 19)

Die einzelnen Leistungsaufträge der Kapitel 08 51 bis 08 56 in den Bereichen Schule, Beratung, Weiterbildung, Versuchswesen sowie ländliche Bodenordnung, zur Steigerung der Qualitäts- und Marktorientierung, sind hohen Schwankungen unterworfen. Ein Vergleich zwischen den einzelnen Dienstleistungszentren ist aufgrund der strukturellen Unterschiede nur schwer möglich.
So stiegen in allen Dienstleistungszentren die durchschnittlichen Kosten einer Beratung bei einer überwiegend rückläufigen Zahl an Beratungen. Dies ist auf eine veränderte Struktur der Agrarwirtschaft zurückzuführen. Wenn Beratungsangebote genutzt werden, handelt es sich meistens um aufwendigere und zeitintensivere Beratungen. Die Beanstandungsquote in diesem Bereich ist überall positiv zu bewerten. Im Bereich Schule konnten die Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler durchweg gesenkt werden. Auch im Bereich der Weiterbildung sind die Kosten überwiegend gesunken, jedoch auch die Zahl der Veranstaltungen und der Teilnehmer.

9. Leistungsauftrag beim Projekt Erweiterte Selbstständigkeit von Schulen (PES) – Vertretung von Unterricht (Anlage 20)

Aufgrund des schuljahresbezogenen Erhebungsstichtags können Angaben zum temporären Unterrichtsausfall nur für das Schuljahr 2008/2009 (Stichtag 10. Juli 2009) gemacht werden. Hier konnte mit einem temporären Unterrichtsausfall von rd. 2,7 % das anvisierte Ziel der Verminderung des temporären Unterrichtsausfalls auf $^1/_3$ bis $^1/_2$ (bezogen auf den im Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2007/2008 ausgewiesenen Referenzwert von 4,2 %) erreicht werden. Die Ausweitung auf 720 an diesem freiwilligen Projekt teilnehmende weiterführende Schulen wurde mit 708 Schulen nur knapp verfehlt.

10. Leistungsauftrag bei der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS) (Anlage 21)

Die Anzahl der Schulbesuche konnte infolge von Langzeiterkrankungen und Fluktuation im Bereich der schulischen Referenten (Teamleiter) nicht erreicht werden; ebenso wie die Anzahl der Berichte, die aufgrund der methodischen Umstellung der Berichtsformate von einem vorläufigen und einem endgültigen Bericht auf lediglich einen abschließenden Bericht geändert wurde.
Im Bereich der Info-Veranstaltungen konnte die Zahl der Teilnehmer bei gleichzeitiger Senkung der Veranstaltungen erhöht werden. Dies ist unter anderem den neuen Tagungsräumlichkeiten im neuen Dienstgebäude geschuldet.

11. Leistungsauftrag Landesforsten Rheinland-Pfalz (Anlage 22)

Der mit überwiegend neuen Aufgabenbereichen besetzte Leistungsauftrag hat seine Zielvorgaben bis auf die Neuanlage, Erhaltung und Wiederbegründung naturnaher Wälder (aufgrund der verkürzten Pflanzzeit durch den vorzeitigen Wintereinbruch) und der Bodenschutzkalkungen, die nach einer Fachberatung auf den notwendigen Umfang reduziert wurden, alle übererfüllt.

III. Detailentwicklung

Hinsichtlich der Detailentwicklung wird auf die Anlagen 7 bis 22 verwiesen, in der für die einzelnen Leistungsaufträge die jeweiligen Leistungsparameter dargestellt sind.

C. Bericht über den Projektfortschritt der KLR

I. Landesweite Entwicklung

1. Einführung der landesweit einheitlichen KLR-Software

Die Arbeiten am Landesmodell KLR mit dem

- Landesuntersuchungsamt und
- dem Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation

wurden bereits in 2006 abgeschlossen.

Aufbauend auf diesem Landesmodell sind zwischenzeitlich auch

- das Landesamt für Mess- und Eichwesen,
- die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion,
- das Statistische Landesamt,
- das Landesamt für Geologie und Bergbau,
- die SGD-Nord,
- die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum sowie
- die Landesschule für Gehörlose und Schwerhörige in Neuwied, die Landesschule für Blinde und Sehbehinderte in Neuwied sowie die Wilhelm-Hubert-Cüppers-Schule in Trier

an das KLR-System angeschlossen.

Im Jahr 2010

- wird für die zwanzig Vermessungs- und Katasterämter in Rheinland-Pfalz die Migration auf das Landesmodell erfolgen;
- werden die rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten hinzukommen. Zusätzlich zum KLR-Modul ist erstmalig auch die Nutzung des Finanzbuchhaltungs-Moduls vorgesehen. Nach erfolgreichem Roll-Out werden mindestens 1 500 Benutzer in der Software angelegt sein, somit stellt die KLR-Implementierung bei den Justizvollzugsanstalten – aufgrund der Anzahl der Anwender und der genutzten Module – das bislang größte KLR-Projekt der vorgenannten Behörden dar.

Weiterhin werden allen interessierten Dienststellen bzw. Behörden KLR-Informationsveranstaltungen angeboten, die von der beim Ministerium der Finanzen angesiedelten „KLR-Task-Force“ gerne auch vor Ort bei diesen Dienststellen durchgeführt werden. Daneben werden – bei Konkretisierung einer KLR-Einführung – im Rahmen von „Einzel-Workshops“ die wesentlichen Elemente und Funktionalitäten der gemeinsamen KLR-Software anhand von Beispielen in der Testumgebung vorgestellt.

2. Weitere Entwicklung (Anlage 23)

Die das Landesmodell nutzenden Dienststellen werden in betriebswirtschaftlichen und anwendertechnischen Fragen durch das Finanzministerium im Rahmen eines First-Level-Supports intensiv betreut. Gleichzeitig wird das vorhandene Landesmodell kontinuierlich optimiert:

- Auf der Internet-Plattform „Gruppe KLR“ werden den KLR-Anwendern aktuelle Informationen/Dokumente zur Verfügung gestellt.
- Es finden nach Möglichkeit halbjährlich KLR-Anwendertreffen statt, die der engeren Vernetzung und dem Austausch der angeschlossenen Dienststellen dienen.
- Im Berichtszeitraum fand – in Ergänzung zu den regelmäßig durchgeführten Anwendertreffen – erstmalig ein „Treffen auf Arbeitsebene“ statt, welches – aufgrund der positiven Resonanz – zukünftig ebenfalls halbjährlich veranstaltet werden soll.

II. Länderübergreifende Entwicklung

Durch das Haushaltsgrundsätzemodernisierungsgesetz (HGrGMoG) wurde das Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) insoweit geändert, als gleichberechtigt neben die Kameralistik auch die kaufmännische Buchführung treten kann, wenn damit eine Vergleichbarkeit der Daten sichergestellt wird.

Zur Gewährleistung dieser einheitlichen Verfahrens- und Datengrundlagen wurde von Bund und Ländern das Standardisierungsgremium nach § 49 a Abs. 1 HGrG eingerichtet, das entsprechende Standards für kamerale und doppische Haushalte sowie Produkthaushalte erarbeitet und sicherstellen soll, dass die finanzstatistischen Anforderungen berücksichtigt werden. Eine wesentliche Ausprägung der Standards wurde bis zum Ende des Jahres 2009 konzipiert. Nach einer anfänglichen Konsolidierungsphase sollen diese künftig – einschließlich der kameralen Standards – mindestens einmal jährlich überprüft und fortentwickelt werden.

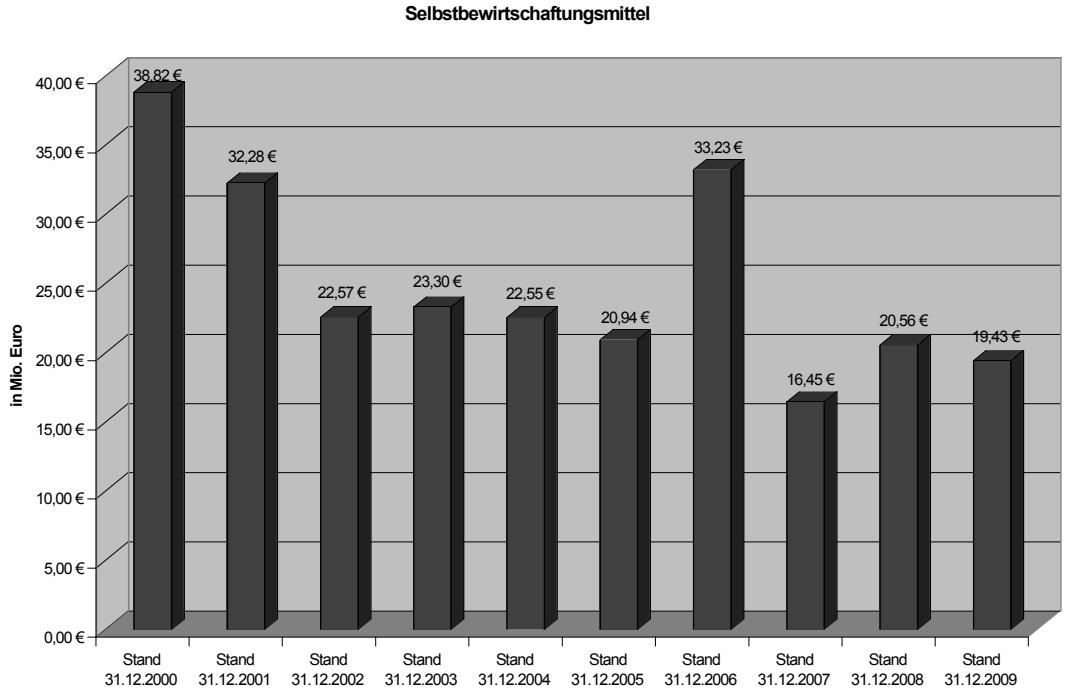
D. Verwendung der Selbstbewirtschaftungsmittel

I. Berichtsgrundlage

Gemäß Haushaltsvermerk bei Kapitel 09 13 (Allgemeine Bewilligungen – Hochschulen und Klinikum, Forschung, Ausbildungsförderung) können die am Ende eines Haushaltsjahres nicht in Anspruch genommenen Ausgabenermächtigungen nach § 15 Abs. 2 LHO zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden. Über die zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Mittel, die hieraus getätigten Investitionen und konsumtiven Ausgaben, strukturiert nach wesentlichen Schwerpunkten sowie über die Höhe der noch verbleibenden Mittelreserve und die Zielsetzung ihrer geplanten Verwendung, berichtet die Landesregierung zusammen mit dem Jahresbudgetbericht gem. § 6 LHG.

II. Entwicklung der Selbstbewirtschaftungsmittel (Anlage 24)

1. Die Selbstbewirtschaftungsmittel wurden ab dem Jahr 2000 recht sukzessive bis zum Ende des Jahres 2005 zurückgeführt. In 2006 konnten die Selbstbewirtschaftungsmittel wieder aufgebaut werden. Mit dem Haushaltsjahr 2007 wurden die Universitäten in Trier und Kaiserslautern sowie die Fachhochschulen in Kaiserslautern und Mainz ebenfalls (nach der Universität Mainz ab 2005) aus dem kameralen Landeshaushalt ausgegliedert und die noch in vorhergehenden Jahren in deren Haushalten aufgebauten Selbstbewirtschaftungsmittel in den Wirtschaftsplan der betreffenden Hochschulen überführt. [4)]



2. Im Jahr 2009 entwickelten sich die Selbstbewirtschaftungsmittel in den wissenschaftlichen Hochschulen und den Fachhochschulen (Kapitel 09 09, 09 10, 09 61, 09 63, 09 64, 09 66, 09 67) in der Summe wie folgt:

Stand der Selbstbewirtschaftungsmittel am 1. Januar 2009	20 564 233,70 €
Zuführungen in die Selbstbewirtschaftung in 2009	920 576,93 €
Entnahmen aus der Selbstbewirtschaftung in 2009	– 2 055 726,07 €
Stand der Selbstbewirtschaftungsmittel am 31. Dezember 2009	19 429 084,56 €

3. Darstellung der getätigten investiven und konsumtiven Ausgaben in 2009:

   Investive Maßnahmen wurden in 2009 aus den Selbstbewirtschaftungsmitteln in Höhe von 1 293 462,14 € zur Ausstattung der Umweltwissenschaften der Uni Koblenz-Landau sowie zur Verbesserung deren technischer Grundausstattung finanziert.
   Im konsumtiven Bereich wurden nur bei der FH Koblenz (461 916,45 € für Sachausgaben) und der FH Trier (300 347,48 € für Sachausgaben) Mittel für den Bereich Forschung und Lehre verausgabt. Die auf die einzelnen Hochschulen entfallenden Selbstbewirtschaftungsmittelanteile und -veränderungen sind in der Anlage 25 dargestellt.

4) Vgl. zur Entwicklung der Selbstbewirtschaftungsmittel der jeweiligen Hochschule Anlage 24.

III. Anmerkungen

Seit dem Haushaltsjahr 2005 wird die Johannes Gutenberg-Universität nach kaufmännischen Kriterien entsprechend § 103 Hochschulgesetz geführt. Zu diesem Zeitpunkt wurde sie aus dem kameralistischen Landeshaushalt ausgegliedert. Die Landesmittel werden daher im Landeshaushalt nur noch als Zuführungen im Kapitel 09 05 dargestellt. Die Selbstbewirtschaftungsmittel wurden ab dem 1. Januar 2005 in den Wirtschaftsplan der Hochschule aufgenommen. Die Selbstbewirtschaftung besteht damit nicht mehr. Seit dem Haushaltsjahr 2007 wurden die Universitäten in Trier und Kaiserslautern sowie die Fachhochschulen in Kaiserslautern und Mainz ebenfalls aus dem kameralistischen Landeshaushalt ausgegliedert. Die Selbstbewirtschaftungsmittel wurden zum 1. Januar 2007 in den Wirtschaftsplan der entsprechenden Hochschule aufgenommen. Dadurch besteht die Selbstbewirtschaftung nicht mehr.

IV. Geplante Ausgaben im Haushaltsjahr 2010

Es sind weder im konsumtiven noch im investiven Bereich für das Haushaltsjahr 2010 Ausgaben geplant.

Anlagen

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010 - Hauptgruppe 4 - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2009

Einzelplan	Soll 2008 einschl. Ausgabereste und Rücklagen, tarifl. bedingte Mehrausgaben und evtl. sonst. Veränderungen	Ist 2008	Ist 2008 zum Soll 2008	Ansatz 2009	PVM 2009 Tarifbedingte Personalmehr-ausgaben	Zuführungen				In Abgangstellung		Einsparungen z.B. Erfüllung von Einsparauflagen	Soll 2009
						von Ausgabe-resten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2010 ff. bewilligte Ausgabereste	aus Titel 861 01 bzw. entsprechenden Titeln aus TGr.	z.B. aufgrund von Kopplungs-vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig-keiten, üpl., apl.	nach Titel 861 01 bzw. entsprechende Titel aus TGr.	z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs-fähigkeiten		
	in €	in €	in v.H.	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €
01 [1]	25.301.661	24.680.149	97,5%	25.767.300	836.500	467.753				6.722	5.593	42.075	27.017.164
02 StK	10.497.473	10.439.080	99,4%	10.307.600	441.400	43.700		156.188	2.444		3.029		10.948.302
02 LV	5.155.777	4.720.316	91,6%	5.044.300	99.400	212.175	76.500		7.020	623	18.791		5.343.481
03 [2]	845.302.362	833.269.348	98,6%	841.179.500	24.186.000	12.032.300		123.907	9.108.318	1.782.458	6.743.801		878.103.766
04	364.275.111	361.980.629	99,4%	354.408.300	9.323.000	2.294.200			5.934.257	1.160.604	189.608		370.609.545
05	445.857.126	438.248.506	98,3%	446.633.500	12.489.300	4.910.021		1.996	264.624	1.678.332	138.645		462.482.463
06	101.388.743	91.769.417	90,5%	93.613.100	1.795.000	6.717.948				141.328	24.400		101.960.321
08	145.286.069	137.968.314	95,0%	141.284.600	2.500.000	309.405		780.557	8.116.772	175.305	27.306		152.788.724
09	2.746.188.787	2.745.672.869	100,0%	2.813.113.200	76.111.133	4.491.433		4.937	61.584.500	3.261.786	53.980.850	744.748	2.897.317.819
10 [3] [4]	17.439.898	14.990.455	86,0%	17.803.800							118.074	13.242	17.672.484
14	92.544.181	89.394.189	96,6%	92.237.500	2.758.400	2.362.495		50.940	1.308.542	371.060	68.500		98.278.316
Zwischen-ergebnis	4.799.237.190	4.753.133.271	**99,0%**	4.841.392.700	130.540.133	33.841.431	76.500	1.118.524	86.326.476	8.578.217	61.318.598	800.064	5.022.522.386
20 [5]	98.145.600	0	0,0%	105.000.000	-132.929.000	29.457.800							1.528.800
Gesamt-ergebnis	4.897.382.790	4.753.133.271	**97,1%**	4.946.392.700	-2.388.867	63.299.231	76.500	1.118.524	86.326.476	8.578.217	61.318.598	800.064	5.024.051.186

Anmerkungen:

1) Unter Berücksichtigung von Kapitel 01 01 Titel 411 72 und 427 72.

2) Epl. 03 einschließlich Kapitel 03 09.

3) Die Inabgangstellung von 118.074€ erfolgt anteilig auch zur Erbringung der Bewirtschaftungsmaßnahme nach Nr. 2.1 der VV über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im HHJ 2009 auf freiwilliger Basis .

4) Die Einsparung i.H.v. 13.242€ dient der Beteiligung am Landesfonds A/H1N1zur Bekämpfung der Influenzapandemie auf freiwilliger Basis (2.200 €) und dem Ausgleich außerplanmäßiger Ausgaben bei Kapitel 10 01 Titel 534 01 (11.042€).

5) Die Differenz von 2,39 Mio.€ bei den Personalverstärkungsmitteln ging den Globalhaushalten zu (HGr. 6).

Anlage 1

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010 - Hauptgruppe 4 - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2009

Epl.	Soll 2009	31.07.2009						Soll 2009	31.12.2009				Mehr-/ Minderaus-gaben	Ansatz 2010	Prognose zum 31.07.2010	
		geplantes Soll zum 31.07.	Ist zum 31.07.	Ab-weichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2009	Prognose zum 31.12.2009			geplantes Soll zum 31.12.	Ist zum 31.12.	Ab-weichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2009	Differenz Soll 2009 zum Ist			
	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2007	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in €	in €	in v.H.
01	26.205.053	16.003.787	16.217.503	1,3%	61,9%	26.470.110	101,0%	27.017.164	26.470.110	26.000.122	-1,8%	96,2%	-1.017.042	25.722.600	15.978.526	62,1%
02 StK	10.351.300	6.279.063	6.514.153	3,7%	62,9%	10.815.000	104,5%	10.948.302	10.815.000	10.890.357	0,7%	99,5%	-57.946	10.449.300	6.050.000	57,9%
02 LV	5.256.475	2.775.200	2.959.480	6,6%	56,3%	4.841.512	92,1%	5.343.481	4.841.512	4.896.688	1,1%	91,6%	-446.793	4.993.000	2.970.500	59,5%
03	852.169.200	539.532.900	555.335.036	2,9%	65,2%	870.075.048	102,1%	878.103.766	870.075.048	869.105.037	-0,1%	99,0%	-8.998.729	848.554.700	570.514.280	67,2%
04	356.857.400	238.580.000	236.787.170	-0,8%	66,4%	368.552.947	103,3%	370.609.545	368.612.055	364.149.992	-1,2%	98,3%	-6.459.553	355.263.300	239.595.831	67,4%
05	450.083.521	280.484.000	291.525.321	3,9%	64,8%	460.232.605	102,3%	462.482.463	460.232.605	459.914.123	-0,1%	99,4%	-2.568.340	453.367.900	276.686.491	61,0%
06	100.331.048	57.780.000	57.730.268	-0,1%	57,5%	95.311.500	95,0%	101.960.321	95.311.500	94.659.573	-0,7%	92,8%	-7.300.747	90.038.000	58.329.000	64,8%
08	142.983.101	88.637.957	89.184.429	0,6%	62,4%	142.928.295	100,0%	152.788.724	142.928.295	142.666.094	-0,2%	93,4%	-10.122.630	140.367.100	89.075.607	63,5%
09	2.818.890.846	1.851.730.431	1.851.730.431	0,0%	65,7%	2.915.070.117	103,4%	2.897.317.819	2.915.070.117	2.900.247.361	-0,5%	100,1%	2.929.541	2.871.847.900	1.941.834.051	67,6%
10	17.593.227	10.600.000	10.006.324	-5,6%	56,9%	16.415.400	93,3%	17.672.484	16.415.400	15.582.416	-5,1%	88,2%	-2.090.068	18.202.700	11.005.000	60,5%
14	96.164.647	56.094.774	56.619.892	0,9%	58,9%	95.407.557	99,2%	98.278.316	95.407.557	93.024.966	-2,5%	94,7%	-5.253.350	92.256.300	59.746.567	64,8%
Zwischen-ergebnis	4.876.885.819	3.148.498.112	3.174.610.008	0,8%	**65,1%**	5.006.120.091	**102,6%**	5.022.522.386	5.006.179.199	4.981.136.729	-0,5%	**99,2%**	-41.385.657	4.911.062.800	3.271.785.853	**66,6%**
20	134.457.800				0,0%		0,0%	1.528.800		0		0,0%	-1.528.800	240.000.000		
Gesamt-ergebnis	5.011.343.619	3.148.498.112	3.174.610.008	0,8%	**63,3%**	5.006.120.091	**99,9%**	5.024.051.186	5.006.179.199	4.981.136.729	-0,5%	**99,1%**	-42.914.457	5.151.062.800		

Anlage 2

§ 6 LHG 2009/2010
Personalentwicklung in den budgetierten Personalausgabenbereichen
- HHJ 2009 -
sowie personalbezogene Prognose über den vorauss. weiteren Verlauf
nach Beamten und Beschäftigten

Einzelplan	Ausgaben-gruppe	Stand zum Dezember 2008 [1) 2)]	Zuzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Arbeitsphase sind [3)]	Abzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Freistellungs-phase sind [3)]	Stand zum Dezember mit Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1) 3)]	Stand zum Juli 2009 [1) 2)]	Zuzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Arbeitsphase sind [3)]	Abzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Freistellungspha se sind [3)]	Stand zum Juli mit Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1) 3)]	Differenz zum Dezember ohne Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1)]	Differenz zum Dezember mit Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1)]	Prognose für Dezember 2009 ohne Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1)]	Stand zum Dezember 2009 [1) 2)]	Zuzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Arbeitsphase sind [3)]	Abzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Freistellungs-phase sind [3)]	Stand zum Dezember mit Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1) 3)]	Differenz zum Dezember Vorjahr ohne Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1)]	Differenz zum Dezember Vorjahr mit Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1)]	Prognose für Juli 2010 ohne Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1)]
		Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ
01	422	52			51,9	53			52,9	1,0	1,0	54	55,16			55,2	3,3	3,3	56
	428	85	1,5		86,8	82	1,7	0,5	83,7	-2,8	-3,1	85	83,94	1,6	1,0	84,6	-1,4	-2,2	84
	Gesamt	**137**	**1,5**	**0,0**	**138,7**	**135**	**1,7**	**0,5**	**136,6**	**-1,8**	**-2,1**	**139**	**139,10**	**1,6**	**1,0**	**139,7**	**1,9**	**1,0**	**140**
02-Stk	422	44	0,9	0,5	44,2	47	0,4	1,0	46,0	2,8	1,8	48	48,09	0,9	1,0	48,0	4,3	3,8	49
	428	104	2,3	1,3	105,5	106	1,9	1,7	106,2	1,7	0,8	106	106,69	1,4	2,3	105,8	2,3	0,3	107
	Gesamt	**148**	**3,2**	**1,8**	**149,6**	**153**	**2,2**	**2,7**	**152,2**	**4,5**	**2,6**	**154**	**154,78**	**2,2**	**3,3**	**153,8**	**6,6**	**4,1**	**156**
02-LV	422	24	1,0	0,5	24,6	21	0,5	1,0	20,8	-2,8	-3,8	23	21,68		1,5	20,2	-2,4	-4,4	23
	428	40	1,5		41,5	37	2,5		39,5	-3,0	-2,0	40	39,57	3,0		42,6	-0,4	1,1	41
	Gesamt	**64**	**2,5**	**0,5**	**66,0**	**58**	**3,0**	**1,0**	**60,3**	**-5,8**	**-5,8**	**63**	**61,25**	**3,0**	**1,5**	**62,8**	**-2,8**	**-3,3**	**64**
03	422	12.165	49,9	83,9	12.130,9	12.158	45,6	73,3	12.130,7	-6,5	-0,3	12.247	12.254,60	46,3	61,5	12.239,4	89,7	108,5	12.396
	428	2.616	73,5	68,2	2.621,7	2.594	74,1	73,0	2.595,3	-22,0	-26,3	2.570	2.575,25	106,3	75,0	2.606,6	-41,1	-15,1	2.614
	Gesamt	**14.781**	**123,5**	**152,1**	**14.752,6**	**14.753**	**119,7**	**146,3**	**14.726,0**	**-28,6**	**-26,6**	**14.817**	**14.829,85**	**152,6**	**136,5**	**14.846,0**	**48,7**	**93,4**	**15.010**
04	422	5.758	133,6	111,5	5.779,7	5.589	115,8	128,8	5.575,8	-168,8	-203,9	5.703	5.830,96	107,9	135,7	5.803,1	73,4	23,4	5.805
	428	1.193	64,4	39,2	1.218,7	1.182	64,6	45,8	1.201,1	-11,2	-17,6	1.199	1.163,50	85,3	47,7	1.201,1	-30,0	-17,7	1.198
	Gesamt	**6.951**	**198,0**	**150,7**	**6.998,4**	**6.771**	**180,5**	**174,6**	**6.776,9**	**-180,0**	**-221,4**	**6.902**	**6.994,46**	**193,2**	**183,4**	**7.004,2**	**43,4**	**5,8**	**7.003**
05	422	5.746	23,6	33,5	5.736,4	5.775	16,8	26,1	5.765,5	28,6	29,1	5.829	5.830,07	20,8	22,1	5.828,7	83,8	92,3	5.875
	428	2.210	29,7	24,2	2.215,5	2.123	33,2	27,2	2.129,3	-86,7	-86,3	2.144	2.107,96	39,0	29,0	2.118,0	-102,1	-97,6	2.115
	Gesamt	**7.956**	**53,3**	**57,7**	**7.951,9**	**7.898**	**49,9**	**53,3**	**7.894,8**	**-58,1**	**-57,1**	**7.973**	**7.938,03**	**59,7**	**51,1**	**7.946,7**	**-18,3**	**-5,3**	**7.990**
06	422	659	11,1	9,0	661,0	637	11,6	8,0	640,2	-22,4	-20,9	662	664,49	9,7	9,5	664,7	5,5	3,7	684
	428	751	12,0	9,1	753,9	743	15,6	8,6	750,1	-7,8	-3,8	746	750,41	17,9	8,9	759,4	-0,5	5,5	750
	Gesamt	**1.410**	**23,1**	**18,1**	**1.415,0**	**1.380**	**27,2**	**16,7**	**1.390,3**	**-30,2**	**-24,7**	**1.408**	**1.414,90**	**27,6**	**18,4**	**1.424,1**	**5,0**	**9,1**	**1.435**
08	422	1.018	28,6	18,0	1.028,5	1.025	26,6	17,5	1.033,9	6,9	5,4	1.028	1.019,40	24,6	20,5	1.023,5	1,4	-5,1	1.025
	428	833	25,2	17,8	840,6	797	26,5	18,9	804,4	-36,3	-36,2	800	797,95	33,0	20,9	810,1	-35,2	-30,5	803
	Gesamt	**1.851**	**53,8**	**35,8**	**1.869,1**	**1.822**	**53,0**	**36,4**	**1.838,3**	**-29,4**	**-30,8**	**1.828**	**1.817,35**	**57,6**	**41,4**	**1.833,6**	**-33,8**	**-35,6**	**1.828**
09	422	31.506	1.571,8	1.099,0	31.979,2	32.217	1.267,8	1.391,4	32.093,6	710,9	114,5	32.344	31.962,57	1.390,1	1.280,2	32.072,5	456,2	93,4	31.705
	428	4.869	114,8	75,3	4.908,5	4.821	112,4	83,9	4.849,7	-47,8	-58,8	4.816	5.104,53	153,7	85,8	5.172,4	235,6	263,9	5.094
	Gesamt	**36.375**	**1.686,6**	**1.174,3**	**36.887,6**	**37.038**	**1.380,1**	**1.475,2**	**36.943,3**	**663,1**	**55,6**	**37.159**	**37.067,10**	**1.543,8**	**1.366,0**	**37.244,9**	**691,8**	**357,3**	**36.798**
10	422	121	0,5	3,5	117,8	121	1,5	3,0	120,0	0,7	2,2	120	114,07	2,5	2,5	114,1	-6,7	-3,7	120
	428	29	0,4	1,1	28,7	33	0,5	0,8	32,7	3,8	4,0	32	32,85	0,7	0,8	32,7	3,5	4,0	34
	Gesamt	**150**	**0,9**	**4,6**	**146,5**	**155**	**2,0**	**3,8**	**152,7**	**4,4**	**6,2**	**152**	**146,92**	**3,2**	**3,3**	**146,8**	**-3,2**	**0,3**	**153**
14	422	709	10,0	10,5	708,5	713	10,5	9,0	714,0	3,5	5,5	731	708,50	9,5	8,0	710,0	-0,5	1,5	724
	428	724	14,4	15,2	723,3	712	16,7	15,1	713,8	-11,9	-9,6	714	726,30	25,4	15,1	736,6	2,3	13,3	715
	Gesamt	**1.433**	**24,4**	**25,7**	**1.431,8**	**1.425**	**27,2**	**24,1**	**1.427,8**	**-8,4**	**-4,0**	**1.444**	**1.434,80**	**34,9**	**23,1**	**1.446,6**	**1,7**	**14,8**	**1.440**
Insgesamt	422	57.802	1.830,9	1.369,9	58.262,7	58.356	1.496,9	1.659,1	58.193,3	553,9	-69,3	58.788	58.509,59	1.612,2	1.542,6	58.579,3	708,0	316,6	58.462
	428	13.456	340,0	251,2	13.544,7	13.232	349,6	275,6	13.305,8	-224,2	-238,9	13.251	13.488,95	467,2	286,4	13.669,8	33,0	125,1	13.555
	Gesamt	**71.258**	**2.170,9**	**1.621,1**	**71.807**	**71.587**	**1.846,5**	**1.934,6**	**71.499**	**329,7**	**-308,2**	**72.039**	**71.998,54**	**2.079,4**	**1.829,0**	**72.249,0**	**741,0**	**441,7**	**72017**

Anmerkungen:

1) Zahlfälle sind in Vollzeit umgerechnet und wurden gerundet sowie die Beschäftigungsmöglichkeiten für teilzeitbeschäftigte Arbeiter eingerechnet (Quelle: OFD Koblenz -ZBV-).

2) Die Summen "Gesamt" ergeben sich aufgrund der Addition der ungerundeten Werte und werden dann erst gerundet.

3) Mit Berichtigung der in Altersteilzeit (Blockmodell) befindlichen Mitarbeiter, die aufgrund des reduzierten Grundgehalts/-vergütung nur noch mit der Hälfte ihres bisherigen Vollzeitäquivalentes erfasst werden (Quelle: OFD Koblenz -ZBV-).

Anlage 3

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010 - Obergruppen 51 bis 54 (ohne die Gruppen 529 und 531) - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2009

Einzelplan	Soll 2008 einschl. Ausgabereste, Rücklage und evtl. sonst. Veränderungen	Ist 2008	Ist 2008 zum Soll 2008	Ansatz 2009	Zuführungen				In Abgang-stellung z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs-fähigkeiten	Einsparungen z.B. Erfüllung von Einsparauflagen	Soll 2009
					von Ausgabe-resten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2010 ff. bewilligte Ausgabereste	aus Deckungs-mitteln nach § 6 LHG	z.B. aufgrund von Kopplungs-vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig-keiten, üpl., apl.			
	in €	in €	in v.H.	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €
01	3.077.980	2.697.309	87,6%	3.051.900	213.564						3.265.464
02 StK	8.266.715	7.281.886	88,1%	6.463.900	1.944.600			247.670	34.828	144.169	8.477.173
02 LV	2.765.569	2.732.624	98,8%	2.237.800	101.250		18.791	302.717	1.122	25.612	2.633.823
03 [1) 2)]	167.359.279	147.469.974	88,1%	156.113.100	16.530.029	6.563.200		8.188.954	1.471.736	901.873	178.458.474
04	47.242.478	42.318.689	89,6%	47.456.000	4.091.500		3.340	242.297	74.885	593.845	51.124.407
05 [3)]	85.759.340	81.199.007	94,7%	87.736.400	4.323.560			1.602.169	489.819		93.172.310
06	20.702.885	19.828.610	95,8%	20.340.200	659.890				45.008		20.955.082
08 [4) 5)]	143.398.101	143.050.331	99,8%	156.712.700	744.520		4.306	3.436.849	1.125.344	2.260.110	157.512.922
09 [6) 7)]	170.173.379	155.637.279	91,5%	84.649.900	20.670.205		1.639.641	26.902.592	2.144.060	-8.962.245	140.680.522
10 [8)]	933.035	933.035	100,0%	918.800	0			129.116			1.047.916
12	15.637.259	6.489.440	41,5%	18.328.000	7.237.911			923.800	9.653.100	458.200	16.378.411
14	58.342.245	32.052.113	54,9%	36.331.200	23.219.423			4.533.874	2.073.636	1.872.600	60.138.261
20	18.489.125	5.040.046	27,3%	15.877.000	13.007.050						28.884.050
Gesamt-ergebnis	742.147.391	646.730.343	**87,1%**	636.216.900	92.743.503	6.563.200	1.666.078	46.510.037	17.113.539	-2.705.837	762.728.816

Anmerkungen:

1) Epl. 03 einschließlich Kapitel 03 09.

2) Ansatz 2009 einschließlich der in Kapitel 03 02 eingebrachten globalen Minderausgabe i.H.v. 1,5 Mio. €. Ansatz 2010 ohne globale Minderausgabe i.H.v. 1,5 Mio. €..

3) Ab dem Haushaltsjahr 2005 ohne Berücksichtigung der Ausgaben bei der Gruppe 532.

4) Beim Ansatz 2009 ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe bei Kapitel 08 01 Titel 549 01 i.H.v. 15,2446 Mio. €.

5) Beim Ansatz 2010 ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe bei Kapitel 08 01 Titel 549 01 i.H.v. 15,2446 Mio. €.

6) Beim Ansatz 2009 einschließlich etatisierter globaler Minderausgabe i.H.v. 11,2747 Mio. €.

7) Beim Ansatz 2010 einschließlich etatisierter globaler Minderausgabe i.H.v. 13,0747 Mio. €.

8) Die Zuführung erfolgt in anteiliger Höhe von 22.970 € auch zur Erbringung der Bewirtschaftungsmaßnahme nach Nr. 2.1 der VV über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im HHJ 2009 auf freiwilliger Basis.

Anlage 3

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010 - Obergruppen 51 bis 54 (ohne die Gruppen 529 und 531) - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2009

Epl.	Soll 2009	31.07.2009						Soll 2009	31.12.2009				Mehr-/ Minderausgaben Differenz Soll 2009 zum Ist	Ansatz 2010	Prognose zum 31.07.2010	
		geplantes Soll zum 31.07.	Ist zum 31.07.	Abweichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2009	Prognose zum 31.12.2009			geplantes Soll zum 31.12	Ist zum 31.12.	Abweichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2009				
	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2007	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in €	in €	in v.H.
01	3.265.464	1.937.750	1.972.693	1,8%	60,4%	2.928.100	89,7%	3.265.464	2.928.100	3.072.791	4,9%	94,1%	-192.673	3.186.400	1.991.300	62,5%
02 StK	8.177.318	4.382.395	3.586.228	-18,2%	43,9%	7.500.000	91,7%	8.477.173	7.500.000	7.252.305	-3,3%	85,6%	-1.224.867	6.379.300	3.600.000	56,4%
02 LV	2.454.945	1.393.500	1.618.198	16,1%	65,9%	2.410.000	98,2%	2.633.823	2.410.000	2.633.687	9,3%	100,0%	-136	2.239.800	1.453.000	64,9%
03	172.961.129	84.679.783	85.264.508	0,7%	49,3%	148.642.269	85,9%	178.458.474	148.642.269	147.765.118	-0,6%	82,8%	-30.693.356	154.339.300	84.875.784	55,0%
04	49.801.225	30.705.082	28.151.772	-8,3%	56,5%	48.277.800	96,9%	51.124.407	48.355.281	47.436.857	-1,9%	92,8%	-3.687.550	50.776.000	28.224.930	55,6%
05	93.642.860	48.944.365	49.959.399	2,1%	53,4%	91.778.573	98,0%	93.172.310	91.778.573	85.045.130	-7,3%	91,3%	-8.127.180	94.587.400	52.979.970	56,0%
06	21.000.090	12.300.000	12.261.427	-0,3%	58,4%	19.998.000	95,2%	20.955.082	19.998.000	19.839.216	-0,8%	94,7%	-1.115.866	20.469.600	11.369.000	55,5%
08	156.466.047	90.258.974	91.155.982	1,0%	58,3%	156.210.000	99,8%	157.512.922	156.210.000	157.047.216	0,5%	99,7%	-465.706	160.707.500	92.524.639	57,6%
09	110.139.841	67.888.448	67.888.448	0,0%	61,6%	116.380.197	105,7%	140.680.522	116.380.197	118.948.502	2,2%	84,6%	-21.732.020	83.961.800	48.977.717	58,3%
10	1.097.970	572.000	606.536	6,0%	55,2%	1.075.000	97,9%	1.047.916	1.075.000	1.024.946	-4,7%	97,8%	-22.970	918.800	690.000	75,1%
12	18.111.711	3.649.549	3.649.549	0,0%	20,2%	8.200.000	45,3%	16.378.411	6.645.824	6.645.824	0,0%	40,6%	-9.732.587	23.278.000	3.347.000	14,4%
14	57.886.640	17.775.000	16.517.225	-7,1%	28,5%	34.470.000	59,5%	60.138.261	34.470.000	32.593.701	-5,4%	54,2%	-27.544.560	37.205.100	17.505.000	47,1%
20	28.884.050	9.262.000	4.285.852	-53,7%	14,8%	15.500.000	53,7%	28.884.050	15.500.000	13.135.478	-15,3%	45,5%	-15.748.572	12.027.000	7.012.230	58,3%
Gesamtergebnis	723.889.290	373.748.846	366.917.818	-1,8%	50,7%	653.369.939	**90,3%**	762.728.816	651.893.244	642.440.771	-1,5%	**84,2%**	-120.288.044	650.076.000	354.550.570	**54,5%**

Anlage 4

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010 - Hauptgruppe 7 - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2009

Einzelplan	Soll 2008 einschl. Ausgabereste, Rücklage und evtl. sonst. Veränderungen	Ist 2008	Ist 2008 zum Soll 2008	Ansatz 2009	Zuführungen				In Abgang-stellung z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs-fähigkeiten	Einsparungen z.B. Erfüllung von Einsparauflagen	Soll 2009
					von Ausgabe-resten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2010 ff. bewilligte Ausgabereste	aus Deckungs-mitteln nach § 6 LHG	z.B. aufgrund von Kopplungs-vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig-keiten, üpl., apl.			
	in €	in €	in v.H.	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €
04	62.000	29.301	47,3%	50.000	30.000						80.000
09	310.134	310.134	100,0%	828.400	0				28.899		799.501
12	44.007.668	15.188.630	34,5%	20.821.000	22.100.000				41.500	2.520.525	40.358.975
14	48.397.238	24.813.504	51,3%	15.169.500	23.583.734			14.528.346	3.212	140.000	53.138.369
Gesamt-ergebnis	92.777.040	40.341.569	**43,5%**	36.868.900	45.713.734	0	0	14.528.346	73.611	2.660.525	94.376.845

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010 - Hauptgruppe 7 - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2009

Epl.	Soll 2009	31.07.2009						Soll 2009	31.12.2009				Mehr-/ Minderaus-gaben	Ansatz 2010	Prognose zum 31.07.2010	
		geplantes Soll zum 31.07.	Ist zum 31.07.	Ab-weichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2009	Prognose zum 31.12.2009			geplantes Soll zum 31.12	Ist zum 31.12.	Ab-weichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2009	Differenz Soll 2009 zum Ist			
	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2007	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in €	in €	in v.H.
04	80.000	12.000	11.044	-8,0%	13,8%	80.000	100,0%	80.000	80.000	69.467	-13,2%	86,8%	-10.533	50.000	29.167	58,3%
09	828.400	184.807	184.807	0,0%	22,3%	316.812	38,2%	799.501	799.501	799.501	0,0%	100,0%	0	828.400	483.233	58,3%
12	40.358.975	7.091.330	7.091.330	0,0%	17,6%	20.000.000	49,6%	40.358.975	15.784.020	15.784.020	0,0%	39,1%	-24.574.955	22.821.000	13.550.000	59,4%
14	38.613.234	14.550.000	9.765.588	-32,9%	25,3%	30.150.000	78,1%	53.138.369	30.150.000	20.783.910	-31,1%	39,1%	-32.354.458	23.218.200	11.649.000	50,2%
Gesamt-ergebnis	79.880.609	21.838.137	17.052.769	-21,9%	21,3%	50.546.812	**63,3%**	94.376.845	46.813.521	37.436.898	-20,0%	**39,7%**	-56.939.947	46.917.600	25.711.400	**54,8%**

Anlage 5

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010 - Obergruppen 81 und 82 - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2009

Einzelplan	Soll 2008 einschl. Ausgabereste, Rücklage und evtl. sonst. Veränderungen	Ist 2008	Ist 2008 zum Soll 2008	Ansatz 2009	Zuführungen				In Abgang-stellung	Einsparungen	Soll 2009
					von Ausgabe-resten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2010 ff. bewilligte Ausgabereste	aus Deckungs-mitteln nach § 6 LHG	z.B. aufgrund von Kopplungs-vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig-keiten, üpl., apl.	z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs-fähigkeiten	z.B. Erfüllung von Einsparauflagen	
	in €	in €	in v.H.	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €
01	876.620	361.465	41,2%	377.900	470.697						848.597
02 StK	230.800	0	0,0%	30.400	230.800					1.800	259.400
02 LV	106.350	59.277	55,7%	7.000	65.000					1.246	70.754
03 [1]	47.117.453	23.631.775	50,2%	32.528.100	24.449.300	300.000	13.537	3.503.130	302.141	43.861	60.148.065
04	3.398.904	2.079.589	61,2%	2.067.000	1.303.800		84.753	754.441			4.209.994
05	5.657.211	3.923.495	69,4%	3.638.000	1.731.231			471.185			5.840.416
06	3.090.331	2.614.941	84,6%	922.200	396.242		45.008				1.363.450
08	1.678.383	1.578.383	94,0%	1.843.300	560.340			586.531	57.914	80.746	2.851.511
09	22.144.874	11.358.934	51,3%	19.994.900	4.681.201		77.540	4.174.838	13.147.512	990.372	14.790.596
10 [2]	64.670	64.670	100,0%	60.100							60.100
12	9.296.000	3.367.941	36,2%	5.750.000	4.000.000					143.750	9.606.250
14	8.689.446	4.461.133	51,3%	4.912.900	4.226.134			838.185	754.094	491.000	8.732.125
Gesamt-ergebnis	102.351.041	53.501.603	**52,3%**	72.131.800,00	42.114.745	300.000	220.838	10.328.309	14.261.660	1.752.775	108.781.257

Anmerkungen:

1) Epl. 03 einschließlich Kapitel 03 09.

2) Die Minderausgaben dienen in anteiliger Höhe von 1.503 € zur Erbringung der Bewirtschaftungsmaßnahme nach Nr. 2.1 der VV über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im HHJ 2009 auf freiwilliger Basis.

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010 - Obergruppen 81 und 82 - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2009

Epl.	Soll 2009	31.07.2009						Soll 2009	31.12.2009				Mehr-/ Minderausgaben	Ansatz 2010	Prognose zum 31.07.2010	
		geplantes Soll zum 31.07.	Ist zum 31.07.	Abweichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2009	Prognose zum 31.12.2009			geplantes Soll zum 31.12	Ist zum 31.12.	Abweichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2009	Differenz Soll 2009 zum Ist			
	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2007	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in €	in €	in v.H.
01	848.597	221.000	97.018	-56,1%	11,4%	754.100	88,9%	848.597	754.100	297.595	-60,5%	35,1%	-551.002	232.400	160.000	68,8%
02 StK	261.200	250.000	251.030	0,4%	96,1%	261.200	100,0%	259.400	250.000	259.326	3,7%	100,0%	-74	29.200	25.000	85,6%
02 LV	71.625	3.000	3.779	26,0%	5,3%	70.000	97,7%	70.754	70.000	70.754	1,1%	100,0%	0	7.000	5.000	71,4%
03	56.977.400	8.052.968	12.202.374	51,5%	21,4%	34.647.000	60,8%	60.148.065	34.647.000	32.973.677	-4,8%	54,8%	-27.174.388	35.264.900	13.823.586	39,2%
04	3.370.800	1.233.000	1.192.956	-3,2%	35,4%	2.800.000	83,1%	4.209.994	2.800.000	2.947.247	5,3%	70,0%	-1.262.746	1.577.000	2.182.663	138,4%
05	5.369.231	1.594.000	1.182.008	-25,8%	22,0%	4.806.231	89,5%	5.840.416	4.806.231	4.338.868	-9,7%	74,3%	-1.501.548	4.062.500	2.678.000	65,9%
06	1.318.442	340.000	315.396	-7,2%	23,9%	1.186.850	90,0%	1.363.450	1.186.850	1.091.786	-8,0%	80,1%	-271.664	953.900	529.700	55,5%
08	2.160.482	900.138	728.206	-19,1%	33,7%	2.099.000	97,2%	2.851.511	2.099.000	2.752.593	31,1%	96,5%	-98.918	2.106.200	1.262.000	59,9%
09	24.596.701	2.627.458	2.627.458	0,0%	10,7%	4.504.214	18,3%	14.790.596	4.504.214	11.566.132	156,8%	78,2%	-3.224.464	21.168.000	12.348.000	58,3%
10	91.503	45.000	14.115	-68,6%	15,4%	90.000	98,4%	60.100	90.000	47.250	-47,5%	78,6%	-12.850	60.100	48.000	79,9%
12	9.606.250	1.202.101	1.202.101	0,0%	12,5%	8.400.000	87,4%	9.606.250	7.193.314	7.193.314	0,0%	74,9%	-2.412.936	5.750.000	2.300.000	40,0%
14	8.773.034	2.150.000	2.600.548	21,0%	29,6%	4.880.000	55,6%	8.732.125	4.880.000	5.097.708	4,5%	58,4%	-3.634.417	4.736.200	2.532.000	53,5%
Gesamt-ergebnis	113.445.265	18.618.665	22.416.990	20,4%	**19,8%**	64.498.595	**56,9%**	108.781.257	63.280.709	68.636.250	8,5%	**63,1%**	-40.145.007	75.947.400	37.893.949	**49,9%**

Anlage 6

Anmerkungen der Ressorts zur Budgetierung
§ 6 LHG 2009/2010
Berichtstermin: 31. Dezember 2009

Einzelplan 01 - Landtag

Personalausgaben:
Das Soll der Hauptgruppe 4 wurde im Personalbereich, d. h. in der Landtagsverwaltung, im Büro des Bürgerbeauftragten und beim Landesbeauftragten für den Datenschutz eingehalten.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Das Soll der Obergruppen 51 bis 54 sowie der Obergruppen 81 und 82 wurde nicht überschritten.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die Personalausgabenentwicklung wird monatlich ermittelt und überwacht. Die entsprechenden Daten sind Grundlage für die weitere Personalplanung.
Die Ist-Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 – sächliche Verwaltungsausgaben – und der Obergruppen 81 und 82 – Investitionen – wurden regelmäßig überprüft und bei Bedarf steuernd eingegriffen.

Einzelplan 02 - Staatskanzlei und Ministerpräsident

Personalausgaben:
Das Personalausgabenbudget der Staatskanzlei wurde eingehalten. Diese Entwicklung wurde weitgehend durch eine restriktive und ausgabenorientierte Personal- und Ausgabenbewirtschaftung bestimmt.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die Überwachung der Personalausgaben erfolgt monatlich. Dazu wurden folgende Übersichten erstellt:

1. Hochrechnung der monatlichen Ist-Ausgaben unter ständiger Aktualisierung der Vorgaben und der Aufgaben- und Personalentwicklung.
2. Überwachung der Ist-Ausgaben mittels Budgetierungsmodul.
3. Monatliche Erfassung und Vergleich der Entwicklung der Zahlen für das aktive Personal und die Versorgungsempfänger.

Die so ermittelten Daten sind Grundlage für weitere Personalplanungen.

Einzelplan 02 - Landesvertretung

Personalausgaben und Personalentwicklung:
Die Ausgabenquote in den Kapiteln 02 21 bis 02 25 liegt bei Einbeziehung der zugewiesenen Personalverstärkungsmittel und der für 2009 und 2010 gebildeten Bonusreste bei 91,6 % und damit genauso hoch wie 2008.
Für das Kapitel 02 21 (Landesvertretung in Berlin), in dem die ganz überwiegende Zahl des Personals ausgewiesen ist, ergibt sich eine Quote von 94,6 %.

Der Stellenbesetzungsgrad ist wie schon in den Vorjahren hoch. Nahezu alle Stellen sind besetzt und vakante Stellen wurden schnellstmöglich wiederbesetzt. Die erwarteten Veränderungen aufgrund von Eintritten in die Ruhephasen der Altersteilzeit sind erfolgt.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Das Budget für Sachausgaben wurde unter Berücksichtigung der Einsparauflagen, sinkender Haushaltsansätze, Inflation und eines spürbar gestiegenen Aufwands für die Instandhaltung des - insbesondere für Veranstaltungen - stark genutzten Dienstgebäudes vollständig verausgabt. Es bedurfte darüber hinaus der Verstärkung durch Mittel der Hauptgruppe 4 um rd. 18.000 €.

Anlage 6

Investitionsausgaben:
Die Investitionen in HGr. 8 wurden in 2009 ganz überwiegend mit Bonusresten finanziert. Alle geplanten Projekte wurden durchgeführt.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die Ist-Ergebnisse und der prognostizierte Jahresverlauf werden im Wesentlichen durch die Aufgaben bestimmt. Alle Ausgaben werden weiterhin in den jeweils erforderlichen Intervallen auf der Grundlage der Ist-Ergebnisse - einschließlich der Festlegungen - hochgerechnet. Diese Berechnungen sind dann Grundlage für die weiteren Planungen. Teilbereiche werden kontinuierlich oder im Bedarfsfall im Rahmen eines Controllings einer genaueren Analyse und Planung unterzogen.
Der Budgetrahmen ist den Titelverwalter(inne)n vorgegeben und kann aufgrund der entsprechenden Zuweisungen in IRM@ ohne Einbeziehung des Haushaltsreferats nicht überschritten werden. Weitergehende Maßnahmen sind zurzeit nicht geplant, da sich die angewendeten Maßnahmen auch bei einer Verringerung der Spielräume bewährt haben.

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern und für Sport

Personalausgaben und Personalentwicklung:
Das dem Ministerium des Innern und für Sport im Einzelplan 03 zur Verfügung stehende Personalausgabenbudget wurde im Haushaltsjahr 2009 eingehalten.
Die auf Vollzeit umgerechnete Zahl der Beschäftigten des Einzelplanes 03 belief sich im Dezember 2009 auf 14.830. Gegenüber dem Dezember 2008 entspricht dies einer Steigerung um 49 Zahlfälle. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die im Mai und Oktober 2009 erfolgten Neueinstellungen von insgesamt 350 Polizeianwärterinnen /-anwärter zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung des Polizeibereiches (Kapitel 03 10 bis 03 14) haben sich die Zahlfälle im Einzelplan 03 gegenüber Dezember 2008 um 49 reduziert.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Im Sachausgabenbereich wurde das in den einzelnen Kapiteln der Obergruppen 51 bis 54 zur Verfügung stehende Mittelkontingent infolge eines konsequenten und strengen Ausgabenverhaltens nicht überschritten.
Im Bereich der Investitionsausgaben konnte das Budget der Obergruppen 81 und 82 ebenfalls durch eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung eingehalten werden.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Das Ministerium des Innern und für Sport hat im Zuge der Haushalts- und Wirtschaftsführung 2009 den nachgeordneten Dienststellen mitgeteilt, dass neben den im Rahmen der Kassenanschläge zugewiesenen Haushaltsmitteln im Jahresverlauf keine weiteren Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden können.
Für die Einhaltung der Einzelbudgets sind somit die jeweiligen personal- bzw. mittelbewirtschaftenden Stellen selbst verantwortlich. Die Dienststellen haben im Rahmen ihrer Eigenverantwortlichkeit durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die zugewiesenen Budgets nicht überschritten werden.
Zur Ergänzung der Überwachungsmechanismen vor Ort werden den Dienststellen in Bezug auf das monatliche Personalausgabencontrolling das vom Ministerium der Finanzen bereitgestellte Personalausgabenbudgetierungsmodul (PAB) sowie die Personalausgabendatenbestände „RP Budget“ zur Verfügung gestellt.
Die Dienststellen sind angehalten, sich abzeichnende oder eingetretene Budgetüberschreitungen unverzüglich dem Ministerium des Innern und für Sport mitzuteilen.
Im Bereich der Personalausgaben, die im Einzelplan 03 den größten Ausgabenblock bilden, erfolgt zusätzlich vom Ministerium des Innern und für Sport eine monatliche Kontrolle der sich bei den Dienststellen abzeichnenden Ausgabenentwicklung.
Mit Blick auf die gebotene Zurückführung der Zahlfälle wurde wie in den Vorjahren eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre für freie und frei werdende Stellen verfügt, wobei Ausnahmen nur in besonders begründeten Fällen zugelassen worden sind. Dieses Verfahren hat sich bewährt und wird für die Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2010 beibehalten.

Anlage 6

Einzelplan 04 – Ministerium der Finanzen

Die dem Einzelplan 04 zur Verfügung stehenden Gesamtbudgets je Hauptgruppe zur Finanzierung der Personal-, Sach- und Investitionsausgaben wurden eingehalten.

Personalausgaben:
Die Ist-Ausgaben liegen mit 364,15 Mio. € (Vorjahr 361,98 Mio. €) rd. 1,7 % unter dem Soll 2009 mit 370,61 Mio. € (Vorjahr: 364,28 Mio. €). Daraus resultieren Minderausgaben in Höhe von 6,46 Mio. €.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Durch eine sparsame und wirtschaftliche Haushalts- und Wirtschaftsführung konnten bei den Sachausgabenbudgets 3,69 Mio. € (Vorjahr 4,92 Mio. €) eingespart werden (Soll 2009: 51,12 Mio. € / Ist 2009: 47,44 Mio. €).
Die Budgets der investiven Ausgaben (Hauptgruppe 7 und Obergruppen 81 und 82) konnten ebenfalls eingehalten und Minderausgaben in Höhe von 1,27 Mio. € erwirtschaftet werden (Soll 2009: 4,29 Mio. €; Ist 2009: 3,02 Mio. €).

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die Ist-Ausgaben der einzelnen Ausgabearten im Rahmen der deckungsfähigen Budgets werden monatlich auf die voraussichtlichen Jahresergebnisse hochgerechnet. Das Ergebnis wird mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln abgeglichen. Mögliche Abweichungen werden auf ihre Ursachen hin untersucht, bzw. es wird mit geeigneten Maßnahmen gegengesteuert.

Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz

Personalausgaben:
Die Ausgabenermächtigung im Personalausgabenbudget ist um rd. 2,6 Mio. € unterschritten worden. Die Personalausgaben im Einzelplan 05 sind gegenüber dem Vorjahr um rd. 21,7 Mio. € gestiegen. Neben den Mehrausgaben für den Tarifabschluss 2009 und dessen Übertragung auf Beamte und Versorgungsempfänger, sind die Mehraufwendungen im Wesentlichen durch personelle Verbesserungen bei den Gerichten, Staatsanwaltschaften und den Justizvollzugseinrichten, durch Zahlfall-Anstieg bei den Versorgungsempfängern und gestiegene Ausgaben nach der Beihilfenverordnung bedingt.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Das Gesamtbudget in den Obergruppen 51 bis 54 konnte ebenfalls unterschritten werden. Mehrausgaben bei den Ansätzen für die Hausbewirtschaftungskosten bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie bei den Einrichtungen des Justizvollzugs konnten im Rahmen der gesetzlichen Deckungsfähigkeiten durch Minderausgaben bei anderen Ansätzen ausgeglichen werden. In das Jahr 2009 übertragene Haushaltsreste wurden nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen und haben das Gesamtergebnis ebenfalls beeinflusst.

Investitionsausgaben:
Das Budget der Obergruppen 81 und 82 (Investitionen) wurde ebenfalls unterschritten.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die Budgetentwicklung wird durch regelmäßige Hochrechnungen der zu erwartenden Jahresergebnisse überwacht. Diese basieren auf den jeweiligen Ist-Ausgaben, der bisherigen Ausgabenentwicklung und Berücksichtigung bzw. Einschätzung der weiteren Ausgabenentwicklung.

Einzelplan 06 – Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen

Die dem Einzelplan 06 zur Verfügung stehenden Budgets zur Finanzierung der in § 6 Abs. 1 LHG 2009/2010 genannten Bereiche konnten eingehalten werden.

Personalausgaben und Personalentwicklung:
Im Vergleich zum Dezember 2008 (rd. 1.410 Zahlfälle) sind für den Dezember 2009 rd. 1.415 Zahlfälle zu verzeichnen.
Die Summe der Personalausgaben der Gruppen 422 und 428 (aktive Beschäftigte) liegt auf Grund von Besoldungs-, Tarif-/ Entgelterhöhungen und strukturellen Effekten um rund 3,04 % (1,97 Mio. €)

über der Summe im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Eine ähnliche Steigerung (rd. 2,83 %) liegt für den Bereich der Versorgungsausgaben vor. Die Gesamtausgaben der Hauptgruppe 4 liegen im prognostizierten und finanzierten Rahmen.
Insgesamt zeigen die geschilderten Entwicklungen, dass das MASGFF das Personalausgabenbudget bedarfsgerecht, sparsam und effizient bewirtschaftet.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Die Budgets der Obergruppen 51 - 54 konnten eingehalten werden.
Die Ausgaben der vorgenannten Obergruppen sind gegenüber den vergleichbaren Ausgaben im Vorjahreszeitraum annähernd gleich geblieben und bewegen sich im vorgesehenen haushaltssicheren Trend.

Investitionsausgaben:
Die Budgets der Obergruppen 81 und 82 konnten – z. T. unter Inanspruchnahme der einseitigen Deckungsfähigkeit nach § 6 LHG 2009/2010 – eingehalten werden.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die bewährte Praxis der Zuteilung dezentraler Einzel-Budgets an die örtlichen Dienststellen zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung mit der Verpflichtung zur Einhaltung des Budgetrahmens und zur Vorsorge für erwartete oder unvorhergesehene finanzielle Belastungen (z. B. strukturell bedingte Mehraufwendungen, Beihilfen) wurde in 2009 fortgeführt. Die Personalausgabenbudgets der Dienststellen wurden durch Zusammenführen der Ausgaben der Hauptgruppe 4 (für den Aktiven und den Versorgungsbereich) des jeweiligen Dienststellenkapitels und der Ausgaben für die Abführung an den Finanzierungsfonds gebildet.
Die Eigenverantwortung für die Mittelbewirtschaftung, die eingeräumten Steuerungsmöglichkeiten und die Vollzugskompetenz haben die Bewirtschafter vor Ort motiviert, die gesetzten Budgetziele einzuhalten. Gleichzeitig hat es ihnen das dezentrale Management ermöglicht, mit und aus den verfügbaren Mitteln die fachlich optimalen Ergebnisse zu erzielen.
Die unter vorstehenden Punkten beschriebenen Ist-Ergebnisse belegen die Richtigkeit und Zielgerichtetheit des dezentralen Ausgabenmanagements.

Die in den bisherigen Berichten genannten Steuerungsmaßnahmen werden weitergeführt. Hierzu zählen monatliche Analysen und Hochrechnungen auf der Grundlage der Ist-Ausgaben und Bedarfsabschätzungen unter Heranziehung von Vorjahresvergleichen und unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung und des Jahres-Ausgabenvolumens. Für den Bereich der Personalausgaben steht zudem das Modul zur Personalausgabenbudgetierung (PAB) zur Verfügung.

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Personalausgaben:
Das Gesamtbudget für den Einzelplan 08 wurde eingehalten.
Im ersten Halbjahresbericht 2009 wurden Ausgaben zum 31. Dezember 2009 in Höhe von 142.928.295 € prognostiziert. Tatsächlich sind Ist-Ausgaben zum 31. Dezember 2009 in Höhe von 142.666.093,92 € geleistet worden. Dies entspricht einer Abweichung von rund 260.000 € oder 0,2 % zur geplanten Ausgabenhöhe.
Die Ist-Ausgaben liegen um 6,6 % unter dem Soll für 2009. Unter Berücksichtigung der Zuführungen und in Abgangstellungen ergibt sich eine Ausgabeermächtigung für das Haushaltsjahr 2009 in Höhe von 152.788.724,09 €. Dieser stehen Ist-Ausgaben in Höhe von 142.666.093,92 € gegenüber. Daraus resultieren Minderausgaben in Höhe von 10.122.630,17 €.
Die Zahl der Bediensteten (Beamte und tariflich Beschäftigte) ist - gemessen an den Vollzeitanteilen - von 1.851,12 im Dezember 2008 auf 1.817,35 im Dezember 2009 gesunken. Die überwiegende Zahl der Stellen ist im Bereich der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum im Rahmen der Agrarverwaltungsreform eingespart worden.
In die Prognose zum 31. Juli 2010 wurden alle den weiteren Jahresverlauf der Ist-Ausgaben wesentlich bestimmenden Faktoren (z. B. Tarif- bzw. Besoldungserhöhung, Ruhestandsversetzungen, Altersteilzeit) mit einbezogen.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Die Ausgabenentwicklung verlief grundsätzlich wie bereits in den vergangenen Jahren und beinhaltet keine große Abweichung. Die Ist-Ausgaben im Bereich der Obergruppen 51-54 liegen um 0,5 % leicht über dem prognostizierten Soll. Durch eine restriktive und sparsame Haushaltsführung konnten in

Anlage 6

diesem Bereich insgesamt über 2,73 Mio. € (siehe Spalte „Einsparungen“ und „Minderausgaben“) eingespart werden.
Die bei Kapitel 08 01 veranschlagten globalen Minderausgaben in Höhe von 15.244.600 € wurden im Haushaltsvollzug bei den einzelnen Kapiteln des Einzelplans 08 in den Hauptgruppen 5 bis 8 erwirtschaftet, so dass der bei diesem Kapitel ausgewiesene Ansatz für das Jahr 2009 um diese 15.244.600 € erhöht wurde.

Das Budget der Obergruppen 81 und 82 konnte ebenfalls eingehalten werden.
Auch in diesem Bereich konnte eine Einsparung in Höhe von fast 180.000 € (siehe Spalte „Einsparungen“ und „Minderausgaben“) erwirtschaftet werden.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Zu Hauptgruppe 4:
Die kapitelweise Budgeteinhaltung wird durch entsprechende Bewirtschaftungsmaßnahmen sichergestellt. Hierzu werden frei werdende Stellen wenn möglich nicht oder, wenn eine Besetzung zwingend erforderlich ist, zeitlich verzögert nachbesetzt.

Zu OGr. 51 bis 54 sowie 81 und 82:
Den Dienststellen wurde zu Beginn des Jahres die eigenverantwortliche Bewirtschaftung der Haushaltsmittel der Hauptgruppen 5 bis 8 für ihre Kapitel übertragen. Gleichzeitig wurde den Verantwortlichen die auf ihren Teil entfallende globale Minderausgabe mitgeteilt und nach deren Aufteilung auf die jeweiligen Titel innerhalb des Kapitels entsprechend gesperrt.
Durch diese Eigenverantwortlichkeit können die Betroffenen vor Ort schnell und flexibel auf unvorhergesehene Entwicklungen reagieren und durch eine restriktive und sparsame Ausgabentätigung das ihnen zugewiesene Budget einhalten.
Insgesamt kann festgehalten werden, dass sich die dezentrale und flexible Mittelbewirtschaftung bewährt hat.
Wie der Jahresabschluss zeigt, konnten die kapitelbezogenen Budgets in allen Bereichen - wie schon in den Vorjahren - eingehalten werden. Vor diesem Hintergrund sind zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Maßnahmen vorgesehen.

Steuerungsinstrumente:
Im Ministerium wird als Instrument zur Steuerung, Optimierung und Kontrolle des Mitteleinsatzes ein mit Excel entwickeltes DV-Verfahren eingesetzt. Basierend auf den Ist-Ausgaben wird damit die Mittelkontrolle sichergestellt und die Erstellung von Prognosen durchgeführt. Zusätzlich wird eine Kontrolle mittels des Programms „PAB“ (Personalausgabenbudgetierung) durchgeführt.
Durch den Einsatz des Mittelbewirtschaftungssystems IRMA im Ministerium und im nachgeordneten Geschäftsbereich wurden der Mitteleinsatz und die Kontrolle wesentlich verbessert, so dass das Risiko der Überschreitung des zugewiesenen Ausgabevolumens minimiert werden konnte.

Einzelplan 09 – Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur

Die Haushaltsansätze der Hauptgruppen 4 der Schulkapitel 09 19 – 09 33 sind gem. verbindlichem Haushaltsvermerk gegenseitig deckungsfähig, mit Ausnahme der im Kapitel 09 19 für den Schulbereich zentral veranschlagten Ausgaben für Versorgung und Beihilfen, die ihrerseits mit den im Kapitel 09 02 etatisierten Ausgaben für Versorgung und Beihilfe für deckungsfähig erklärt worden sind. Ebenso sind die diesbezüglichen Ausgaben der Kapitel 09 02 und 09 10 gegenseitig deckungsfähig.

Betrachtet man sich die Hauptgruppe 4 nachdem Zuführungen / Absetzungen, Gegenrechnungen, Einnahmekopplungen berücksichtigt sind, so ist festzustellen:
Bei der Hauptgruppe 4 stehen einem rechnerischen Soll 2009 in Höhe von 2.897.317.819,39 € Ist-Ausgaben in Höhe von 2.900.247.360,55 € entgegen. Die Überschreitung beträgt demnach noch 2.929.541,16 € oder 0,1 %. Bei diesem Ergebnis ist zu berücksichtigen, dass im Haushaltsjahr 2009 nicht der komplette Bedarf an Personalverstärkungsmitteln aus dem EPL 20 hatte gedeckt werden können. Auf den Einzelplan 09 entfielen 78,5 Mio. €; der tatsächliche Bedarf lag in etwa bei 90 Mio. €. Insofern ist das Ergebnis auf eine sparsame Haushalts- und Wirtschaftsführung zurückzuführen.

Wesentliche Faktoren für die Ausgabenentwicklung:

- Lineare Erhöhung 2009 einschließlich erhöhtem Sockelbetrag.
- Deutliche Steigerung bei den Beihilfeausgaben der Versorgungsempfänger, hingegen war die Beihilfesteigerung bei den aktiven Bediensteten so gering wie seit Jahren nicht.

Anlage 6

- Die Ausgaben für Versorgungsausgleich – Ausgabengruppe 439 – und für Nachversicherung – Titel 422 11 – liegen ebenfalls über den Ansätzen. Beide Ausgabenarten sind nicht planbar.
- Entsprechend der politischen Erklärung der Landesregierung wurde die Unterrichtsversorgung auf gutem Niveau sichergestellt, die Zahl der Teilnehmer am Projekt PES ausgeweitet und der Ganztagsbereich wurde weiter ausgebaut.
- Die Umsetzung der Schulstrukturreform wurde begonnen,
- ebenso wurden die Seminarkapazitäten – Kapitel 09 25 – ausgeweitet.

Personalentwicklung:
Bei den Zahlfällen des Schulbereichs (Kapitel 09 17 – 09 33) wurde berücksichtigt, dass die Planstellen und Stellen der Kapitel 09 17 – 09 28 (ohne 09 25) bedarfsbezogen disponibel sind (sog. horizontaler Stellentransfer).

Zum Zahlfallbestand 31.12.2009

1. Im Bereich des großen Personalkörpers „Schule“ sind folgende Bewegungen zu bedenken:
   - ausscheidende Fälle zum Schuljahresende,
   - Teilnehmer an der Altersteilzeit, die in die Freistellungsphase wechseln und ersetzt werden müssen,
   - Einstellungen zum Schuljahresbeginn, dabei
   - neue Zahlfälle durch Ausbau der Ganztagsschule und Inanspruchnahme der neuen Stellen,
   - nach dem Schuljahresbeginn wiederum frei werdende Stellen, die in aller Regel wieder besetzt werden,
   - Aufwuchs bei den Studienseminaren durch weitere Ausschöpfung der Kapazitäten.

2. Die für die AQS etatisierten Personalstellen wurden weiterhin in Besetzungsverfahren besetzt. Sukzessiv nach dem Schulhalbjahresbeginn frei gewordenen Stellen, die nicht besetzt wurden, erscheinen auch nicht als Zahlfälle.

3. Der Ist-Zahlfallbestand zum 31. Dezember 2009 beträgt 37.067,10, die Prognose im Juli für das Jahresende ging von 37.159,36 aus. Die Zahlfallentwicklung ist im Schulbereich etwas unter der Prognose geblieben.

In der Zahlfallprognose zum 31.07.2010 sind berücksichtigt:

1. Bereich Schule:
   - Ausnutzung der Ausbildungskapazitäten der Studienseminare; hier werden neue Teildienststellen etabliert, um mehr gymnasiale Referendare ausbilden zu können,
   - notwendige Nachbesetzungen zum 01. Februar 2010 (Nachbesetzungen der bis zum 31. Januar 2010 nicht besetzten Planstellen und Stellen und Ersatz für Lehrkräfte, die in die Freistellungsphase der Altersteilzeit gehen),
   - Vorzeitige Inanspruchnahme neuer Stellen für die Schulstrukturreform mit Zustimmung des Finanzministeriums, um bereits zum 01. Februar 2009 möglichst viele Lehrkräfte an das Land binden zu können.

2. Bereiche Hochschule und Kultur:
   - Besetzung der Stellen im Rahmen des vorgegebenen Budgets unter Berücksichtigung der Hochschulspezifika wie insbesondere Personalbemessungskonzept.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Das Ausgaben-Soll wurde mit 21,7 Mio. € deutlich unterschritten.

Investitionsausgaben:
Das Ausgaben-Soll bei den OGr. 81 und 82 wurde mit rd. 3,2 Mio. € unterschritten.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Organisation:

1. Grundsätzlich werden Nachbesetzungen von Planstellen und Stellen nur dort vorgenommen, wo dies von der Aufgabenstellung her unverzichtbar war. Gleiches gilt für die Beschäftigung von Aushilfskräften. Im Schulbereich hat die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung auf gutem Niveau absolute Priorität.

2. Im Schulbereich werden Nachbesetzungen von Stellen grundsätzlich zu zwei Terminen (Schuljahres-, Schulhalbjahresbeginn) vorgenommen, in besonders dringlichen Fällen aber Ausnahmen zugelassen. Auch wird bei schulscharfen Ausschreibungen/Einstellungen dieser Grundsatz durchbrochen. Die ADD wurde angewiesen, den Plafond der von ihr zu verwaltenden Personalmittel wirtschaftlich und sparsam zu nutzen.

3. Der Einsatz von Vertretungsmitteln wird monatlich stringent überwacht.

4. Im Bereich der Hochschulen und der Kultur arbeiten die Einrichtungen im Rahmen verlässlicher Budgets, die zugewiesen werden und nach den Kriterien der Budgetierung gebildet worden sind. Das bedeutet, dass man im Haushaltsverlauf kaum noch steuernd eingreifen kann.

Instrumente:
Seitens des Ressorts wurden u.a. Dateien entwickelt, die notwendiges Zahlenmaterial, wie Haushaltssoll und aktuelle Ist-Ausgaben, aus der vom Finanzministerium bereitgestellten Datei FM Kasse beziehen.

Derzeit werden folgende Dateien genutzt:
- Datei FM Kasse.XLS,
- Datei Personal.XLS,
- Budgetierungsdatensatz,
- Stellenbewirtschaftungsprogramm Schule,
- aus den Zahlfall- und Ausgabendateien 1996-2007 werden vergleichende Auswertungen möglich, die Grundlagen für „ex-post-Betrachtungen“ bieten.

Einzelplan 10 – Rechnungshof

Personalausgaben und Personalentwicklung:
Die Minderausgaben bei der Hauptgruppe 4 belaufen sich im Haushaltsjahr 2009 auf 2,09 Mio. €.
Dem Abgang von sechs Bediensteten standen im zweiten Halbjahr 2009 sieben Neueinstellungen gegenüber. Davon sind vier noch nicht in Anlage 2 (Stand zum Dezember 2009) enthalten.
Im ersten Halbjahr 2010 werden sechs Bedienstete aus dem Dienst ausscheiden. Ebenso viele Neueinstellungen (davon vier Beamte und zwei Beschäftigte) stehen bereits fest.
Darüber hinaus sind sieben Stellenausschreibungen geplant. Mit einer Besetzung der Stellen ist jedoch erst im zweiten Halbjahr 2010 zu rechnen.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Entsprechend der bisherigen Praxis hat sich der Rechnungshof Rheinland-Pfalz auch in diesem Jahr auf freiwilliger Basis an der Bewirtschaftungsvorgabe für die Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8 nach Nr. 2.1 der Verwaltungsvorschrift zur Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im Haushaltsjahr 2009 beteiligt.
Insbesondere aufgrund eines erhöhten Mittelbedarfs für die Umsetzung verschiedener IT-Projekte sowie des Umzugs der bisher in einem Dienstgebäude der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord in der Südallee/Kurfürstenstraße untergebrachten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Außenstelle Koblenz sind bei den Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppen 529 und 531) im Haushaltsjahr 2009 Mehrausgaben in Höhe von 0,13 Mio. € entstanden. Die Mehrausgaben, die über die zur Bewirtschaftung freigegebenen bereinigten Ausgaben hinausgehen, können durch Minderausgaben bei der Hauptgruppe 4 gedeckt werden.

Das Budget bei den Obergruppen 81 und 82 wurde eingehalten. Im Haushaltsplan für das Jahr 2010 sind keine Haushaltsmittel für das Nutzungsentgelt und die Bewirtschaftungskosten der neu angemieteten Räume in Koblenz veranschlagt. Insofern ist davon auszugehen, dass bei den Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppen 529 und 531) Mehrausgaben anfallen werden. Diese können voraussichtlich aufgrund der Deckungsmöglichkeiten des § 6 LHG ausgeglichen werden.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Besondere Organisations- und Bewirtschaftungsmaßnahmen sowie Instrumente zur Steuerung, Optimierung und Kontrolle des Mitteleinsatzes der Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppen 529 und 531) sowie 81 und 82 sind für das Haushaltsjahr 2010 im Hinblick auf das geringe Haushaltsvolumen nicht erforderlich. Die Steuerung der Ausgaben der Hauptgruppe 4 erfolgt über eine mittelfristige Personalplanung mit entsprechenden Modellrechnungen auch mit Hilfe des Moduls zur Personalausgabenbudgetierung.

Anlage 6

Einzelplan 14 – Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz

Personalausgaben:
Die Ist-Ausgaben zum 31. Dezember 2009 belaufen sich auf rd. 93,0 Mio. €. Das Personalausgabenbudget wurde infolge der weiterhin restriktiven Personalausgabenbewirtschaftung eingehalten Im Vergleich zur Prognose zum 31. Dezember 2009 vom 31. Juli 2009 ergeben sich Minderausgaben in Höhe von 2,4 Mio. €.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Gegenüber den zum 31. Dezember 2009 erwarteten Ausgaben von rd. 34,5 Mio. € wurden Ist- Ausgaben in Höhe von rd. 32,6 Mio. € nachgewiesen. Zum 31. Dezember 2009 betrug die Inanspruchnahme der Ausgabeermächtigung 54,2 % Bezogen auf den Ansatz 2009 wurde eine Ausgabenquote von rd. 90 % erreicht. Die Differenz Soll 2009 zu prognostizierten Ausgaben zum 31. Dezember 2009 ist u.a. zurückzuführen auf Ausgabereste aus zweckgebundenen Einnahmen, die nur zeitversetzt in Anspruch genommen werden, zum Ausgleich offener Forderungen, zur Finanzierung mehrjähriger komplexer Projekte, zur Finanzierung unvorhergesehener Bedürfnisse sowie zum Ausgleich von Kosten- und Preissteigerungen. In Kapitel 14 02 werden die Mittel in Abhängigkeit von dem jeweiligen Projektfortschritt kassenwirksam. Aus dem Mittelabfluss kann daher nicht auf die tatsächliche Belastung geschlossen werden.

Investitionsausgaben:
Die Ist-Ausgaben bei den Titeln der HGr. 7 belaufen sich zum 31. Dezember 2009 auf rd. 20,8 Mio. € und damit rd. 39 % der Ausgabeermächtigung. Im Vordergrund stehen der Bau von Retentionsräumen sowie die Verstärkung von Deichen an Gewässern I. Ordnung. Der weitere Mittelabfluss ist jedoch immer abhängig von Faktoren wie z.B. erreichtem Baurecht, Fortschritt der Baumaßnahmen, Entwicklung der Baupreise, Mittelabruf der beauftragten Unternehmen einschließlich der Prüfung dieser Anforderungen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2009 sind für sächliche Investitionen (OGr. 81 und 82) Ausgaben in Höhe von rd. 5,1 Mio. € angefallen. Die Veranschlagung der Investitionen erfolgt im Hinblick auf die voraussichtliche Nutzungsdauer der Geräte und Einrichtungen. Ersatzbeschaffungen werden, soweit dies fachlich vertretbar ist, erst durchgeführt, wenn eine weitere Nutzung unwirtschaftlich wäre. Dies kann zu zeitlichen Verlagerungen der Beschaffungsvorhaben führen. Insofern kann auch hier nicht aus dem Mittelabfluss auf die tatsächliche Belastung geschlossen werden.

Anlage 7

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 03 22 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Vermessungs- und Katasterverwaltung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 1)	Planwert zum 31.07.2009 1)	Istwert zum 31.07.2009 1)	Abweichung 1)	Abweichung [%] 1)	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 1)	Istwert zum 31.12.2009 1)	Abweichung 1)	Abweichung [%] 1)	Prognosewert zum 31.07.2010 1)	Zielerreichung zum Berichtstag 2) ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Neuherstellung der Digitalen Karte im Maßstab 1 : 5000											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Der Kartenmaßstab 1 : 5000 ist für planerische Aufgaben der Orts- und Regionalplanung sowie für die Biotop- und Umweltplanung von zentraler Bedeutung. Der seit dem Haushaltsplan 2005/2006 verankerte Leistungsauftrag, nach dem das bisherige analoge Kartenwerk Zug um Zug als digitale Karte erstellt und über Internettechnologie bereitzustellen ist, soll konsequent fortgesetzt werden. Dieser Leistungsauftrag wurde Ende 2009 erfüllt.											
Mengen Fertiggestellte DTK5-Blätter	4.615	5.000	5.069	69	1,4%	5.249	5.249	0	0,0%	5.249	▲
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Strukturierte Qualitätsverbesserung des Liegenschaftskatasters											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Seit dem Jahr 2005 liegt neben der Liegenschaftsbeschreibung auch die Liegenschaftskarte landesweit flächendeckend als digitaler Datenbestand vor (Automatisierte Liegenschaftskarte - ALK). Mit der zunehmenden Verwendung dieser Geobasisinformationen in graphischen Informationssystemen anderer Fachdisziplinen steigen die Anforderungen an deren inhaltliche und geometrische Qualität. Zunehmend wird dabei jedoch festgestellt, dass das Liegenschaftskataster diesen gesteigerten Erwartungen in Teilbereichen nicht entspricht. Unzulänglichkeiten werden insbesondere dann sichtbar, wenn die aus der Liegenschaftskarte ermittelte Flurstücksfläche nicht mit der "amtlichen Fläche" in der Liegenschaftsbeschreibung übereinstimmt. Ursache sind dabei größtenteils historisch bedingte Mängel einer in Teilen fast 200 Jahre alten Vermessungsgrundlage. Auf wirtschaftliche Art und Weise sollen in den nächsten 15 Jahren gemarkungsweise - vorrangig in den bebauten Bereichen und den landwirtschaftlich genutzten Flächen - die Ursachen für die Mängel untersucht und bereinigt werden. Die Qualität des Liegenschaftskatasters soll mit diesem Leistungsauftrag landesweit an den technischen und rechtlichen Anspruch der Kunden an die Geobasisinformationen herangeführt werden. Pro Jahr sollen von landesweit rd. 3.000 Gemarkungen etwa 200 Gemarkungen untersucht und bereinigt werden.											
Mengen Bereinigte Gemarkungen	0	100	20	-80	-80,0%	200	55	-145	-72,5%	300	▼

Erläuterung:
Die Arbeiten verliefen zunächst nicht linear, da mit dem Start des Projekts SQV am 01. Februar 2009 zuerst Vorarbeiten zu erledigen und erste Erfahrungen zu den gewählten Verfahren, den Arbeitsabläufen und den erzielten Ergebnissen anhand von Testgemarkungen zu sammeln waren. Ein stetig zunehmender Verlauf wird erwartet.

Gegensteuerungsmaßnahmen:
Zur Erreichung der Planwerte wurden zwischen LVermGeo und den VermKÄ Zielvereinbarungen getroffen, dass jährlich etwa 10 bis14 Gemarkungen bei jedem der insgesamt 20 VermKÄ abschließend bearbeitet werden. Die Zielvereinbarungen gewährleisten einen erhöhten Personaleinsatz auch durch Mithilfe der VermKÄ untereinander.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Ausbau der Geodateninfrastruktur Rheinland-Pfalz											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Die Verfügbarkeit von Geodaten nimmt bei der Aktivierung von Wertschöpfungsketten in Verwaltung und Wirtschaft, aber auch als Informationsquelle für die Bürgerinnen und Bürger eine herausragende Rolle ein. Deshalb sollen möglichst alle geo-relevanten Fachdaten der behördlichen und kommunalen Stellen in Rheinland-Pfalz gemeinsam mit den Geobasisinformationen der VermKV im Internet bereitgestellt werden. Dies insbesondere unter dem zeitlichen Fokus der Umsetzungsverpflichtung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE). Neben Internetdiensten, die dem Kunden die Recherche und das Darstellen und Betrachten von digitalen Karten und Daten erlauben, sollen weitergehende Funktionalitäten wie das Einbinden von Kartendiensten und der Download von Fachinformationen unmittelbar über das Internet zur Verfügung gestellt werden. Es ist das Ziel dieses Leistungsauftrags, durch intensive Beratung und Unterstützung der ca. 250 geodatenhaltenden Stellen bei Kommunen und Landesverwaltungen auf allen Ebenen die Anzahl der Dienste anbietenden Stellen in den nächsten sechs Jahren entsprechend zu erhöhen.											
Mengen Diensteanbieter (Anzahl)	0	26	36	10	38,5%	52	46	-6	-11,5%	73	►

Erläuterung:
Der Stand der Beratungen der geodatenthaltenden Stellen liegt im Plansoll. Für die anstehenden Projekte sind die vorbereitenden Arbeiten wie Scannen und Georeferenzieren erledigt, sie konnten jedoch noch nicht abgeschlossen werden. Die Kennzahlen werden voraussichtlich im nächsten Berichtszeitraum erreicht.

Anlage 7

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 03 22 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Vermessungs- und Katasterverwaltung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Aufbau eines digitalen Oberflächenmodells für Rheinland-Pfalz **Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:** Die Geobasisinformationen des amtlichen Vermessungswesens modellieren bisher grundsätzlich die dreidimensionale Ausformung der Erdoberfläche in Form eines gleichmäßigen Punktrasters mit Höheninformationen (Digitales Geländemodell - DGM). Differenzierte Fachanwendungen aus den Bereichen Raumordnung und Landesplanung, Bauleitplanung und städtebauliche Entwicklungsplanung oder Umwelt- und Hochwasserschutz erfordern zunehmend ein Digitales Oberflächenmodell (DOM), das präzise dreidimensionale Informationen über die höhenmäßige Ausformung der Erdoberfläche einschließlich der auf ihr befindlichen Gebäude und topographischen Objekte liefert. Das über Laserscanning-Verfahren erhobene DOM wird im Hochwasserschutz, in der Archäologie und der Denkmalpflege, für die Simulation von Immissionen (Lärm, Luft) und Bodenerosionen (Cross Compliance), in der Tourismusbranche und in der Wirtschaftsförderung, im Katastrophenschutz (Rettungsdienste), in der Navigationstechnik und in der Telekommunikation benötigt. Das DOM soll in den kommenden zehn Jahren sukzessive entsprechend den Anforderungen der Kunden flächendeckend aufgebaut werden. Eine jährliche Leistung von ca. 2000 km² wird angestrebt.											
Mengen Fertiggestelltes DOM in km²	0	1.000	447	-553	-55,3%	2.000	1.374	-626	-31,3%	3.000	▼

Erläuterung:
Die Maßnahmen zur Erhöhung der Leistungsmengen im II. Halbjahr 2009 haben dazu geführt, dass sich die Leistungsmenge mehr als verdoppelt hat und mit 927 nur noch wenig unter der angestrebten Leistungsmenge von 1000 liegt. Der hieraus erkennbare positive Trend ist noch zu verstärken, um die im I. Halbjahr aufgetretene Differenz zwischen Soll und Ist aufzuholen. Die Schulungsmaßnahmen hierfür sind erfolgt.

Gegensteuerungsmaßnahmen:
Um die für 2010 geplante Leistung sicherstellen zu können, wird - wenn notwendig - eine Aufstockung der Anzahl der Mitarbeiter erwogen.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Schulungen zur Einführung des Amtlichen Liegenschaftskataster Informationssystems (ALKIS®) **Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:** Gesetzlicher Auftrag des amtlichen Vermessungswesens ist u. a. die Bereitstellung von Geobasisinformationen für Zwecke des Rechtsverkehrs und der Wirtschaft sowie für staatliche, kommunale und private Aufgaben unter Berücksichtigung des aktuellen Stands von Wissenschaft und Technik. Die Modellierung der bisherigen Systeme Automatisiertes Liegenschaftsbuch (ALB) und Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK) beruht auf Standards und Techniken der 1970er Jahre. Das neue Verfahren ALKIS® führt die digitalen Datenbestände von ALB und ALK in einer neuen Struktur zusammen. Auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vermessungs- und Katasterämter kommen mit der Einführung von ALKIS® zum 01. Januar 2010 komplexe Veränderungen in fachlicher, methodischer und struktureller Hinsicht zu, die einer rechtzeitigen und umfassenden Schulung bedürfen (je ca. acht Tage). Insgesamt sind in den nächsten beiden Jahren ca. 1.400 Bedienstete der Vermessungs- und Katasterverwaltung und ca. 200 Bedienstete der in die Datenerhebung einbezogenen sonstigen öffentlichen Vermessungsstellen in mehrtägigen Veranstaltungen in den Grundlagen, in der Anwendung der ALKIS® -Verfahrens- Komponenten Datenhaltung, -erhebung, -qualifizierung sowie -verwendung zu unterweisen.											
Mengen Schulungstage (Anzahl)	0	5.500	0	-5.500	-100,0%	11.000	400	-10.600	-96,4%	11.750	▼

Erläuterung:
Das Verfahren ALKIS® befindet sich seit dem 01. Juni 2009 in der Pilotierungsphase. Im Berichtszeitraum fanden erste Schulungen im Rahmen der Pilotierung statt. Insgesamt müssen die Schulungen möglichst nahe am Produktionsbeginn 01. Juli 2010 ausgerichtet werden. Erwartungsgemäß kann der Planwert bis Dezember 2010 erreicht werden. Die Verzögerung der Pilotierung ist in dem nicht termingerecht fertiggestellten Programmsystem ALKIS® begründet.

Gegensteuerungsmaßnahmen:
Durch entsprechende Maßnahmen ist eine Minimierung der Verzögerungen bei der Programmierung und Implementierung von ALKIS® sichergestellt.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 8

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 04 04 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Steuerverwaltung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Finanzämter in Rheinland-Pfalz (nur "Kernaufgabenbereiche" sind erfasst)											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Kennzahlen aus dem Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern. Für 2010 werden wegen Umstellung des Automationsverfahrens keine Ziele vereinbart.											
Veranlagungsstelle (ohne Körperschaften)											
Durchschn. Mehrergebnis pro Erstveranlagung in €	212 €		203 €				208 €				
Abweichungsquote (Mehrergebnis) ohne Fälle unter 100 €	18,4%	14,0%	16,8%	2,8%	20%	14,0%	17,9%	3,9%	28%		▲
Durchschn. Durchlaufzeit einer Veranlagung in Tagen (Eingang bis Absendung)	48,7	56,0	51,7	-4,3	-8%	57,0	41,9	-15,1	-26%		▲
Anteil erledigter Veranlagungen an zu erwartenden Veranlagungen letzter Veranlagungszeitraum	55,9%	18,0%	17,7%	-0,3%	-2%	56,0%	58,8%	2,8%	5%		▲
Anteil erledigter Veranlagungen an zu erwartenden Veranlagungen vorletzter Veranlagungszeitraum	98,8%	88,0%	89,1%	1,1%	1%	98,5%	98,9%	0,4%	0%		▲
Gesamtpersonaleinsatz in Minuten pro Einkommensteuer-/ Feststellungsbescheid Teilbezirk	214,4		168,1				196,2				
Gesamtkosten in € pro Einkommensteuer-/ Feststellungsbescheid	135 €		109 €				127 €				
Einspruchsquote	9,1%		7,1%				6,2%				
Altfallquote Einsprüche (Veranlagung) > 12 Monate	8,7%	10,0%	9,4%	-0,6%	-6%	10,0%	8,4%	-1,6%	-16%		▲
Kundenzufriedenheit / Befragung im Amt	1,53		1,53				1,53				
Kundenzufriedenheit / postalische Befragung Steuerberater und Lohnsteuerhilfevereine	2,55		2,55				2,55				
Mitarbeiterzufriedenheit aller FA-Beschäftigten	3,0		3,0				3,0				
Arbeitnehmerstelle											
Durchschn. Mehrergebnis pro Erstveranlagung in €	85 €		63 €				85 €				
Abweichungsquote (Mehrergebnis) ohne Fälle unter 100 €	12,9%	12,0%	11,0%	-1,0%	-8%	13,0%	13,1%	0,1%	1%		▲
Durchschn. Durchlaufzeit einer Veranlagung in Tagen (Eingang bis Absendung)	34,9	43,0	39,8	-3,2	-7%	40,0	31,5	-8,5	-21%		▲
Anteil erledigter Antragsveranlagungen an eingegangenen Erklärungen letzter Veranlagungszeitraum	98,0%	86,0%	83,8%	-2,2%	-3%	97,0%	98,8%	1,8%	2%		▲
Anteil erledigter Pflichtveranlagungen an zu erwartenden Pflichtveranlagungen letzter Veranlagungszeitraum	91,0%	44,0%	43,4%	-0,6%	-1%	92,0%	91,5%	-0,5%	-1%		►
Gesamtpersonaleinsatz in Minuten pro Einkommensteuerbescheid Arbeitnehmerstelle	122,1		55,2				122,5				
Gesamtkosten in € pro Einkommensteuerbescheid Arbeitnehmerstelle	76 €		35 €				77 €				
Einspruchsquote	11,9%		5,0%				6,2%				
Altfallquote Einsprüche (ANSt) > 6 Monate	7,4%	10,0%	8,5%	-1,5%	-15%	10,0%	7,1%	-2,9%	-29%		▲
Kundenzufriedenheit / Befragung im Amt	1,53		1,53				1,53				
Kundenzufriedenheit / postalische Befragung Steuerberater und Lohnsteuerhilfevereine	2,55		2,55				2,55				
Mitarbeiterzufriedenheit aller FA-Beschäftigten	3,0		3,0				3,0				
Körperschaftsteuerstelle											
Durchschn. Durchlaufzeit einer Veranlagung in Tagen (Eingang bis Absendung)	54,1	60,0	66,7	6,7	11%	70,0	52,8	-17,2	-25%		▲
Anteil erledigter Veranlagungen an zu erwartenden Veranlagungen letzter Veranlagungszeitraum	49,4%	10,0%	9,6%	-0,4%	-4%	50,0%	50,8%	0,8%	2%		▲
Anteil erledigter Veranlagungen an zu erwartenden Veranlagungen vorletzter Veranlagungszeitraum	98,3%	85,0%	90,1%	5,1%	6%	97,0%	98,4%	1,4%	1%		▲
Fortbildung der Bediensteten											
Zahl der Veranstaltungen	726		271				906				
davon Fortbildung in Kommunikation /Serviceorientierung	42		10				41				
davon Fremdsprachliche Fortbildung	4		2				7				
Zahl der Teilnehmer/-innen	11.011		2.928				10.653				
davon Fortbildung in Kommunikation /Serviceorientierung	331		110				351				
davon Fremdsprachliche Fortbildung	39		11				36				
Anzahl der Fortbildungstage	15.463		5.505				21.614				
davon Fortbildung in Kommunikation /Serviceorientierung	707		226				749				
davon Fremdsprachliche Fortbildung	117		69				228				

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Arbeitnehmerstelle (ANSt)

Der Zielwert " Anteil erledigter Pflichtveranlagungen an zu erwartenden Pflichtveranlagungen letzter Veranlagungszeitraum" konnte mit 91,5 % knapp nicht erreicht werden.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 9

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 05 04 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Arbeitsverwaltungen im Justizvollzug

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Die Arbeitsverwaltungen der Justizvollzugs- und Jugendstrafanstalten haben den gesetzlichen Auftrag zur Beschäftigung der Gefangenen zu erfüllen.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Sicherung und Steigerung der Beschäftigungslage der Gefangenen, Verbesserung von Produktivität der Arbeitsbetriebe und deren Gewinnerzielung											
Beschäftigte Gefangene [Anzahl]	1.785	1.740	1.579	-161	-9,3%	1.640	1639	-1	-0,1%	1656	►
Überschussentwicklung / Gewinnerzielung [EUR]	402.559	160.000	317.787	157.787	98,6%	609.300	358.837	-250.463	-41,1%	283.700	▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Anzahl der Beschäftigten zum 31. Dezember 2009 weicht von dem prognostizierten Wert um 0,1 % ab. Insgesamt ist die Beschäftigung im Vergleich zum 31. Dezember 2008 um ca. 150 Arbeitsplätze zurückgegangen.

Der Rückgang der Beschäftigung ist eine Folge der Finanzkrise, die sich auch in den Werkstätten der Justizvollzugsanstalten ausgewirkt hat.

Der Einnahmeüberschuss ist gegenüber der Prognose zum 31. Dezember 2009 zurückgegangen, was vorrangig durch folgende Umstände bedingt ist:

Durch die Erbringung von Eigenleistungen in den Justizvollzugsanstalten im Rahmen des Neubaues Wittlich fallen insbesondere Ausgaben für Rohstoffe an. Diese sind als solche zu buchen, allerdings stehen dem keine entsprechenden Einnahmen gegenüber. Die Eigenleistungen sind dennoch wirtschaftlich, da sie zu einer Verminderung der nach Fertigstellung des Gebäudes an den LBB zu zahlenden Nutzungsentgelte und damit insgesamt zu einer Entlastung des Landeshaushalts führen werden. Weiterhin ist in einer Justizvollzugsanstalt des Landes ein umsatzstarker Unternehmerbetrieb Mitte des Jahres weggefallen. Darüber hinaus sind insgesamt bedingt durch die Wirtschaftskrise Aufträge durch die Unternehmerbetriebe zurückgegangen.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 10

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Job-Füxe											
Zahl der Job-Füxe	37	37	35	-2	-5%	36	35	-1	-3%	36	►
Zahl erreichter und beratener Schülerinnen und Schüler	ca. 2.550	ca. 2.550	ca. 2.400	-150	-6%	ca. 2.450	ca. 2.400	-50	-2%	ca. 7.870	►

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Die Job-Füxe helfen insbesondere Schülern und Schülerinnen in Hauptschulbildungsgängen mit präventiven arbeitsweltorientierten Angeboten, um die Übergänge zwischen Schulsystem und Berufssystem zu erleichtern. Damit fördern sie die dauerhafte berufliche und soziale Integration von jungen Menschen frühzeitig und ermöglichen ihnen langfristig den selbständigen Erwerb ihres Lebensunterhalts durch eine berufliche Tätigkeit. Die Job-Füxe sind insbesondere in den Abgangsklassen der Hauptschulen direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Schülerinnen und Schüler, deren Eltern, die Schule sowie für Ausbildungsbetriebe. Sie stellen ein kontinuierliches und breites Spektrum von Angeboten zur intensiven Unterstützung bereit.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Begleitung des Übergangs von Hauptschulbildungsgängen – Beruf; Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Programm wird weiterhin sehr gut von den Partnern angenommen. Der Prognosewert der Schülerinnen und Schüler im Juli 2010 wird angehoben, da die Träger die Maßnahmekonzepte angepasst haben und zum Teil neue Zielgruppen erreichen wollen.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 786.707 €; Landesmittel: 314.672 €.

Kommunale Jugend-Scouts											
Zahl der Jugend-Scouts	32	32	32	0	0%	32	30	-2	-6%	32	►
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 2.700	ca. 2.700	ca. 2.700	0	0%	ca. 2.700	ca. 2.550	-150	-6%	ca. 4.135	►

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Die kommunalen Jugend-Scouts sollen arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahre durch eine Vor-Ort-Beratung erreichen, die wegen persönlicher Merkmale vorhandene Angebote zur beruflichen Eingliederung nicht oder nicht mehr in Anspruch nehmen oder noch nicht eingegliedert werden konnten. Diese Hilfestellung soll die dauerhafte Eingliederung der arbeitslosen Jugendlichen in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem unterstützen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Unterstützung arbeitsloser Jugendlicher zur Integration in den Arbeitsmarkt.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Förderansatz wird weiterhin sehr gut von den Partnern angenommen. Der Planwert wurde leicht unterschritten, da zwei Projekte vor dem Stichtag 31. Dezember 2009 endeten. Die Prognose zum 31. Juli 2010 kann angehoben werden, da nach den Planungen der Träger hier künftig auch Berufsschülerinnen und Berufsschüler erreicht werden sollen.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 763.726 €; Landesmittel: 305.490 €.

Betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik											
Zahl der Projekte	15	15	16	1	7%	16	13	-3	-19%	20	▼
Zahl erreichter Personen	ca. 3.040	ca. 3.000	ca. 3.420	420	14%	ca. 3.420	ca. 1.950	-1.470	-43%	ca. 2.430	▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Es handelt sich um Projekte, die wirtschaftsnah, aber auch unter freier Trägerschaft rund um die Themenfelder „zielgruppen- und branchenspezifische Qualifizierungsmaßnahmen und -beratung, Anpassung an veränderte Arbeitswelten und Rahmenbedingungen, ältere Beschäftigte im Betrieb und Weiterbildungsnetzwerke“ angesiedelt sind. Sie sollen dazu beitragen, die Chancen der von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Erhalt der Arbeitsplätze sowie die Möglichkeiten zur Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Präventiver Ansatz zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Planwert zum 31. Dezember 2009 wurde leicht unterschritten da es zu einer Antragsrücknahme kam, Projekte (mit hohen Teilnehmerzahlen) im Rahmen der Antragsprüfung in den Förderansatz "Offensive für den Strukturwandel" zugeordnet wurden. Eine Maßnahme endete vor dem Stichtag 31. Dezember 2009.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.224.099 €; Landesmittel: 947.906 €.

Anlage 10

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Zentrale Aufgabe der Beschäftigungskonversion ist es, den unmittelbar und mittelbar vom Truppenabbau betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der US-Streitkräfte und der Bundeswehr Chancen zur Wiedereingliederung auf dem zivilen Arbeitsmarkt zu eröffnen. Zentrale Instrumente sind Outplacement-Beratung, Arbeitsvermittlung, Bildungsmanagement und Organisationsentwicklungsmaßnahmen an den Standorten. Darüber hinaus werden Weiterbildungsangebote entwickelt und durchgeführt, die darauf abzielen, die Vermittlungsfähigkeit dieser Personen auf den zivilen Arbeitsmärkten zu erhöhen.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Unterstützung bei der Integration von der Konversion Betroffener in den Arbeitsmarkt.											
Konversion											
Zahl der Projekte	14	6	6	0	0%	6	6	0	0%	6	▲
Zahl erreichter Personen	ca. 5.330	ca. 3.400	ca. 3.400	0	0%	ca. 3.400	ca. 3.400	0	0%	ca. 3.400	▲
Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen: Das Programm konnte wie geplant umgesetzt werden und wird entsprechend weitergeführt.											
Konversionsmittel: 1.726.431 €											
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Die Landesarbeitsmarktpolitik will die Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) bzw. optierenden Kommunen im Rahmen eines eigenständigen Beitrags über ein zusätzliches qualitatives und quantitatives Engagement - entsprechend der Bedarfslage vor Ort - bei der Wiedereingliederung von SGB II-Bezieherinnen und -beziehern unterstützen. Über das Engagement des Landes sollen die Aktivierungsquoten erhöht und/oder besonders benachteiligte Zielgruppen gefördert werden. Orientiert an der Zahl der ALG II-Bezieherinnen und -Bezieher wurden hierfür sog. regionale Budgets gebildet. Damit können sowohl zusätzliche Arbeitsgelegenheiten als auch zusätzliche Qualifizierungselemente in Arbeitsgelegenheiten gefördert bzw. andere Eingliederungsleistungen aus dem SGB II aufgestockt werden. Zur Umsetzung dieser regionalen Budgets können sich die ARGEN bzw. optierenden Kommunen freier Träger bedienen.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Wiedereingliederung langzeitarbeitsloser SGB II-Empfängerinnen und -Empfänger in den ersten Arbeitsmarkt.											
Projekte für langzeitarbeitslose Menschen (SGB II-Flankierung)											
Zahl geförderter Projekte bei den ARGEN/ optierenden Kommunen	262	250	158	-92	-37%	120	132	12	10%	120	▲
Zahl erreichter Personen	ca. 11.800	ca. 10.000	ca. 7.880	-2.120	-21%	ca. 6.750	ca. 7.870	1.120	17%	ca. 6.580	▲
Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen: Der Planwert konnte übertroffen werden, da im zweiten Halbjahr 2009 weitere Projekte initiiert werden konnten.											
ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 16.955.621 €; Landesmittel: 549.944 €											
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Qualifizierungsprojekte für Zielgruppen im SGB III-Bezug mit besonderem Förderbedarf oder für besondere politische Schwerpunktsetzungen, die in Absprache mit den Agenturen für Arbeit umgesetzt werden. Die Projekte sollen Arbeitslose, insbesondere benachteiligte Personengruppen unterstützen, eine berufliche Tätigkeit als Selbständige oder Selbständiger oder als abhängig Beschäftigte oder abhängig Beschäftigter aufzunehmen. Andere Projekte haben die Flankierung des Strukturwandels und IT-Personalberatung zum Gegenstand.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Zusätzliche Förderung von SGB III-Empfängerinnen und -Empfängern zur Integration in den Arbeitsmarkt.											
Projekte für arbeitslose Menschen und besondere Zielgruppen außerhalb des SGB II (SGB III-Projekte)											
Zahl der Projekte	2	80	69	-11	-14%	51	84	33	65%	70	▲
Zahl erreichter Personen	ca. 86	ca. 4.500	ca. 4.250	-250	-6%	ca. 3.570	ca. 3.180	-390	-11%	ca. 2.950	►
Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen: Der Planwert konnte stark übertroffen werden, da im zweiten Halbjahr 2009 in den Förderansätzen Kompetenzagentur und Kommunal-Kombi verstärkt neue Projekte begonnen haben.											
Sonstige Erläuterung: Aufgrund der neuen ESF-Fördersystematik werden in diesem Förderbereich ab 2009 die Förderansätze für arbeitslose Frauen, Migranten/ -innen, Ältere, Jüngere, Arbeitslose, Kompetenzagentur, Kommunal-Kombi und Haushaltsassistenzen berücksichtigt.											
ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 2.712.440 €; bewilligte Landesmittel: 6.504.209 €											

Anlage 10

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Arbeitsmarktinitiative Rheinland-Pfalz											
Nachholender Schulabschluss											
Zahl der Projekte	7	5	4	-1	-20%	4	6	2	50%	3	▲
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 120	ca. 85	ca. 80	-5	-6%	ca. 80	ca. 190	110	138%	ca. 40	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Förderung von speziellen Kursen zum Nachholen des Schulabschlusses, die auch den spezifischen Bedarf an Schulung und pädagogischer Betreuung von am Arbeitsmarkt benachteiligten Jugendlichen berücksichtigen. Sie sollen auf den Schulabschluss vorbereitet werden und diesen auch erreichen. Es sollen Jugendliche und junge Erwachsene erreicht werden, die aufgrund schwieriger sozialer Verhältnisse, geringer Grundkenntnisse in der Allgemeinbildung, Mathematik oder Deutsch, geringer Motivation und sprachlicher Defizite derzeit keine beruflichen Perspektiven haben. Mit dem Schulabschluss erhöhen sich die Chancen der Jugendlichen auf einen Einstieg in das Berufsleben, aber auch die Chancen auf persönliche Entwicklung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Integration arbeitsloser Jugendlicher in den Arbeitsmarkt.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Förderansatz wird gut umgesetzt, der Planwert konnte überschritten werden. Teile des Förderprogrammes laufen aus, da die Förderinstrumente des SGB III und SGB II geändert wurden. (Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss wurde gesetzlich verankert). Der Prognosewert für den 31. Juli 2010 wurde angepasst.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 354.979 €

Fit für den Job											
Zahl der Projekte	24	15	14	-1	-7%	15	0	-15	-100%	19	▼
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 560	ca. 345	ca. 350	5	1%	ca. 350	0	-350	-100%	ca. 570	▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Für rheinland-pfälzische Jugendliche, denen es aufgrund ihrer persönlichen Voraussetzungen nicht gelingt, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden und die auch nicht für eine Berufsvorbereitung im Rahmen einer berufsvorbereitenden Maßnahme geeignet sind und denen keine andere arbeitsmarktpolitische Integrationsmaßnahme angeboten wurde, werden in diesem Ansatz berufshinführende Maßnahmen durchgeführt. Neben Bewerbungstrainings erhalten die Jugendlichen praxisnahe Einblicke in Berufsbilder und fachbezogene Qualifikationen. Zudem werden sie sozialpädagogisch betreut, was im Rahmen einer nachsorgenden Betreuung durchgeführt werden kann. Damit werden die Chancen der Jugendlichen auf einen Berufseinstieg verbessert.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Integration arbeitsloser Jugendlicher in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Im Jahr 2009 wurden insgesamt 14 Projekte durchgeführt, alle endeten jedoch vor dem Stichtag 31. Dezember 2009. Neue Projekte starten wieder im Jahr 2010.

Sonstige Erläuterung:
Aufgrund des Ausbaus von Angeboten des Bundes bzw. der Bundesagentur für Arbeit (insb. Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen) wurde der Umfang des Ansatzes gegenüber 2008 reduziert.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 898.328 €; Landesmittel: 886.473 €.

Anlage 10

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲▶▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Es handelt sich zum einen um Projekte, die Netzwerke für die berufliche Qualifizierung von jungen Migrantinnen und Migranten unterstützen und zum anderen um Ausbildungsprojekte sowie Projekte zur Vorbereitung von Migrantinnen und Migranten auf eine Ausbildung. Des weiteren sollen über die Projekte Eltern, aber auch Multiplikatoren/-innen erreicht werden, die insbesondere jungen Migrantinnen und Migranten bei der Berufswahl helfen können.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Integration von jungen Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt.											
Verbesserung der Ausbildungschancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund											
Zahl der Projekte	7	9	10	1	11%	10	10	0	0%	6	▲
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 300	ca. 400	ca. 1.540	1.140	285%	ca. 1.540	ca. 1.570	30	2%	ca. 1.420	▲
Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen: Der Förderansatz wird gut umgesetzt, die Planwert wurde erreicht, die Anzahl der erreichten Jugendlichen wurde leicht übertroffen.											
ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 680.170 €; Landesmittel: 290.906 €											
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Bei den Berufsmentorinnen und Berufsmentoren handelt es sich um bei den Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern verankerte Beraterinnen und Berater, deren Aufgabe die Betreuung von Jugendlichen ist, die sich in einer Einstiegsqualifizierung (EQJ) in rheinland-pfälzischen Betrieben befinden. Ziel ist es, dass möglichst viele Jugendliche die Einstiegsqualifizierung zum Abschluss bringen und direkt im Anschluss daran mit einer Ausbildung beginnen können. Die Berufsmentorinnen und Berufsmentoren sind direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Jugendliche in der Einstiegsqualifizierung und für die Betriebe und begleiten und beraten diese während der Dauer der Einstiegsqualifizierung. Zudem betreuen die Berufsmentorinnen und Berufsmentoren die Jugendlichen bei Bedarf in der ersten Phase nach der Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis, um einen Ausbildungsabbruch zu vermeiden. Neben der Förderung durch Berufsmentorinnen und Berufsmentoren wird für leistungsschwächere Jugendliche ein Förder- und Stützunterricht im Rahmen der Einstiegsqualifizierung gefördert.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Begleitung von Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz im Rahmen der Einstiegsqualifizierung zur Integration in Ausbildung und Arbeit; Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen.											
Berufsmentoring											
Zahl der Mentoren	3	4	3	-1	-25%	3	2	-1	-33%	3	▼
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 340	ca. 340	ca. 340	0	0%	ca. 340	ca. 270	-70	-21%	ca. 370	▼
Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen: Der Planwert wurde leicht unterschritten, da ein Projekt bereits am 30. November 2009 endete.											
ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 73.606 €; Landesmittel: 33.282 €											
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Das wesentliche Ziel der regionalen Beschäftigungsentwicklerin oder des regionalen Beschäftigungsentwicklers ist es, neue Beschäftigungsfelder in der Region aufzuspüren und zu entwickeln sowie zusätzliche betriebliche Arbeitsplätze in der Region gemeinsam mit Unternehmen zu schaffen. Darüber hinaus soll die regionale Beschäftigungsentwicklerin oder der regionale Beschäftigungsentwickler Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner der Unternehmen für beschäftigungsrelevante Fragen sein. Dabei sollen vor allem die Handlungsfelder „zusätzliche betriebliche Arbeitsplätze, lokale Ökonomien, regionale Branchenprofile und Qualifizierungsstrategien" bearbeitet werden. Zur Umsetzung dieser Aufgabenstellung soll die regionale Beschäftigungsentwicklerin oder der regionale Beschäftigungsentwickler in den regionalen Gebietskörperschaften an der Schnittstelle „Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung" oder einer vergleichbaren Stelle eingesetzt werden. Modellmaßnahmen sollen der Erprobung und Weiterentwicklung innovativer und modernisierender Bildungsinstrumente dienen und Modellprojekte zur Zielsetzung „Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie -fähigkeit" beitragen.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sowie der Voraussetzungen zur Entstehung zusätzlicher Arbeitsplätze auf regionaler Ebene.											
Regionale Beschäftigungsentwickler											
Zahl der Beschäftigungsentwickler	6	6	5	-1	-17%	5	6	1	20%	5	▲
Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen: Der Prognosewert zum 31. Dezember 2009 wurde leicht übertroffen.											
Sonstige Erläuterung: Da die Förderung von regionalen Beschäftigungsentwicklern keinen teilnehmerorientierten Ansatz darstellt, können keine Aussagen zur Anzahl der erreichten Personen getroffen werden.											
ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 264.445 €; Landesmittel: 50.128 €.											

Anlage 10

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Ziel der regionalen Vermittlungszentren für ältere Arbeitslose ist es, den SGB II-Kundinnen und -Kunden über 50 Jahre, die im Alltag immer wieder auf erschwerte Bedingungen bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt treffen, einen verbesserten Zugang zu erschließen und ihnen dadurch neue Perspektiven zu eröffnen. Die Zielsetzung soll durch eine intensive vermittlungsorientierte Betreuung erreicht werden.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Wiedereingliederung von älteren Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt.

Regionale Vermittlungszentren für ältere Langzeitarbeitslose											
Zahl der Projekte	22	22	20	-2	-9%	20	19	-1	-5%	0	►
Zahl erreichter Personen	ca. 3.920	ca. 3.900	ca. 1.880	-2.020	-52%	ca. 1.880	ca. 1.760	-120	-6%	0	►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Förderansatz wird weiterhin gut angenommen. Der Prognosewert wird leicht unterschritten, da für ein Projekt kein Folgeantrag mehr gestellt wurde. Das Bundesprogramm "Beschäftigungspakt für Ältere" wurde bundesweit ausgedehnt.

Sonstige Erläuterungen:
Der Ansatz wird im Jahr 2010 wegen der Ausweitung des Bundesprogrammes "Beschäftigungspakt für Ältere" nicht fortgesetzt.

Landesmittel: 2.378.620 €.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Die Projekte zielen darauf ab, dass sich die Jugendlichen frühzeitig mit ihren eigenen beruflichen Perspektiven befassen und sie eine möglichst umfassende Berufsorientierung erhalten. Berufswunsch und Ausbildungsmöglichkeiten sollen passgenau miteinander in Einklang gebracht werden. Besondere Zielgruppen der Projekte sind Jugendliche mit Unterstützungs- oder Informationsbedarf. Vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund, mit engem Berufswahlsprektrum oder mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Behinderungen sollen davon profitieren. Vorhandene Defizite können so frühzeitig aufgearbeitet und wichtige Informationen vermittelt werden.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Vertiefte Berufsorientierung für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf.

Vertiefte Berufsorientierung											
Zahl der Projekte	41	40	34	-6	-15%	33	33	0	0%	30	▲
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 5.750	ca. 5.100	ca. 4.900	-200	-4%	ca. 4.550	ca. 4.550	0	0%	ca. 4.100	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Prognosewert zum 31. Dezember 2009 konnte wie geplant erreicht werden.

Landesmittel: 1.018.972 €.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Zur Beschäftigungssicherung während der Krise wurden verschiedene Maßnahmen aufgelegt. Dazu gehören Maßnahmen zur Unterstützung der Betriebe und Betriebsräte, Förderung von Transfergesellschaften und Outplacementberatungen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Das Maßnahmeprogramm wird vom Grundgedanken geleitet, dass durch aussagefähige Prognosen, Handlungsfähigkeit und passgenaue Hilfen gewährleistet werden können. Die Landesregierung erhält dadurch Informationen, die sie schnell und rechtzeitig in die Lage versetzt, Impulse zu setzen, Programme zu entwickeln oder Projekte anzupassen.

Krisenmanagement											
Zahl der Projekte	0	4	4	0	0%	1	2	1	100%	2	▲
Zahl erreichter Personen	0	ca. 1.535	ca. 1.535	0	0%	ca. 1.000	ca. 1.050	50	5%	ca. 356	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Planwert wurde übertroffen, da ein weiteres Projekt initiiert werden konnte.

Landesmittel: 462.610 €.

Anlage 10

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Die Bildung von Netzwerken soll dazu beitragen, dass die einzelnen mitwirkenden Institutionen im ständigen Austausch zusammenarbeiten und so eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt, das Bildungssystem oder die Gesellschaft erreicht werden. **Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:** Verknüpfung und Koordination verschiedener Arbeitsmarktakteure in Netzwerken.											
Förderung von Netzwerken											
Zahl der Projekte		13	27	14	108%	25	22	-3	-12%	24	►
Zahl erreichter Personen		ca. 550	ca. 5.600	5.050	918%	ca. 5.300	ca. 6.510	1.210	23%	ca. 6.780	▲
Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen: Zwei Projekte endeten bereits vor dem Stichtag 31. Dezember 2009. Es wurde eine höhere Zahl an Personen erreicht. **ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.540.884 €; Landesmittel: 1.250.686 €.**											
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Es erfolgt eine Konzentration auf die Begleitung von Gründerinnen und Gründern in der Phase nach der Gründung. Wichtigstes Instrument ist die Beratung und das Coaching von Gründern/-innen nach der Gründungsphase, um die Stabilität der Unternehmensgründung zu unterstützen. Dabei erfolgt hier in Abgrenzung zu den Existenzgründungsprogrammen des Bundes eine Konzentration auf Gründungen aus der Arbeitslosigkeit und zwar insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund. **Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:** Unterstützung während der Gründungsphase											
Beratung vor und nach der Existenzgründung											
Zahl der Projekte		5	3	-2	-40%	2	6	4	200%	7	▲
Zahl erreichter Personen		ca. 75	ca. 650	575	767%	ca. 630	ca. 940	310	49%	ca. 1.290	▲
Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen: Der Planwert wurde übertroffen, da es zu einer Umbuchung aus dem Förderansatz "Förderung von Netzwerken" kam und das Projekt ARGE RUN aus verwaltungstechnischen Gründen auf vier Module (Antragsteller) aufgeteilt wurde. **Sonstige Erläuterung:** Dieser Förderansatz besteht seit Beginn der neuen ESF-Förderperiode. Die Programmrealisierung erfolgt ab 2009. **ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 583.962 € ; Landesmittel: 70.506 €**											
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Hier handelt es sich um spezifische Projekte für Frauen. Diese Maßnahmen sind in ihrer konzeptionellen Ausrichtung ausschließlich für Frauen bestimmt. Zum einen handelt es sich um Maßnahmen für sozial benachteiligte, alleinerziehende Frauen (auch mit Migrationshintergrund), desweiteren um Ausbildungsprojekte und Maßnahmen zur Vermittlung von Mädchen und Frauen in technische und handwerkliche Berufe. **Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:** Integration, Qualifikation und Vermittlung von arbeitslosen Frauen.											
Projekte für die Zielgruppe Frauen											
Zahl der Projekte	40	30	18	-12	-40%	15	12	-3	-20%	14	▼
Zahl erreichter Frauen	ca. 6.735	ca. 4.000	ca. 500	-3.500	-88%	ca. 400	ca. 310	-90	-23%	ca. 435	▼
Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen: Der Prognosewert zum 31. Dezember 2009 wurde nicht erreicht, da drei Projekte bereits vor dem Stichtag beendet waren. Es handelt sich um eine nachrichtliche Darstellung, da alle Maßnahmen bereits in den oben dargestellten Förderansätzen enthalten sind. **ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.349.314 €; Landesmittel: 60.431 €.**											

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 10 a

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 12 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Projekte und Maßnahmen für die Zielgruppe Frauen aus dem Bereich des Kapitels 06 12											
Zahl geförderter Projekte		26	29	3	12%	28	32	4	14%	29	▲
Zahl erreichter Personen/Beratungsfälle		ca. 7.420	ca. 7.755	335	5%	ca. 1.430	ca. 1.643	213	15%	ca.7.500	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Es handelt sich um Projekte ausschließlich für Mädchen und Frauen aus dem Bereich des Kapitels 06 12. Es beinhaltet Maßnahmen zur beruflichen Orientierung von Schülerinnen und um Maßnahmen und Projekte zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen in den Arbeitsmarkt.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Beratung, (Neu-) Orientierung und Qualifizierung von Mädchen (Schwerpunkt:Schülerinnen) und Frauen (Schwerpunkt: Berufsrückkehrerinnen) zur Integration in den Arbeitsmarkt

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Bei der Zahl der erreichten Personen wird in den ersten sieben Monaten eines Jahres die Zahl der beteiligten Schülerinnen am Girls' Day mit eingerechnet, der jährlich im April eines Jahres stattfindet.

Landesmittel: 684.877 €

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 11

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des/der Kapitel(s) 06 02 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Das Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (LKindSchuG) regelt Maßnahmen zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit durch frühe Förderung und rechtzeitige Hilfen zur Vermeidung von Vernachlässigung, Missbrauch oder Misshandlung. Zielführend sind dabei zwei wesentliche Ansätze:

- Aufbau lokaler Netzwerke zur Förderung des Kindeswohls und zur Verbesserung des Kinderschutzes
- Förderung von Kindergesundheit, besonders durch die Steigerung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder

Für Leistungen nach dem Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit stehen im Landeshaushalt 2009 bei Kapitel 06 02 Titel 633 02 insgesamt 2.776.100 € zur Verfügung. Mit diesen Haushaltsmitteln unterstützt das Land besonders die Träger der Jugendämter. Sie erhalten eine pauschale Förderung von sieben Euro pro Jahr für jedes Kind, das das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet hat (rd. 1,4 Mio. €). Für die den Gesundheitsämtern durch das Gesetz zugewiesenen Aufgaben erfolgen pauschale Kostenerstattungen des Landes an die Träger der Gesundheitsämter in Höhe von drei Euro pro Jahr für jedes Kind im Dienstbezirk des jeweiligen Gesundheitsamts, das das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet hat (rd. 0,6 Mio. €). Das Land trägt außerdem die Kosten des Einladungs- und Erinnerungsverfahrens zu den Früherkennungsuntersuchungen (rd. 0,7 Mio. €).

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

1. Aufbau lokaler Netzwerke in allen Kommunen

Die überregionale Servicestelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung unterstützt die 41 rheinland-pfälzischen Jugendämter beim Aufbau lokaler Netzwerke. Sie berät die Kommunen bei der Bildung der Netzwerke und wirkt auf einen gleichmäßigen Ausbau der Einrichtungen und Angebote hin. Sie erarbeitet Umsetzungsempfehlungen hinsichtlich der im Gesetz enthaltenen Aufgabenstellungen für die Gesundheits- und Jugendämter.
Zu den Themen im Kontext des Landesgesetzes (z.B. frühe Hilfen, Kindesschutz und Vernetzung) werden Fortbildungsangebote entwickelt. Der Transfer von Erkenntnissen und Erfahrungen zwischen den Jugendämtern und zwischen Jugend- und Gesundheitsämtern wird unterstützt. Erfahrungen und Ergebnisse auf Bundesebene und aus anderen Bundesländern sowie aus kommunalen Modellprojekten werden aufbereitet.

Aufbau lokaler Netzwerke und Fortbildungsveranstaltungen											
Lokale Netzwerke in den Kommunen	27	35	33	-2	-5,71%	33	33	0	0,00%	33	▲
Fortbildungsveranstaltungen und Fachtagungen der Servicestelle	0	3	4	1	33,33%	9	24	15	166,67%	29	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Im Jahr 2009 wurde das Ziel, der Aufbau lokaler Netzwerke in allen Jugendamtsbezirken, erreicht. An den landesweit insgesamt 33 lokalen Netzwerken sind alle 41 Jugendämter beteiligt, da sich entsprechend der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit der interkommunalen Zusammenarbeit in geeigneten Fällen zwei bis vier Jugendämter zur Bildung eines gemeinsamen Netzwerkes zusammengeschlossen haben.

Neben der kontinuierlichen Beratung und Begleitung der lokalen Netzwerke, der Konzeption und Durchführung von Fachtagungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Jugend- und Gesundheitsämtern sowie für Netzwerkkoordinatorinnen und -koordinatoren, wurden Arbeitshilfen und Handlungsempfehlungen für die örtlichen Jugend- und Gesundheitsämter entwickelt und erarbeitet. Ein neuer Schwerpunkt seit dem 2. Halbjahr 2009 bildet die Entwicklung und das Angebot maßgeschneiderter Fortbildungspakete für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der rheinland-pfälzischen Geburtskliniken. Mit dem neuen Landeskinderschutzgesetz wurde nämlich auch der § 31 des Landeskrankenhausgesetzes geändert. Die Krankenhäuser mit Geburtshilfe haben nunmehr die Aufgabe, zum frühzeitigen Erkennen von das Wohl von Kindern gefährdenden Lebenssituationen beizutragen und auf die jeweils notwendigen Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen hinzuwirken. Die Angebote wurden sehr gut angenommen, so dass der Planwert erheblich überschritten wurde.

Die Servicestelle wirkte weiter bei der Optimierung der Verfahrensabläufe des Einladungswesens zu den Früherkennungsuntersuchungen mit.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

2. Förderung der Kindergesundheit durch die Steigerung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder.

Das Landesgesetz regelt die Sicherstellung eines verbindlichen Einladungswesens zu den Früherkennungsuntersuchungen. Hierfür wurde auf Landesebene eine Zentrale Stelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) eingerichtet. Das LSJV hat zentrale Aufgaben im Zusammenhang mit dem Einladungswesen an das Zentrum für Kindervorsorge beim Universitätsklinikum des Saarlandes in Homburg (ZfK) übertragen. Dieses versendet an die gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter kurz vor Anstehen einer Früherkennungsuntersuchung ein Einladungsschreiben, dem der Vordruck einer Untersuchungsbestätigung beigefügt ist, die durch den Arzt / die Ärztin an das ZfK zurückgesandt wird. Die Eltern erhalten ein Erinnerungsschreiben, wenn dem ZfK keine Information über die Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchung vorliegt. Geht trotz Erinnerung keine Untersuchungsbestätigung im ZfK ein, wird das örtlich zuständige Gesundheitsamt informiert, dass das Angebot der Früherkennung nicht in Anspruch genommen wurde. Es erfolgt eine zeitnahe und gezielte Kontaktaufnahme durch Mitarbeiter/-innen der Gesundheitsämter, um die Eltern zu motivieren, die Früherkennungsuntersuchung im Interesse eines gesunden Aufwachsens ihres Kindes zu nutzen. Wenn Eltern trotz dieser fachlichen Beratung des Gesundheitsamtes (GA) die Früherkennungsuntersuchung nicht nutzen, informiert das Gesundheitsamt das Jugendamt (JA).
Das beschriebene Verfahren gilt für die Früherkennungsuntersuchungen der Untersuchungsstufen U4 bis U9. Zur Früherkennungsuntersuchung J1 erfolgt nur eine Einladung an die gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter zur anstehenden Untersuchung für ihre Kinder.

Steigerung der Inanspruchnahme der Früherkennungesuntersuchungen bei Kindern											
Einladungsschreiben gesamt (U 4 - U9)	98.852	135.000	137.752	2.752	2,04%	235.200	216.391	-18.809	-8,00%	152.000	►
Erinnerungsschreiben gesamt (U4 - U9)	5.651	37.500	45.781	8.281	22,08%	73.600	79.226	5.626	7,64%	46.000	►
Meldungen durch das Zentrum für Kindervorsorge (ZfK) an die Gesundheitsämter (GÄ) gesamt (U4 - U9)	1.167	12.000	17.045	5.045	42,04%	27.300	30.255	2.955	10,82%	16.000	►
Mitteilungen von den Gesundheitsämtern (GÄ) an die Jugendämter (JÄ) gesamt (U4 - U9)	26	580	692	112	19,31%	1.385	1.606	221	15,96%	600	▼

Anlage 11

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des/der Kapitel(s) 06 02 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 1)	Planwert zum 31.07.2009 1)	Istwert zum 31.07.2009 1)	Abweichung 1)	Abweichung [%] 1)	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 1)	Istwert zum 31.12.2009 1)	Abweichung 1)	Abweichung [%] 1)	Prognosewert zum 31.07.2010 1)	Zielerreichung zum Berichtstag 2) ▲►▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Einladungswesen zu den Früherkennungsuntersuchungen wurde stufenweise zwischen Juli und Oktober 2008 eingeführt. Wegen der verschiedenen Verfahrenszeiträume (Einladungs-, Untersuchungs-, Erinnerungs-, und Toleranzzeiträume) läuft das gesamte Einladungswesen für alle Untersuchung erst vollständig seit Juni 2009. Das vorgesehene Verfahren sieht vor, dass die Einladungsschreiben ein bis drei Monate vor dem jeweiligen Untersuchungszeitraum, die Erinnerungsschreiben nach Ablauf des jeweiligen Untersuchungszeitraumes (bis zu 5 Monate bei der U9) und einer Toleranzfrist verschickt werden. Daher ist die Vergleichbarkeit der bei den verschiedenen U-Untersuchungen anfallenden Erinnerungen und Meldungen noch nicht gegeben.

Die Zahl der Erinnerungsschreiben sowie die Zahlen der Meldungen des ZfK an die Gesundheitsämter und besonders der Gesundheitsämter an die Jugendämter sind immer noch höher als erwartet. Die im 2. Halbjahr begonnenen Maßnahmen zur Optimierung der Verfahrensabläufe beginnen jedoch wegen der kürzeren Einladungs- und Untersuchungszeiträume bei den frühen U-Untersuchungen (insbesondere U4 und U5) und bei den früheren Verfahrensschritten der nachfolgenden Untersuchungen schon zu greifen. Es ist damit zu rechnen, dass die Verbesserungen im Verfahrensablauf in 2010 auch bei den anderen Untersuchungen und allen Verfahrensschritten greifen. Besonders hohe Abweichungen werden bei der Untersuchung U7a ermittelt. Diese Untersuchung wurde erst im Juli 2008 eingeführt und ist damit noch nicht so bekannt.

Aus organisatorischen Gründen musste die Ermittlung der Ist-Werte der Meldungen der Gesundheitsämter an die Jugendämter zum Stichtag 11. Dezember 2009 erfolgen.

Die Prognose-/Planwerte der Erinnerungsschreiben und der Meldungen an die Gesundheitsämter und Jugendämter stellen eine maximal angestrebte Obergrenze dar. Eine Unterschreitung ist daher positiv zu bewerten.
Die Ermittlung der Teilnahmequote an den ersten Früherkennungsuntersuchungen ist zum nächsten Berichtstermin (31. Juli 2010) möglich, die aller Früherkennungsuntersuchungen zum Berichtstermin 31. Dezember 2010.

Früherkennungsuntersuchung der Untersuchungsstufe U4: Durchführung 3. bis 4. Lebensmonat											
U4 Einladungsschreiben	18.230	16.000	16.839	839	5,24%	28.500	29.996	1.496	5,25%	17.500	▲
U4 Erinnerungsschreiben	3.281	5.000	4.554	-446	-8,92%	7.500	7.125	-375	-5,00%	4.000	▲
U4 Teilnahmequote											
U4 Meldungen vom ZfK an die GÄ	773	2.700	2.422	-278	-10,30%	4.000	3.331	-669	-16,73%	1.800	▲
U4 Mitteilungen von den GÄ an die JÄ	20	140	135	-5	-3,57%	220	208	-12	-5,45%	100	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Einladungswesen zur Früherkennungsuntersuchung U4 begann zum 01. Juli 2008.

Früherkennungsuntersuchung der Untersuchungsstufe U5: Durchführung 6. bis 7. Lebensmonat											
U5 Einladungsschreiben	18.584	18.000	18.155	155	0,86%	31.000	28.579	-2.421	-7,81%	17.500	►
U5 Erinnerungsschreiben	2.262	5.500	5.913	413	7,51%	9.500	8.978	-522	-5,49%	5.100	▲
U5 Teilnahmequote											
U5 Meldungen vom (ZfK) an die Gesundheitsämter (GÄ)	394	2.700	2.758	58	2,15%	4.400	3.791	-609	-13,84%	2.100	▲
U5 Mitteilungen von den GÄ an die JÄ	6	160	150	-10	-6,25%	250	223	-27	-10,80%	110	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Einladungswesen zur Früherkennungsuntersuchung U5 begann zum 01. Juli 2008.

Früherkennungsuntersuchung der Untersuchungsstufe U6: Durchführung 10. bis 12. Lebensmonat											
U6 Einladungsschreiben	11.341	20.000	20.538	538	2,69%	35.000	30.722	-4.278	-12,22%	17.500	►
U6 Erinnerungsschreiben	0	6.000	6.946	946	15,77%	11.000	11.210	210	1,91%	6.300	►
U 6 Teilnahmequote											
U6 Meldungen vom ZfK an die GÄ	0	1.900	1.848	-52	-2,74%	3.000	3.022	22	0,73%	1.800	►
U6 Mitteilungen von den GÄ an die JÄ	0	80	77	-3	-3,75%	140	164	24	17,14%	70	▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Einladungswesen zur Früherkennungsuntersuchung U6 begann zum 01. September 2008.

Früherkennungsuntersuchung der Untersuchungsstufe U7: Durchführung 21. bis 24. Lebensmonat											
U7 Einladungsschreiben	11.608	20.000	20.540	540	2,70%	35.000	31.351	-3.649	-10,43%	18.300	►
U7 Erinnerungsschreiben	0	6.000	6.601	601	10,02%	10.500	12.121	1.621	15,44%	7.000	▼
U7 Teilnahmequote											
U7 Meldungen vom ZfK an die GÄ	0	1.400	2.065	665	47,50%	3.000	3.978	978	32,60%	2.900	▼
U7 Mitteilungen von den GÄ an die JÄ	0	60	66	6	10,00%	115	192	77	66,96%	100	▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Einladungswesen zur Früherkennungsuntersuchung U7 begann zum 01. September 2008.

Anlage 11

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des/der Kapitel(s) 06 02 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Früherkennungsuntersuchung der Untersuchungsstufe U7a: Durchführung 34. bis 36. Lebensmonat											
U7a Einladungsschreiben	7.768	20.000	20.167	167	0,84%	34.500	30.895	-3.605	-10,45%	18.000	►
U7a Erinnerungsschreiben	0	6.000	6.405	405	6,75%	10.500	12.787	2.287	21,78%	6.800	▼
U7a Teilnahmequote											
U7a Meldungen vom ZfK an die GÄ	0	1.200	2.156	956	79,67%	3.500	4.838	1.338	38,23%	3.500	▼
U7a Mitteilungen von den GÄ an die JÄ	0	50	63	13	26,00%	110	247	137	124,55%	150	▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Früherkennungsuntersuchung der Untersuchungsstufe 7a wurde zum 01. Juli 2008 eigeführt. Das Einladungswesen begann im Oktober 2008.

Früherkennungsuntersuchung der Untersuchungsstufe U8: Durchführung 46. bis 48. Lebensmonat											
U8 Einladungsschreiben	19.383	20.000	19.950	-50	-0,25%	34.200	31.972	-2.228	-6,51%	18.600	►
U8 Erinnerungsschreiben	108	6.000	12.201	6201	103,35%	19.500	18.962	-538	-2,76%	10.500	▲
U8 Teilnahmequote											
U8 Meldungen vom ZfK an die GÄ	0	1.400	5.047	3647	260,50%	8.200	7.864	-336	-4,10%	4.500	▲
U8 Mitteilungen von den GÄ an die JÄ	0	60	196	136	226,67%	350	383	33	9,43%	180	►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Einladungswesen zur Früherkennungsuntersuchung U8 begann zum 01. September 2008.

Früherkennungsuntersuchung der Untersuchungsstufe U9: Durchführung 60. bis 64. Lebensmonat											
U9 Einladungsschreiben	11.938	21.000	21.563	563	2,68%	37.000	32.876	-4.124	-11,15%	19.200	►
U9 Erinnerungsschreiben	0	3.000	3.161	161	5,37%	5.100	8.043	2.943	57,71%	6.000	▼
U9 Teilnahmequote											
U9 Meldungen vom ZfK an die GÄ	0	700	749	49	7,00%	1.200	3.431	2.231	185,92%	3.200	▼
U9 Mitteilungen von den GÄ an die JÄ	0	30	5	-25	-83,33%	200	189	-11	-5,50%	140	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Einladungswesen zur Früherkennungsuntersuchung U9 begann zum 01. September 2008.

Früherkennungsuntersuchung der Untersuchungsstufe J1: Durchführung i.d.R. zwischen dem vollendeten 13. und dem vollendeten 14. Lebensjahr											
J1 Einladungen	23.511	24.800	24.812	12	0,05%	42.536	43.859	1.323	3,11%	25.600	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Einladungen zur J1 wurden ab dem 01. April 2008 verschickt.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 12

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Anerkennung und Förderung der Schuldner- und Insolvenzberatung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Sicherstellung ausreichender Beratungskapazitäten											
Beratungsstellen gesamt	59	59	60	1	2%	60	61	1	2%	61	▲
Geförderte Beratungsstellen	51	51	51	0	0%	51	51	0	0%	51	▲
Geförderte Fachkräfte (in Vollzeit)	66,71	67,71	67,71	0,00	0%	67,71	67,71	0	0%	68,71	▲
Beratungsfälle mit mehr als 2 Beratungen im lfd. Jahr	12.750	5.600	7.400	1.800	32%	12.500	12.607	107	0,9%	6.000	▲
Kurzberatungen (bis zu 2 Beratungen)	8.280	4.500	4.800	300	7%	8.200	11.911	3.711	45,3%	5.000	▲
Sicherstellung und Weiterentwicklung der Beratungsqualität sowie Präventionsarbeit											
Abgeschlossene Beratungsverfahren einschl. Kurzberatungen	11.195	5.500	7.627	2.127	39%	12.500	18.378	5.878	47,0%	8.500	▲
landesweite Veranstaltungen/ Tagungen/ Schulungen/ Fortbildungen	12	4	4	0	0%	12	10	-2	-17%	4	▼
Zahl der abschließend bearbeiteten Anfragen an das Schuldnerfach-beratungszentrum	457	220	253	33	15%	450	429	-21	-4,7%	210	►
Zugriffe auf Infohomepage beim Schuldnerfach-beratungszentrum	1.924.000	970.000	792.891	-177.109	-18%	1.360.000	1.220.000	-140.000	-10,3%	600.000	►

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) ist die nach § 1 des Landesgesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung (AGInsO) zuständige Behörde für die Anerkennung von „geeigneten Stellen" im Verbraucherinsolvenzverfahren. Gleichzeitig fördert das Landesamt gem. § 5 AGInsO die anerkannten geeigneten Stellen, soweit sie zur Sicherstellung eines ausreichenden Angebotes sowie zur qualifizierten Erfüllung der Aufgaben nach § 2 AGInsO erforderlich sind.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Sicherstellung ausreichender Beratungskapazitäten; Sicherung und Weiterentwicklung der Beratungsqualität; Stärkung der Prävention.

Erläuterungen:

Im 2. Halbjahr 2009 wurde eine weitere Beratungsstelle anerkannt. Daher erhöhen sich die anerkannten Beratungsstellen auf 61. Zehn Jahre nach Einführung der Verbraucherinsolvenzordnung haben die rheinland-pfälzischen Insolvenzberatungsstellen die Prozessabläufe weitgehend optimiert. Hieraus resultierte eine zügigere Bearbeitung der einzelnen Beratungsfälle, die in der Zunahme der abgeschlossenen Beratungsverfahren einschließlich Kurzberatungen zum Ausdruck kommt. Insbesondere der Anstieg der Zahl der Kurzberatungen um 45 % zeigt, dass die Beratungsstellen ihre begrenzten Kapazitäten optimal nutzen. Bei annähernd unveränderten Fallzahlen laufender Beratungen konnten im Jahr 2009 somit deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger in Überschuldungsnotlagen unterstützt werden. Der Rückgang der Zahl der landesweiten Veranstaltungen/ Tagungen/ Schulungen/ Fortbildungen gegenüber 2008 um 17 % erklärt sich aus der nunmehr abgeschlossenen Anpassung der Statistik der Schuldner- und Insolvenzberatung in Rheinland-Pfalz, die in 2008 noch erheblichen Schulungsbedarf seitens der Beratungskräfte mit sich gebracht hatte. Hierauf gründet auch der leichte Rückgang der Zahl der abschließend bearbeiteten Anfragen an das Schuldnerfachberatungszentrum und die Anzahl der Zugriffe auf die Infohomepage beim Schuldnerfachberatungszentrum.

Haushaltsansatz: 1.936.500,00 €

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 13

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 03 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Produkt "Integrierte geowissenschaftliche Landesaufnahme" beim Landesamt für Geologie und Bergbau (LGB)

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲▶▼
Integrierte geowissenschaftliche Landesaufnahme											
Mengen											
Anzahl Karten	2	1	1	0	0%	2	2	0	0%	1	▲
Abarbeitungsgrad von insgesamt 28 Kartenmanuskripten	58%	63%	59%	-4%	-6%	67%	60%	-7%	-10%	61%	▶
Wirtschaftlichkeit / Kosten											
Gesamtkosten	305.758 €	150.000 €	163.205 €	13.205 €	9%	360.000 €	285.450 €	-74.550 €	-21%	150.000	▲
Anteil an den Gesamtleistungen des Landesamtes für Geologie und Bergbau	4,3%	4,0%	4,4%	0,4%	9,7%	6,0%	3,9%	-2,1%	-35,5%	4,0%	▼

Qualitäten / Bürgerorientierung	Ziel ist es, den Kunden wie der Landesregierung und deren nachgeordneten Behörden, Kommunen, Ingenieurbüros sowie Bürgerinnen und Bürgern als Planungsgrundlage zukünftig nicht einzelne thematische Karten, sondern fachübergreifende Geoinformationen und deren Interpretation zu allen wesentlichen Geothemen anzubieten.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Die derzeit größtenteils nur analog vorhandenen und teilweise nicht aktuellen Daten sollen zielorientiert im Maßstab 1 : 25.000 oder 1 : 50.000 überarbeitet werden. Das LGB sichert eine jährliche Fertigstellung von mindestens zwei Karten sowie alle fünf Jahre eine umfangreiche Projektkartierung für ein besonders wichtiges Teilgebiet des Landes.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Der Leistungsauftrag beinhaltet: Aufbau eines geowissenschaftlichen Informationssystems, fachübergreifende Datenerhebung, Festlegung von Qualitätsstandards, Bedarfsorientierung, mögliche landesweite Flächendeckung, Möglichkeiten der Aktualisierung sowie projektorientierte Vorgehensweise.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen

Die Erläuterungen zu Blatt 6314 Kirchheimbolanden sowie die Karte 5810 Dommershausen sind gedruckt. Die Geologische Übersichtskarte 1 : 50.000 Donnersbergkreis (Projektkartierung) wird 2010 fertiggestellt und ohne Erläuterungen gedruckt werden. Außerdem sollen in 2010 die Karten Blatt 5910 Kastellaun sowie 6213 Kriegsfeld gedruckt werden. Die Karte Blatt 6312 Rockenhausen soll eventuell ebenfalls 2010 in Druck gehen, eventuell ohne Erläuterung oder mit einer Kurzerläuterung in 2011. Blatt 5809 Treis-Karden wird ebenfalls 2011 fertig gestellt.
Die Projektkartierung GÜK Westerwald 1 : 50.000 wurde im 2. Halbjahr 2009 weiter intensiviert, ein Druck ist bis 2013 vorgesehen. Die Arbeiten zur Geologischen Übersichtskarte 1 : 50.000 Bitburg-Trier wurden weiter vorangetrieben. Die Kartierung für Blatt 6611 Hermersberg ist abgeschlossen, die Arbeiten zu Blatt 6412 Otterberg weiter intensiviert. Die fachliche Bearbeitung des Blattes 5910 Kastellaun, das ohne Erläuterungen publiziert werden soll, ist fast abgeschlossen. Die Arbeiten zu Blatt 5510 Neuwied ruhen derzeit.

Durch andere wichtige Aufgaben wie die Arbeiten zum CO2-Speicherkataster (Deutschlandweites Projekt mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe) sowie intensiver Zuarbeiten zum EU-Projekt "Interreg IV - Geopotenziale des tieferen Untergrundes im Oberrheingraben" (digitale Vorlagen der Kartenmanuskripte) mussten die Arbeiten, insbesondere die Kartierung, für den Kartendruck wesentlich zurückgestellt werden, so dass das Ziel (Abarbeitungsgrad von 67 %) nicht erreicht werden konnte. Vorausschauend wird dadurch auch das Ziel 2010 = Abarbeitungsgrad von 72 % nicht erreicht werden.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 14

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 51 im Haushaltsjahr 2009
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westerwald-Osteifel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 1)	Planwert zum 31.07.2009 1)	Istwert zum 31.07.2009 1)	Abweichung 1)	Abweichung [%] 1)	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 1)	Istwert zum 31.12.2009 1)	Abweichung 1)	Abweichung [%] 1)	Prognosewert zum 31.07.2010 1)	Zielerreichung zum Berichtstag 2) ▲►▼
Beratung											
Anzahl Beratungen	13.785	8.750	6.588	-2.162	-25%	15.000	10.529	-4.471	-30%	8.750	▼
durchschn. Kosten pro Beratung	36,56 €	36,00 €	89,98 €	53,98 €	150%	36,00 €	47,11 €	11,11 €	31%	36,00 €	▼
Beanstandungsquote bei der EU-Tierkennzeichnung	24%	25%				25%	23%	-2%	-8%	25%	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:
Beratung in Tierproduktion, Pflanzenbau, Bienenkunde und Ernährung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden wobei die Kosten einer Beratung unter 40,00 € liegen sollen. Im Jahr 2007 hatte die rheinland-pfälzische Landwirtschaft eine Beanstandungsquote von etwa 26 % bei den nach EU-Recht erforderlichen Tierkennzeichnungskontrollen im Bereich Rinderhaltung. Ziel der Beratung in der Tierhaltung durch das Dienstleistungszentrum Westerwald-Osteifel ist es unter anderem, eine Senkung der Beanstandungsquote insbesondere bei den schweren Verstößen herbeizuführen.

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe soll gesteigert werden und der Einsatz umweltgerechterer Produktionsverfahren intensiviert werden.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Vor dem Hintergrund, dass eine neue Erfassungssoftware eingeführt wurde, wird von vermehrten Fehlbuchungen ausgegangen. Die Änderung der Kostenträgerstruktur und der statistischen Angaben schränkt zudem die Vergleichbarkeit zu den Vorjahren ein.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	580	274	107	-167	-61%	470	204	-266	-57%	274	▼
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	24.324	14.000	4.920	-9.080	-65%	24.000	8.432	-15.568	-65%	15.000	▼
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	42	51	46	-5	-10%	51	41	-10	-19%	55	▼
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	487	333	288	-45	-13%	570	417	-153	-27%	333	▼
Gesamtkosten	412.057 €	251.000 €	366.511 €	115.511 €	46%	430.000 €	341.172 €	-88.828 €	-21%	251.000 €	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:
Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierhaltung, Pflanzenbau, Bienenkunde und Ernährung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege. Eine Steigerung der Teilnehmerzahl in Weiterbildungsveranstaltungen wird angestrebt.

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Das Veranstaltungsangebot und das übrige Weiterbildungsangebot ist auf die Bedürfnisse der Betriebe abgestimmt.
Mit Beratungsrundschreiben etc. sollen die Betriebe kurzfristig auf Problematiken und Lösungsmöglichkeiten hingeweisen werden.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die gesunkene Zahl der Veranstaltungen und damit verbunden die Teilnehmerzahl ist krankheitsbedingten Ausfällen, der Reduzierung des Personalbestandes sowie der Umstellung des Arbeitsauftrages in der Gruppe Ernährung geschuldet. Letzteres führt zu einem erhöhten Einarbeitsaufwand. Hier ist damit zu rechnen, das im Jahr 2010 wieder eine Steigerung erfolgen wird.
Die Abweichungen vom Istwert zum 31. Dezember 2008 und Istwert zum 31. Dezember 2009 bei der Gesamtzahl der Veranstaltungen und den Gesamtkosten könnten durch Erfassungsänderungen/-fehler bei der Umstellung des Systems entstanden sein.

Versuchswesen											
Gesamtkosten	368.329 €	152.000 €	458.083 €	306.083 €	201%	260.000 €	229.397 €	-30.603 €	-12%	150.000 €	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:
Versuchswesen in Pflanzenbau und Grünland: am DLR Westerwald-Osteifel werden Versuchsfelder im Bereich Landwirtschaft unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Das Versuchsprogramm wird landesweit abgestimmt und orientiert sich an den Bedürfnissen der Betriebe.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Kosten sind aufgrund einer längeren Erkrankung eines Mitarbeiters (Wegfall der Lohnfortzahlung) gesunken.

Anlage 14

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 51 im Haushaltsjahr 2009
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westerwald-Osteifel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:
Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen.
Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien Ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	4.099.526 €	2.391.390 €	4.950.798 €	2.559.408 €	107%	3.880.000 €	4.347.186 ha	467.186 €	12%	2.400.000 €	►
Verfahrensfläche											
ILEK - Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept	21.712 ha	0 ha				0 ha	0 ha	0 ha	100%	0 ha	▲
Anordnung neuer Verfahren	726 ha	0 ha				1.641 ha	1.490 ha	-151 ha	-9%	0 ha	►
Anlagenplan	726 ha	0 ha				4.365 ha	3.159 ha	-1.206 ha	-28%	0 ha	▼
Vermessungskonzept	2.091 ha	0 ha				1.641 ha	1.816 ha	175 ha	11%	0 ha	▲
Besitzübergang	3.403 ha	0 ha				3.707 ha	3.554 ha	-153 ha	-4%	0 ha	►
Grundbuchberichtigung	2.053 ha	0 ha				1.715 ha	1.669 ha	-46 ha	-3%	0 ha	►
Katasterberichtigung	1.548 ha	0 ha				2.265 ha	1.621 ha	-644 ha	-28%	0 ha	▼
Verfahrensabschluss	2.113 ha	0 ha				5.687 ha	4.980 ha	-707 ha	-12%	0 ha	►

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Abweichungserläuterung:
Die Abweichungen zu den Sollwerten bei den Meilensteinen "Anordnung neuer Verfahren", "Besitzübergang" und "Grundbuchberichtigung" sind nur geringfügig und werden in 2010 abgearbeitet. Die Arbeitsziele der Meilensteine "Anlagenplan", "Katasterberichtigung" und "Verfahrensabschluss" wurden nur zum Teil erreicht. Hier sind die Abweichungen von Plan- und Istwerten auf nicht kalkulierbare Umstände unter anderem in den Bereichen Rechtsbehelfsverfahren und Planungen Dritter zurückzuführen. Außerdem wurde das Arbeitsziel "Vermessungskonzept" prioritär bearbeitet und damit die Voraussetzung geschaffen, die in 2009 nur bedingt erreichten Arbeitsziele in 2010 abarbeiten zu können. Die Kennzahlendrehung zu Anlagenplan und Vermessungskonzept im Bericht vom 31. Juli 2009 wurde hier richtiggestellt.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen
Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 15

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 52 im Haushaltsjahr 2009
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule:
Unterricht in der "Berufsbildenden Schule Landwirtschaft" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufs- sowie Fachschul- und Technikerklassen für Landwirte.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden. Durch intensivierten Förderunterricht soll der Anteil der Schule an den Gesamtleistungen der Dienststelle gesteigert werden.

Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	4	4	4	0	0%	4	3	-1	-25%	4	▼
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	79	85	79	-6	-7%	80	87	7	9%	80	▲
Fachschule (inkl. Techniker)											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	4	3	4	1	33%	4	3	-1	-25%	4	▼
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	70	65	70	5	8%	80	61	-19	-24%	80	▼
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler (bei 15 Schülern je Klasse)	8,31	8,00 €	10,77 €	2,77 €	35%	8,00 €	7,20 €	-0,80 €	-10%	8,00 €	▲

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Einsatz modernster Unterrichtsmittel (Smart-board, E-Learning). Weiterbildung der Lehrkräfte.

Sonstige Erläuterung:
Aufgrund der durchschnittlichen Schülerzahl von 24,6 Schülern pro Klasse liegen die Kosten bei 4,39 €. In der Berufsschule wurden wegen Unterschreitung der Mindestklassenstärke zwei Klassen zu einer zusammengefasst. In der Fachschule wurden wegen zu geringer Anmeldezahlen keine Technikerklasse eröffnet.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:
Beratung in Tierproduktion, Grünland, Ernährung, Pflanzenbau und Nachwachsende Rohstoffe (NaWaRo).

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung in Tierproduktion, Grünlandbewirtschaftung, Ernährung, Pflanzenbau und NaWaRo nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden.

Beratung											
Anzahl Beratungen	15.039	10.000	7.425	-2.575	-26%	17.000	13.923	-3.077	-18%	10.000	▼
durchschn. Kosten pro Beratung	42,09 €	33,00 €	94,93 €	61,93 €	188%	33,00 €	58,57 €	25,57 €	77%	33,00 €	▼
Beanstandungsquote bei der EU-Tierkennzeichnung	24%	25%				25%	23%	-2%	-8%	25%	▲

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Weiterbildung der Beraterinnen und Berater, Einheit von Unterricht und Beratung gewährleistet Praxisnähe.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die rückläufige Anzahl der Beratungen entspricht den sich ändernden Strukturen in der Agrarwirtschaft. Wird das Beratungsangebot von unserem Klientel genutzt, so handelt es sich in den meisten Fällen um aufwendigere und zeitintensivere Beratungen, was die Steigerung der Kosten pro Beratung erklärt.
Aber es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass bei der Erfassung Statistikdaten nicht erfasst werden.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:
berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierproduktion, Grünland, Ernährung, Pflanzenbau und Nachwachsende Rohstoffe (NaWaRo).

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege. Eine Steigerung der Teilnehmerzahl in Weiterbildungsveranstaltungen wird angestrebt.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	254	146	126	-20	-14%	250	219	-31	-12%	150	►
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	22.082	6.600	4.263	-2.337	-35%	11.250	10.478	-772	-7%	6.600	►
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	87	45	34	-11	-24%	45	48	3	6%	50	▲
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	714	530	164	-366	-69%	910	683	-227	-25%	530	▼
Gesamtkosten	243.970 €	160.000 €	273.381 €	113.381 €	71%	237.000 €	289.816 €	52.816 €	22%	160.000 €	▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Einsatz modernster Medien, verstärkte projektorientierte Arbeit und Seminare.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Prognosewert war zu hoch angesetzt. In 2009 wurde kein Bauernmarkt durchgeführt, der in den vergangenen Jahren mehrere tausend Teilnehmer brachte.

Anlage 15

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 52 im Haushaltsjahr 2009
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:
Versuchswesen in Pflanzenbau, Grünland und NaWaRo: Am DLR Eifel wird ein Versuchsfeld im Bereich Landwirtschaft unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten	368.784 €	200.000 €	415.238 €	215.238 €	108%	355.000 €	449.567 €	94.567 €	27%	200.000 €	▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Qualitätssteigerung und Kostensenkung durch Länder- und Grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Erfahrungsaustausch (Nordrhein-Westfahlen, Deutschsprachige Gemeinschaft, Wallonische Region und Luxemburg).

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Abweichungen erklären sich teilweise durch die Ausrichtung des Internationalen Grünlandtages im Juni 2009.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:
Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen. Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	2.475.815 €	1.520.000 €	2.474.876 €	954.876 €	63%	2.600.000 €	2.956.994 €	356.994 €	14%	1.600.000	►
Verfahrensfläche											
Anordnung neuer Verfahren	2.685 ha	0 ha				1.920 ha	2.531 ha	611 ha	32%	0 ha	▲
Anlagenplan	2.296 ha	0 ha				1.440 ha	1.440 ha	0 ha	0%	0 ha	▲
Vermessungskonzept	2.862 ha	0 ha				1.330 ha	2.082 ha	752 ha	57%	0 ha	▲
Besitzübergang	2.437 ha	0 ha				413 ha	1.877 ha	1.464 ha	354%	0 ha	▲
Grundbuchberichtigung	3.010 ha	0 ha				1.126 ha	1.162 ha	36 ha	3%	0 ha	▲
Katasterberichtigung	2.912 ha	0 ha				1.126 ha	1.162 ha	36 ha	3%	0 ha	▲
Verfahrensabschluss	1.363 ha	0 ha				608 ha	151 ha	-457 ha	-75%	0 ha	▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Abweichungserläuterung:
Das Arbeitsziel des Meilensteins "Verfahrensabschluss" wurde nur zum Teil erreicht. Hier ist die Abweichung von Plan- und Istwert auf nicht kalkulierbare Umstände unter anderem im Bereich Rechtsbehelfsverfahren zurückzuführen. Die Abarbeitung der nicht erreichten Arbeitsziele erfolgt in 2010. Die Kennzahlendrehung zu Anlagenplan und Vermessungskonzept im Bericht vom 31. Juli 2009 wurde hier richtiggestellt.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen
Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 16

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 53 im Haushaltsjahr 2009
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinpfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule: Unterricht in der "Berufsbildenden Schule Landwirtschaft" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufs- und Fachschulklassen für Winzer und Gärtner sowie dem Dualen Studiengang Weinbau und Oenologie.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden.											
Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	26	26	26	0	0%	21	25	4	19%	21	▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	580	570	583	13	2%	480	545	65	14%	480	▲
Fachschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	4	4	4	0	0%	4	4	0	0%	4	▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	93	90	95	5	6%	90	95	5	6%	85	▲
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler (bei 15 Schüler je Klasse)	9,73 €	10,00 €	12,85 €	2,85 €	29%	9,00 €	7,34 €	-1,66 €	-18%	9,00 €	▲
Dualer Studiengang Weinbau und Oenologie, Studierende	0	0	0	0	0%	15	69	54	360%	35	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die höheren Schülerzahlen zeigen derzeit eine deutliche Stabilisierung in den Agrarberufen.
Die Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler wurden wie folgt ermittelt:
Gesamtkosten Schule : Unterrichtsstunde (21358,92 KLR-Buchung / 1,92 Faktor =11124,43) : 22 Schüler (IST-Wert 570 Schüler/29 Klassen) = 5,00 €
Vergleich bei 15 Schüler/Klasse: 7,34 €
Die deutliche Unterschreitung kann nur mit dem neuen Verrechnungsverfahren gedeutet werden und wird in den kommenden Budgetberichten zu vergleichen sein. Die kostenrechnerische Integration der Berufsschulklassen Gärtner am DLR Mosel führt zur Steigerung der Klassenzahlen.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung: Beratung in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin, Gartenbau und Ernährung.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden, wobei die Kosten einer Beratung unter 40,00 € liegen sollen. Ziel der Beratung durch das Dienstleistungszentrum Rheinpfalz ist es unter anderem, eine Steigerung des Anteils der Pflanzenschutzgeräte mit Abdrift mindernder Technik in Weinbau und Obstbau, gemessen am zweijährigen Durchschnitt der Pflanzenschutzgerätekontrollen der ADD für die vorangegangenen beiden Jahre, herbeizuführen.											
Beratung											
Anzahl Beratungen	32.712	18.000	17.550	-450	-3%	31.300	31.714	414	1%	18.000	▲
durchschn. Kosten pro Beratung	29,30 €	35,00 €	51,06 €	16,06 €	46%	32,00 €	81,79 €	49,79 €	156%	35,00 €	▼
Anteil der Pflanzenschutzgeräte mit Abdrift mindernder Technik ...											
... im Weinbau	3,00%					3,50%	5,00%	1,50%	43%	4,00%	▲
... im Obstbau	9,00%					9,50%	12,00%	2,50%	26%	10,00%	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die rückläufige Anzahl der Beratungen entspricht den sich ändernden Strukturen in der Agrarwirtschaft. Wird das Beratungsangebot von unserem Klientel genutzt, so handelt es sich in den meisten Fällen um aufwendigere und zeitintensivere Beratungen, was die Steigerung der Kosten pro Beratung erklärt.
Aber es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass bei der Erfassung Statistikdaten nicht erfasst werden.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung: Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin, Gartenbau und Ernährung.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege. Eine Steigerung der Teilnehmerzahl in Weiterbildungsveranstaltungen wird angestrebt.											
Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	996	500	590	90	18%	870	458	-412	-47%	500	▼
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	43.112	25.000	24.100	-900	-4%	43.500	37.969	-5.531	-13%	25.000	►
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	43	50	41	-9	-18%	50	83	33	66%	53	▲
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	1.582	600	790	190	32%	1.700	1.473	-227	-13%	600	►
Gesamtkosten	456.515 €	250.000 €	367.358 €	117.358 €	47%	490.000 €	404.500 €	-85.500 €	-17%	250.000 €	▲

Anlage 16

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 53 im Haushaltsjahr 2009
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinpfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Tendenz wird in Richtung Multiplikatoren-Veranstaltungen gehen. Daher wird die Veranstaltungsfrequenz der früheren Jahre nicht mehr erreicht. Aufgrund der komplexen Umstellung der Buchungsverfahren konnten sich Fehlbuchungen durch die Erfasser eingeschlichen haben.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:
Angewandte Forschung in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin im Weinbau und Phytomedizin im Gartenbau.
Versuchswesen in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin und Gartenbau: am DLR Rheinpfalz werden Lehr- und Versuchsbetriebe im Bereich Weinbau, Obstbau, Gemüsebau, Zierpflanzenbau sowie Heil- und Gewürzpflanzenbau unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten	3.577.494 €	2.000.000 €	3.768.495 €	1.768.495 €	88%	3.805.000 €	4.487.442 €	682.442 €	17,9%	2.000.000 €	▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Ein intensives Versuchswesen mit entsprechenden Grundlagen für die Beratung, Aus-, Fort- und Weiterbildung erforderte eine Steigerung sowohl in der Arbeitsleistung als auch im Bereich der Versuchsmittel. Ferner wurde die Buchungsgrundlage für die MA im Versuchsbetrieb umgestellt, so dass auch hier höhere Zahlen zu verzeichnen sind, die erst mit den kommenden Budgetberichten verglichen werden sollten.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:
Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen. Hochwasserschutzmaßnahmen des Bundes und des Landes werden bodenordnerisch begleitet. Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	2.967.849 €	1.500.000 €	2.675.246 €	1.175.246 €	78%	2.900.000 €	3.296.504 €	396.504 €	14%	1.500.000 €	►
Verfahrensfläche											
ILEK - Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept	0 ha	0 ha	0 ha	0	0%	9.697 ha	27.036 ha	17.339 ha	179%	0 ha	▲
Anordnung neuer Verfahren	40 ha	0 ha	0 ha	0	0%	1.441 ha	593 ha	-848 ha	-59%	0 ha	▼
Anlagenplan	785 ha	0 ha	0 ha	0	0%	787 ha	605 ha	-182 ha	-23%	0 ha	▼
Vermessungskonzept	567 ha	0 ha	0 ha	0	0%	1.058 ha	190 ha	-868 ha	-82%	0 ha	▼
Besitzübergang	1.150 ha	0 ha	0 ha	0	0%	757 ha	520 ha	-237 ha	-31%	0 ha	▼
Grundbuchberichtigung	2.278 ha	0 ha	0 ha	0	0%	426 ha	240 ha	-186 ha	-44%	0 ha	▼
Katasterberichtigung	2.278 ha	0 ha	0 ha	0	0%	426 ha	240 ha	-186 ha	-44%	0 ha	▼
Verfahrensabschluss	900 ha	0 ha	0 ha	0	0%	1.553 ha	1.147 ha	-406 ha	-26%	0 ha	▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Gesamtziel hierbei ist es, für alle Maßnahmebereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Abweichungserläuterung:
2009 stand im Zeichen einschneidender personeller Veränderungen, insbesondere in der Leitungsebene und überfälliger Umstrukturierungen in der Abteilung, begleitet von einem hohen Krankenstand, wodurch die Arbeitsleistung insgesamt erheblich gedrückt wurde.
Daneben sind eine Vielzahl von Verfahren abhängig von der Vorleistung Dritter im Zusammenhang mit Naturschutz, Hochwasserschutz am Oberrhein und Straßenplanungen, die nicht oder nicht zeitgerecht erbracht wurden. Zusammen mit einem erhöhten Moderationsbedarf in der Anordnungsphase dieser Verfahren ist in diesem Sektor ein erhebliches Defizit entstanden. Allerdings sind die Arbeiten soweit gediehen, dass sie kurzfristig in 2010 ihre Erledigung finden werden. Die Notwendigkeit einer Gegensteuerung ist z.Zt. nicht erkennbar.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen
Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 17

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 54 im Haushaltsjahr 2009
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Mosel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule:
Unterricht in der "Berufsbildenden Schule Landwirtschaft" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufsschulklassen für Gartenbau (organisatorisch ab 01. August 2008 DLR-Rheinpfalz) und Weinbau.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden.
Durch intensivierten Förderunterricht soll der Anteil der Schule an den Gesamtleistungen der Dienststelle gesteigert werden.

Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	6	9	6	-3	-33%	9	7	-2	-22%	9	▼
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	145	240	166	-74	-31%	240	141	-99	-41%	240	▼
Fachschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen											
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen											
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler (bei 15 Schüler je Klasse)	8,08 €	9,00 €	2,39 €	-6,61 €	-73%	9,00 €	8,74 €	-0,26 €	-3%	9,00 €	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Schwankungen der Schülerzahlen in der Berufsschule sind minimal. Gegensteuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich. Die Planwerte für die Berufsschulklassen sind nicht mehr aktuell, da mit Beginn des Schuljahres 2009/2010 die Berufschulklassen Gärtner zum DLR Rheinpfalz zugeordnet wurden. Damit einhergehend ist auch der Planwert für die Anzahl der Schüler.
Die durchschnittliche Klassenstärke mit 18,6 Schüler pro Klasse ergäbe durchschnittliche Kosten pro Schüler in Höhe von 7,05 €.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:
Beratung in Weinbau und Ernährung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung in Weinbau und Ernährung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden. Eine Senkung der Beratungskosten wird angestrebt.

Beratung											
Anzahl Beratungen	16.693	9.750	3.273	-6.477	-66%	16.700	10.192	-6.508	-39%	10.000	▼
durchschn. Kosten pro Beratung	24,52 €	36,00 €	151,99 €	115,99 €	322%	36,00 €	55,34 €	19,34 €	54%	36,00 €	▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Wird das Beratungsangebot von unserem Klientel genutzt, so handelt es sich in den meisten Fällen um aufwendigere und zeitintensivere Beratungen, was die Steigerung der Kosten pro Beratung erklärt. Aber es kann nicht ausgeschlossen werden, dass bei der Erfassung Statistikdaten nicht erfasst wurden.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:
Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Weinbau und Ernährung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege. Eine Steigerung der Teilnehmerzahl in Weiterbildungsveranstaltungen wird angestrebt.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	260	150	45	-105	-70%	390	112	-278	-71%	150	▼
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	12.986	7.575	1.272	-6.303	-83%	18.330	5.829	-12.501	-68%	11.000	▼
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	50	47	28	-19	-40%	47	52	5	11%	50	▲
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	178	104	4	-100	-96%	320	1.175	855	267%	190	▲
Gesamtkosten	195.004 €	113.800 €	51.763 €	-62.037 €	-55%	260.000 €	162.375 €	-97.625 €	-38%	120.000 €	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Neue Schwerpunktsetzung beim Vollzug des Steillagenkonzeptes bindet Arbeitskräfte in anderen Bereichen. Weiterbildungsmaßnahmen werden auf die Kernaufgaben beschränkt.

Anlage 17

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 54 im Haushaltsjahr 2009
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Mosel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:
Versuchswesen im Weinbau: am DLR Mosel wird ein Versuchsbetrieb im Weinbau unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten	483.999 €	350.000 €	966.210 €	616.210 €	176%	600.000 €	1.146.224 €	546.224 €	91%	350.000 €	▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Es wurden Investitionen getätigt, die zur Modernisierung der Versuchskellerei und zur Vorbereitung des Umzugs nach Bernkastel-Kues erforderlich sind.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:
Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen. Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	3.895.203 €	2.275.000 €	3.977.726 €	1.702.726 €	75%	3.900.000 €	4.267.734 €	367.734 €	9%	2.300.000 €	►
Verfahrensfläche											
Anordnung neuer Verfahren	5.109 ha	0 ha	0 ha	0 ha		1.342 ha	874 ha	-468 ha	-35%	0 ha	▼
Anlagenplan	265 ha	0 ha	0 ha	0 ha		12.160 ha	9.159 ha	-3.001 ha	-25%	0 ha	▼
Vermessungskonzept	5.625 ha	0 ha	0 ha	0 ha		2.485 ha	2.231 ha	-254 ha	-10%	0 ha	►
Besitzübergang	1.050 ha	0 ha	0 ha	0 ha		2.411 ha	2.510 ha	99 ha	4%	0 ha	▲
Grundbuchberichtigung	4.158 ha	0 ha	0 ha	0 ha		1.611 ha	686 ha	-925 ha	-57%	0 ha	▼
Katasterberichtigung	4.010 ha	0 ha	0 ha	0 ha		1.485 ha	468 ha	-1.017 ha	-68%	0 ha	▼
Verfahrensabschluss	828 ha	0 ha	0 ha	0 ha		2.285 ha	1.457 ha	-828 ha	-36%	0 ha	▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen
Die Arbeitsziele der Meilensteine "Anordnung neuer Verfahren" und "Anlagenplan"sind nur zum Teil erreicht worden. Die Gründe hierfür sind u. a. erhöhter Moderationsbedarf in der Anordnungsphase und nicht erbrachte Vorleistungen Dritter. Die Arbeitsziele der Meilensteine "Vermessungskonzept" und "Besitzübergang" wurden vorrangig bearbeitet und voll erreicht. Dadurch sind Sollwerte der Meilensteine "Grundbuchberichtigung", "Katasterberichtigung" und "Verfahrensabschluss" nicht erreicht worden. Die Abweichungen von Plan- und Istwerten sind auch auf nicht kalkulierbare Umstände unter anderem in den Bereichen Rechtsbehelfsverfahren und Planungen Dritter zurückzuführen. Die Abarbeitung der nicht erreichten Arbeitsziele erfolgt in 2010.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen
Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 18

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 55 im Haushaltsjahr 2009
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	34	33	34	1	3%	33	34	1	3%	33	▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	717	700	717	17	2%	700	670	-30	-4%	700	►
Fachschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	8	8	7	-1	-13%	8	12	4	50%	8	▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	181	190	202	12	6%	190	259	69	36%	190	▲
Anzahl Schüler sonstiger Klassen	50	40	48	8	20%	40	50	10	25%	40	▲
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler (bei 15 Schüler je Klasse)	11,46 €	10,00 €	9,11 €	-0,89 €	-9%	10,00 €	8,27 €	-1,73 €	-17%	9,00 €	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule:
Unterricht in der "Berufsbildenden Schule Landwirtschaft" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufs-, Berufsfachschul-, Berufsoberschul-, Fachschul- und Technikerklassen für Landwirte, Winzer, Gärtner, Pferdewirte und Forstwirte.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden. Durch intensivierten Förderunterricht soll der Anteil der Schule an den Gesamtleistungen der Dienststelle gesteigert werden.

Abweichungserläuterungen und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Werte sind erstmalig inklusive der Fachschulklassen in Bernkastel-Kues und Montabaur ab Schuljahresbeginn 2009/2010.

Beratung											
Anzahl Beratungen	31.198	19.000	10.827	-8.173	-43%	32.000	17.761	-14.239	-44%	19.000	▼
durchschn. Kosten pro Beratung	32,58 €	33,00 €	100,98 €	67,98 €	206%	33,00 €	73,95 €	40,95 €	124%	33,00 €	▼
Anteil der Pflanzenschutzgeräte mit abdriftmindernder Technik im Ackerbau	43,00%	43,00%	76,00%	33,00%	77%	44,00%	45,00%	1,00%	2%	45,00%	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:
Beratung in Pflanzenbau, Weinbau und Ernährung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden. Eine Steigerung der täglichen Zugriffe auf Fachinformationen im Internet wird angestrebt.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die rückläufige Anzahl der Beratungen entspricht den sich ändernden Strukturen in der Agrarwirtschaft. Wird das Beratungsangebot von unserem Klientel genutzt, so handelt es sich in den meisten Fällen um aufwendigere und zeitintensivere Beratungen, was die Steigerung der Kosten pro Beratung erklärt.
Aber es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass bei der Erfassung Statistikdaten nicht erfasst werden.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	775	420	244	-176	-42%	720	405	-315	-44%	420	▼
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	32.159	20.000	8.789	-11.211	-56%	33.840	13.413	-20.427	-60%	21.000	▼
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	41	47	36	-11	-23%	47	33	-14	-30%	50	▼
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	655	380	287	-93	-24%	640	671	31	5%	380	▲
Tägliche Zugriffe mit längerer Verweildauer auf die Seiten des Internet-Angebots aller DLR		23.500	106.690	83.190	354%	90.000	104.835	14.835	16%	15000	▲
Gesamtkosten	647.237 €	400.000 €	644.587 €	244.587 €	61%	686.000 €	621.334 €	-64.666 €	-9%	400.000 €	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:
Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierproduktion, Pflanzenbau, Weinbau und Ernährung - sowie die landesweite Koordinierung im Pflanzenbau.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege wie Mail und Fax. Eine Steigerung der Teilnehmerzahlen in der Erwachsenenbildung wird angestrebt.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Hier liegen die Zahlen deutlich unter denen des Vorjahreszeitraums. Auf die Einzelveranstaltung bezogen ergibt sich eine Rückläufigkeit von 14 Teilnehmern je Veranstaltung zum Planwert 31. Dezember 2009. Als mögliche Gegensteuerungsmaßnahme kommt eine noch konzentriertere Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich des Weiterbildungsangebotes in Betracht, wobei letztlich nicht ausgeschlossen werden kann, dass auch hier die Möglichkeiten der Weiterbildung per Internet eine Rolle spielen.
Anzahl täglicher Zugriffe auf die Fachinformationen der Internetseiten: die Steigerung erklärt sich durch vier zusätzliche Fachportale: Akademie ländlicher Raum, ELER-PAUL, Impulsregionen und Vernetzungsstelle Schulverpflegung. Zudem wurde Anfang des Jahres eine Kooperation mit dem Land Bayern begonnen. Wir hosten Wetter- und Prognosedaten für das Land Bayern. Es ist davon auszugehen, dass sich die Akzeptanz des Internetangebotes der DLR weiter erhöht hat.
Allgemeine Anmerkung: Statistikdaten werden durch die Mitarbeiter eigenständig möglichst sorgfältig gebucht. Es können hier allerdings auch Fehlbuchungen erzeugt werden.

Anlage 18

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 55 im Haushaltsjahr 2009
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:
Am Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück werden ein Versuchsfeld im Bereich Landwirtschaft sowie Versuchsbetriebe im Weinbau unterhalten und die Koordinierung des rheinland-pfälzischen Versuchswesens im Pflanzenbau durchgeführt.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten	1.829.147 €	1.100.000 €	1.778.007 €	678.007 €	62%	1.750.000 €	2.292.198 €	542.198 €	31%	1.100.000 €	▼

Erläuterungen:
Im Bereich Versuchswesen sind weitere Kostenträger enthalten (zum Beispiel Steillagentechnik, Pfropfrebenerzeugung, Reifemessung, usw.), die in der Vergangenheit hinzugerechnet waren. Aus diesem Grund ist hier eine größere Abweichung zum Prognosewert gemäß Haushaltsplan zu verzeichnen.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:
Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen.
Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	3.858.980 €	2.275.000 €	3.882.411 €	1.607.411 €	71%	3.900.000 €	4.324.998 €	424.998 €	11%	2.300.000 €	►
Verfahrensfläche											
Anordnung neuer Verfahren	1.475 ha	0 ha				2.130 ha	866 ha	-1.264 ha	-59%	0 ha	▼
Anlagenplan	792 ha	0 ha				5.056 ha	2.794 ha	-2.262 ha	-45%	0 ha	▼
Vermessungskonzept	958 ha	0 ha				1.475 ha	132 ha	-1.343 ha	-91%	0 ha	▼
Besitzübergang	1.116 ha	0 ha				1.885 ha	1.070 ha	-815 ha	-43%	0 ha	▼
Grundbuchberichtigung	1.285 ha	0 ha				2.267 ha	599 ha	-1.668 ha	-74%	0 ha	▼
Katasterberichtigung	1.285 ha	0 ha				2.267 ha	599 ha	-1.668 ha	-74%	0 ha	▼
Verfahrensabschluss	1.564 ha	0 ha				2.234 ha	2.260 ha	26 ha	1%	0 ha	▲

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Abweichungserläuterung:
Bei den Projektuntersuchungen vor der Anordnung neuer Verfahren gab es personelle Engpässe. Zusätzlich sind die Projektuntersuchungen am Mittelrhein besonders aufwendig. Erhebliche Verzögerungen bei den Anlagenplänen in den Großprojekten im Kreis Mainz-Bingen im Zusammenhang mit Natura 2000.
Die nicht erledigten Vermessungskonzepte sind eine Folge der nicht angeordneten Bodenordnungsverfahren.
Grundbuchberichtigung und Katasterberichtigung konnten nur teilweise erreicht werden, wegen Personalengpässen durch Abordnung und Krankheit und noch anhängiger Rechtsmittelverfahren. Die Kennzahlendrehung zu Anlagenplan und Vermessungskonzept im Bericht vom 31. Juli 2009 wurde hier richtiggestellt.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen
Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 19

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 56 im Haushaltsjahr 2009
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westpfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:
Beratung in Tierproduktion, Pflanzenbau und Ernährung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden.
Im Jahr 2005 hatte die rheinland-pfälzische Landwirtschaft mit fast 50 % eine sehr hohe Beanstandungsquote bei den nach EU-Recht erforderlichen Tierkennzeichnungskontrollen im Bereich Rinderhaltung. Ziel der Beratung in der Tierhaltung ist unter anderem, eine deutliche Senkung der Beanstandungsquote, insbesondere bei den schweren Verstößen, zu erreichen.

Beratung											
Anzahl Beratungen	6.449	4.150	3.044	-1.106	-27%	7.100	6.172	-928	-13%	4.150	►
durchschn. Kosten pro Beratung	45,77 €	40,00 €	143,00 €	103,00 €	258%	40,00 €	62,46 €	22,46 €	56%	36,00 €	▼
Beanstandungsquote bei der EU-Tierkennzeichnung	24%	25%				25%	23%	-2%	-8%	25%	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Anzahl der Beratungen ist weiterhin leicht rückläufig, da der Strukturwandel bei den Tierhaltern verstärkt zu beobachten ist. Durch die Einführung der neuen Erfassungs-Software sind bei der Erfassung der Kennzahlenerfassung offenbar Fehlbuchungen erfolgt. Die Erhöhung der durchschnittlichen Kosten der Beratung begründet sich zudem durch eine Änderung der Kostenträgerstruktur und der statistischen Angaben.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:
Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierproduktion, Pflanzenbau und Ernährung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege wie Mail und Fax. Eine Steigerung der Anzahl an Veranstaltungen in der fachlichen Weiterbildung wird angestrebt.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen	350	200	125	-75	-38%	340	283	-57	-17%	200	▼
TN-Zahl bei den Veranstaltungen	17.937	9.700	5.000	-4.700	-48%	16.660	11.875	-4.785	-29%	9.700	▼
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen	51	49	40	-9	-18%	49	42	-7	-14%	51	►
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	130	100	90	-10	-10%	170	125	-45	-26%	100	▼
Gesamtkosten	170.817 €	100.000 €	177.018 €	77.018 €	77%	170.000 €	137.983 €	-32.017 €	-19%	100.000 €	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Rückgang der Anzahl der Veranstaltungen begründet sich insbesondere durch längerfristige Ausfälle von Mitarbeitern. Die Teilnehmerzahl ist insgesamt geringer, da eine Großveranstaltung (Tag der offenen Tür im zweijährigen Turnus) im Berichtsjahr nicht stattgefunden hat.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:
Versuchswesen in Tierhaltung, Pflanzenbau und Grünland: am Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westpfalz wird ein Versuchsbetrieb im Bereich Landwirtschaft unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und

Versuchswesen											
Gesamtkosten	160.049 €	94.500 €	185.948 €	91.448 €	97%	162.000 €	146.446 €	-15.554 €	-10%	95.000 €	▲

Anlage 19

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 56 im Haushaltsjahr 2009
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westpfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung: Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen. Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien Ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.											
Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	2.167.578 €	1.275.000 €	2.377.907 €	1.102.907 €	87%	2.180.000 €	2.335.856 €	155.856 €	7%	1.300.000 €	►
Verfahrensfläche											
Anordnung neuer Verfahren	1.107 ha	0 ha				1.181 ha	1.171 ha	-10 ha	-1%	0 ha	►
Anlagenplan	433 ha	0 ha				1.769 ha	1.776 ha	7 ha	0%	0 ha	▲
Vermessungskonzept	1.474 ha	0 ha				1.742 ha	1.732 ha	-10 ha	-1%	0 ha	►
Besitzübergang	1.493 ha	0 ha				2.095 ha	3.281 ha	1.186 ha	57%	0 ha	▲
Grundbuchberichtigung	842 ha	0 ha				2.806 ha	2.487 ha	-319 ha	-11%	0 ha	►
Katasterberichtigung	842 ha	0 ha				2.806 ha	2.487 ha	-319 ha	-11%	0 ha	►
Verfahrensabschluss	2.648 ha	0 ha				961 ha	871 ha	-90 ha	-9%	0 ha	►

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Abweichungserläuterung:
Die gesteckten Arbeitsziele sind erreicht, zum Teil übertroffen worden. Der Meilenstein "Besitzübergang" wurde vorrangig bearbeitet, um die Voraussetzung für die Abarbeitung der nicht vollständig erreichten Arbeitsziele und zukünftiger Ziele in 2010 zu schaffen. Die Kennzahlendrehung zu Anlagenplan und Vermessungskonzept im Bericht vom 31. Juli 2009 wurde hier richtiggestellt.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen
Der Planwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 20

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des/der Kapitel(s) 09 19 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Projekt PES - Vertretung von Unterricht

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Der temporäre Unterrichtsausfall wegen Abwesenheit von Lehrkräften aus den unterschiedlichsten Gründen soll so weit wie möglich reduziert werden. Zugleich soll die Selbstverantwortung der Schulen im Rahmen der Qualitätsentwicklung im Bereich der Organisation und Durchführung von Vertretungsunterricht gestärkt werden. Ein Erhebungsinstrument zur Erfassung des temporären Vertretungsbedarfs sowie der ergriffenen Regulierungsmaßnahmen ist weiter zu entwickeln. Die technischen und organisatorischen Grundlagen für statistische Aussagen zum temporären Unterrichtsausfall sind weiter auszubauen. Der verbleibende temporäre Unterrichtsausfall soll um 1/3 bis um 1/2 (bezogen auf den im Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2007/2008 ausgewiesenen Referenzwert von 4,2%) reduziert werden. Durch die intensive konzeptionelle Beschäftigung mit dem Phänomen Vertretung von Unterricht soll diesbezüglich eine Qualitätssteigerung bei den teilnehmenden Schulen bewirkt werden.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Die Ausweitung des Projektes auf freiwilliger Basis auf alle weiterführenden Schulen bis Ende der Legislaturperiode wird weiterverfolgt. Am 31. Dezember 2009 befanden sich 708 Schulen aller Schularten im Projekt, darunter 150 Ganztags-Grundschulen und Schwerpunktschulen. Bis zum 31. Juli 2010 wird ein Ausbau auf 750 Schulen angestrebt. Bei den Istwert- und Planwert-Zahlen kommt es in der Folge der Schulstrukturreform teilweise zu Überlagerungen, was Unschärfen zur Folge hat. Zum Stichtag 10. Juli 2009 hatten die Projektschulen nach Regulierung einen temporären Unterrichtsausfall von 2,68%. Die Projektschulen werden in unterschiedlich zugeschnittenen Fortbildungsveranstaltungen und Dienstbesprechungen regelmäßig zu Fragen der Portaltechnik, des Arbeits- und Vertragsrechts und der Statistik geschult. Des weiteren finden Schulungen zur pädagogischen Konzeption eines effektiven Vertretungsunterrichtes statt. Die Schulungsaktivitäten werden ständig weiter ausgebaut. Auch die Portaltechnik wird ständig weiterentwickelt. Dabei wird besonderer Wert gelegt auf die Verknüpfung mit anderen schulaufsichtlich erhobenenen Datenbeständen.

Mengen											
Anzahl der Schulen	662	700	690	-10	-1,43%	720	708	-12	-1,67%	750	►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Teilnahme an dem Projekt ist nach wie vor freiwillig. Deshalb kann auf die Zahl der teilnehmenden Schulen nur begrenzt Einfluss genommen werden.

Anzahl der Schulungsmaßnahmen	36	30	35	5	16,67%	35	36	1	2,86%	36	▲
Anzahl geschulter Personen	1.000	600	650	50	8,33%	650	660	10	1,54%	660	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Schulaufsicht wurde stärker in das PES eingebunden. PES ist Thema der regionalen Schulleiterdienstbesprechungen. Die Schulleiter behandeln dieses Thema bei Dienstbesprechungen und Konferenzen an der Schule. Aufgrund der hohen Zahl der teilnehmenden Schulen werden unter Federführung der Schulaufsicht verstärkt regionale Netzwerke gebildet. Fortbildungsveranstaltungen zum Vertretungskonzept werden vom IFB angeboten; ausgebildete Moderatoren werden von den Schulen angefordert. Eine genaue zahlenmäßige Erfassung wäre mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden. Die Zahl der durchgeführten Veranstaltungen und teilnehmenden Personen kann daher nur geschätzt werden.

Temporärer Unterrichtsausfall		**2,21% bis 2,8%**	2,66%			**2,21% bis 2,8%**				**2,21% bis 2,8%**	

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Zum Stichtag 10. Juli 2009 (Erhebungszeitraum: Schuljahr 2008/2009) hatten die Projektschulen einen tatsächlichen verbleibenden temporären Unterrichtsausfall von 2,68%. Das im Leistungsauftrag festgelegte Ziel, Verminderung des temporären Unterrichtsausfalls um 1/3 bis 1/2 bezogen auf den Referenzwert 4,2% wurde erreicht. Der Erhebungsstichtag für das 1. Schulhalbjahr 2009/2010 ist der 31. Januar 2010. Ergebnisse werden frühenstens im Mai 2010 vorliegen. Daher ist eine Aussage zum IST-Wert zum 31. Dezember 2009 nicht möglich. Zur Erläuterung: die Statistik wird schuljahresbezogen erhoben (Stichtage 31. Januar und letzter Schultag im Schuljahr)

Wirtschaftlichkeit / Kosten											
	9.975.954,12	6.400.000,00	5.757.000,00	-643.000	-10,05%	14.200.000	11.108.898	-3.091.102	-21,8%		▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Teilnahme an dem Projekt ist nach wie vor freiwillig. Deshalb kann auf die Zahl der teilnehmenden Schulen nur begrenzt Einfluss genommen werden. Der aktuelle Stand der teilnehmenden Schulen liegt bei 708 und damit unter dem Planwert. Folglich muss auch die Istausgabe unter dem geplanten Wert liegen. Da der temporäre Unterrichtsausfall damit in der Planungsbandbreite liegt, ist der Mitteleinsatz daher als wirtschaftliches Ergebnis neutral zu bewerten.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 21

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des/der Kapitel(s) 09 82 / 03 04 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS)

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Aufgabe der AQS ist es, basierend auf dem Orientierungsrahmen Schulqualität (ORS) regelmäßig externe Evaluationen an allen rd. 1.600 staatlichen Schulen des Landes durchzuführen und die dazu notwendigen Zielvorgaben, Instrumente und Verfahren zu entwickeln. Sie erstellt auf der Grundlage schulstatistischer Daten, der Qualitätsprogramme und ihrer schulinternen Evaluierung, der externen Leistungsstudien, Vergleichs-/Parallelarbeiten sowie auf der Grundlage regelmäßiger Schul- und Unterrichtsbesuche einen Bericht zur Qualitätsarbeit an der jeweiligen Schule. Der Bericht ist Grundlage für Zielvereinbarungen zwischen der einzelnen Schule und der zuständigen Schulaufsicht.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Erstes Halbjahr 2009
Evaluation von 150 Schulen
Erstellung von 150 Berichten
Weiterführung aller Qualifizierungsmaßnahmen
Weiterführung aller Informationsaktivitäten

Zweites Halbjahr 2009
Evaluation von 200 Schulen
Erstellung von 150 Berichten
Weiterführung aller Qualifizierungsmaßnahmen
Weiterführung aller Informationsaktivitäten
Umzug nach Bad Kreuznach

Erstes Halbjahr 2010
Evaluation von 210 Schulen
Erstellung von 200 Berichten
Weiterführung aller Qualifizierungsmaßnahmen
Weiterführung aller Informationsaktivitäten

Zweites Halbjahr 2010
Evaluation von 210 Schulen
Erstellung von 250 Berichten
Weiterführung aller Qualifizierungsmaßnahmen
Weiterführung aller Informationsaktivitäten
Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse bisheriger Evaluationen

Anlage 21

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des/der Kapitel(s) 09 82 / 03 04 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS)

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Mengen											
Anzahl der Schulbesuche (Evaluationen)	88	150	158	8	5%	200	145	-55	-28%	210	▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Gleichwohl der Planwert aus dem Leistungsauftrag im 1. Halbjahr 2009 leicht übererfüllt werden konnte und bereits vor den Sommerferien überdies erste Kontaktaufnahmen mit bzw. Vorbereitungsbesuche bei Schulen stattfanden, die erst im 1. Schulhalbjahr 2009/2010 zur Evaluierung anstanden, konnte infolge von Langfristerkrankungen und Fluktuation im Bereich der schulischen Referenten (Teamleiter) das Plansoll des 2. Halbjahres 2009 nicht erreicht werden. Aufgrund bereits vorgenommener und anstehender Neueinstellungen/Abordnungen ist wieder von einer Steigerung im Jahr 2010 auszugehen.

Anzahl der Berichte	131	150	183	33	22%	150	62	-88	-59%	200	▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Bei den angegebenen Berichtszahlen handelt es sich um sog. vorläufige Berichte, die den Schulen während den im Evaluationsverfahren vorgesehenen Rückmeldebesuchen vorgestellt werden. Nach der Rückmeldekonferenz hat die Schule die Möglichkeit der Stellungnahme, die dann in den endgültigen Bericht einfließt. Konnte im 1. Halbjahr 2009 das Plansoll noch um 22% übertroffen werden, ist für das 2. Halbjahr 2009 eine Unterschreitung um 59% festzustellen. Insgesamt konnten im Kalenderjahr 2009 245 von 300 geplanten Berichten gefertigt werden, so dass insgesamt eine Unterschreitung von 55 Berichten (18%) festzustellen ist. Die Negativ-Abweichung resultiert aus der methodischen Umstellung der Berichtsformate im 2. Halbjahr 2009. Durch die Umstellung wurde der Prozess insoweit verschlankt, als es nunmehr nicht mehr einen vorläufigen und einen endgültigen, sondern lediglich einen abschließenden Evaluationsbericht geben wird. Für die 55 offenen Fälle entfällt bereits der vorläufige Bericht; die abschließenden Evaluationsberichte sind bereits in Bearbeitung.

Anzahl geschulter Personen	62	60	127	67	112%	40	111	71	178%	40	▲
Anzahl der Info-Veranstaltungen	39	25	24	-1	-4%	25	10	-15	-60%	25	▼
Teilnehmerzahl der Info-VA	240	250	239	-11	-4%	250	255	5	2%	250	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Durch Verringerung der Anzahl der einzelnen Veranstaltungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Teilnehmer konnte die Öffentlichkeitsarbeit optimiert und damit effizienter gestaltet werden. Ein Grund sind die Tagungsräumlichkeiten im neuen Dienstgebäude der AQS in Bad Kreuznach. Eingesparte Personalressourcen werden künftig für die Schulevaluation eingesetzt.

Wirtschaftlichkeit / Kosten	3.258.948 €	2.550.000 €	2.110.400 €	-439.600	-17%	4.220.200 €	3.865.945 €	-354.255 €	-8%	3.911.000	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Entsprechend dem aktuellen Leistungsauftrag beträgt der maximale finanzielle Rahmen für den Zeitraum des Leistungsauftrages insgesamt 8.131.200 € (nur Kapitel 0982). Davon sind für das Haushaltsjahr 2009 4.220.200 € und für das Haushaltsjahr 2010 3.911.000 € im Kapitel 0982 vorgesehen. Im Kapitel 0304 standen der AQS im Haushaltsjahr 2009 insgesamt 131.516 € zur Verfügung, wovon 129.977 € verausgabt worden sind. Hinsichtlich der nicht verbrauchten Haushaltsmittel wurden Haushaltsausgabereste, insbesondere wegen noch bevorstehender Schlussrechnungen bei den Investitionen und aufgeschobener Ausstattung zur Herrichtung des neuen Dienstgebäudes, beantragt.

Qualitäten / Bürgerorientierung	Die AQS ist ein Instrument der Landesregierung zur Qualitätsentwicklung und -sicherung im Schulbereich; sie bedient sich eines kooperativen Ansatzes, der systematisch alle wesentlichen Akteure des rheinland-pfälzischen Schulwesens in den Prozess der Verbesserung schulischer Qualitätsarbeit einbezieht. Besondere Berücksichtigung finden dabei die Einschätzungen der Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Eltern bzw. Sorgeberechtigten und der Lehrkräfte. Qualitätsarbeit und Kundenorientierung sind Querschnittsaufgaben der AQS.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 22

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 10 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Landesforsten Rheinland-Pfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 [1]	Planwert zum 31.07.2009 [1]	Istwert zum 31.07.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 [1]	Istwert zum 31.12.2009 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2010 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Produktbereich Staatswaldbewirtschaftung: Bereitstellung des umweltfreundlichen Rohstoffs Holz und sonstiger Waldprodukte im Staatswald, Bewirtschaftung des Staatswaldes in Form der naturnahen Waldwirtschaft.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Einschlag und Verkauf des Rohstoffes Holz unter Beachtung der Nachhaltigkeit.											
Ernte und Verkauf von Rohholz											
Mengen [Festmeter]	1.240.000	500.000	516.000	16.000	3,2%	1.010.000	1.140.000	130.000	13%	500.000	▲
Erlöse (€) entspricht dem Ertrag (€) bis Ende 2008	59.750.000	25.000.000	25.350.000	350.000	1,4%	49.200.000	56.519.187	7.319.187	15%	25.000.000	▲
Durchschnittserlös €/fm neue Kennzahl ab 2009		52	49	-3	-5,8%	48	49	1	2%	50	▲
Erlöse aus Sachgütern											
Erlöse (€) neue Kennzahl ab 2009		1.000.000	850.000	-150.000	-15%	1.800.000	2.190.000	390.000,0	22%	1.000.000	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Produktbereich Umweltvorsorge: Schützen der natürlichen Lebensgrundlagen und Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts durch Wahrung der vielfältigen Schutzfunktionen des Waldes.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Standortkartierung, Flächenmanagement, Entwicklung naturnaher Wälder.

Neuanlage, Erhaltung und Wiederbegründung naturnaher Wälder											
Menge (ha) erstmals 2009 berücksichtigt		600	590	-10	-1,7%	900	740	-160	-18%	450	▼
Bodenschutzkalkung											
Mengen [Hektar]	3.800	200	0	-200	-100%	5.000	3.500	-1.500	-30%	0	▼
waldökosystembezogene Planungen											
Betriebspläne (Forsteinrichtung) (ha) neue Kennzahl ab 2009		30.000	94.700	64.700	216%	94.700	94.700	0	0%	66.500	▲
Standortkartierung (ha) neue Kennzahl ab 2009		2.000	2.500	500	25%	5.000	10.000	5.000	100%	5.000	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Prognosewert für die Neuanlage, Erhaltung und Wiederbegründung naturnaher Wälder konnte nicht erreicht werden, da sich die geplante Pflanzzeit aufgrund des vorzeitigen Wintereinbruchs verkürzte. Die ausgefallenen Pflanzungen werden nachgeholt. Aufgrund einer im Laufe des Jahres 2009 durchgeführten Fachberatung wurde der ursprünglich vorgesehene Umfang der Bodenschutzkalkungen auf den notwendigen Umfang reduziert.

Anlage 22

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2009/2010
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 10 im Haushaltsjahr 2009
Aufgabenbereich: Landesforsten Rheinland-Pfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2008 1)	Planwert zum 31.07.2009 1)	Istwert zum 31.07.2009 1)	Abweichung 1)	Abweichung [%] 1)	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2009 1)	Istwert zum 31.12.2009 1)	Abweichung 1)	Abweichung [%] 1)	Prognosewert zum 31.07.2010 1)	Zielerreichung zum Berichtstag 2) ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Produktbereich Erholung und Umweltbildung: Entwicklung und Stärkung des Wissens über das Ökosystem Wald und seiner nachhaltigen Nutzung.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: "Treffpunkt Wald", Waldführungen, Waldjugendspiele, Freiwilliges Ökologisches Jahr, Ganztagsschule.											
landesweite Initiative "Treffpunkt Wald"											
Anzahl der Veranstaltungen neue Kennzahl ab 2009		150	391	241	160,7%	500	690	190	38%	300	▲
Führungen, Seminare, Programme und Projekttage											
Anzahl der Teilnehmer neue Kennzahl ab 2009		30.000	30.000	0	0,0%	70.000	102.500	32.500	46%	35.000	▲
Waldjugendspiele, Waldjugendspiele für Behinderte und "Wald ohne Grenzen"											
Anzahl der Teilnehmer neue Kennzahl ab 2009		24.000	21.000	-3.000	-12,5%	21.000	21.000	0	0%	22.000	▲
Freiwilliges Ökologisches Jahr											
Anzahl der Teilnehmer neue Kennzahl ab 2009		120	129	9	7,50%	120	139	19	16%	135	▲
Ganztagsschulen											
Anzahl der Gruppen neue Kennzahl ab 2009		30	42	12	40%	42	81	39	93%	37	▲
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Unterstützung anderer Waldbesitzer, Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Aus- und Fortbildung.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Beratung, Bewirtschaftung von kommunalen und privaten Wäldern, Bereitstellung von Ausbildungsplätzen und Ausbildern.											
Ausbildung											
Anzahl der Auszubildenden	177	170	178	8	4,7%	170	187	17	10%	172	▲
Bewirtschaftung kommunaler Wälder											
Staatl. beförsterte Kommunalwaldfläche [Hektar]	300.000	295.000	298.000	3.000	1%	295.000	295.000	0	0%	280.000	▲
Bewirtschaftung privater Wälder und Beratung privater Waldbesitzer											
Bewirtschaftete und beratene Fläche [Hektar]	166.000	166.000	166.000	0	0%	166.000	166.000	0	0%	166.000	▲

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 23

Einrichtung	Umsetzungsstatus
Kapitel 03 06 **Statistisches Landesamt**	Kostenarten-, Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung, Kontierung auf Tätigkeiten, interne Leistungsverrechnung (MACH, Eigenentwicklung)
Kapitel 03 10 **Polizeibehörden**	Kostenstellenrechnung (Irm@)
Kapitel 03 17 **Landesbetrieb Daten und Information**	Kaufmännische Buchführung (SAP R/3)
Kapitel 03 22 **Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation**	LVermGeo: Vollkostenrechnung mit Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, erste Benchmarks auf Basis von Kennzahlen aus Controllingberichten (MACH) VermKÄ: KOLEIKAT bis 31.12.2009; anschließend MACH
Kapitel 03 80 **SGD Nord**	Erweiterte KLR innerhalb der Abteilung 1, Kostenarten- und Kostenstellenrechnung, interne Leistungsverrechnung (MACH und selbstentwickelte Software für Anlagenbuchhaltung)
Kapitel 03 82 **Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion**	Produktkataloge, Einsatz des Zeiterfassungstools, Einrichtung von Kennzahlen, Qualitätsindikatoren und Anlagenbuchhaltung; zukünftig: Datenimport aus Vorsystemen (u.a. IRMA, RP-Budget), Leistungsverrechnung (MACH)
Kapitel 04 04 **Oberfinanzdirektion Koblenz und Finanzämter**	Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern
Kapitel 04 07 **Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle bei der OFD**	Vollkostenrechnung mit Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, GUV/Profitcenterabrechnung, Verfeinerung des Berichtswesens (SAP ECC 6.0, Module FI und CO in Verbindung mit KLeist, IRMA, Daisy und Carla)
Kapitel 04 10 **Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung**	Echtbetrieb mit kaufmännischer Buchführung (SAP R/3)
Kapitel 05 04 **Arbeitsverwaltungen in den Justizvollzugsanstalten**	Einsatz einer Access-basierten KLR in den vier JVA mit Eigenbetrieben; Lizenzen für u.a. KLR-Softwaremodule wurden Ende 2009 von der Firma MACH erworben
Kapitel 06 04 **Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung**	Vollkostenrechnung, quantitative Kennziffern, Entwicklung eines Produktcontrollings, eines quantitativen und qualitativen Bewertungsschemas (MACH)
Kapitel 08 03 **Landesamt für Geologie und Bergbau**	Echtbetrieb, Kostenarten-, Kostenstellen- und Projektkostenrechnung, Anlagenbuchhaltung; Plankostenrechnung stichprobenhaft, Verrechnungen gemäß Stufenleiterverfahren (MACH)
Kapitel 08 05 **Landesamt für Mess- und Eichwesen**	Echtbetrieb, Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung sowie Anlagenbuchhaltung, Verrechnungen gemäß Stufenleiterverfahren (MACH)

Anlage 23

Kapitel 08 06 **Landesbetrieb Mobilität**	Echtbetrieb mit kaufmännischer Buchführung (SAP-Module)
Kapitel 08 51-08 56 **Dienstleistungszentren Ländlicher Raum**	Echtbetrieb, Kostenarten-, Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung; ab 01.01.2009 Umstellung KLR und Anlagenbuchhaltung auf MACH
Kapitel 09 05 **Universität Mainz**	Kostenarten- und Kostenstellenrechnung; derzeit Einrichtung von Kostenträgern und Verrechnern (MACH)
Kapitel 09 06 **Universität Trier**	Einführung einer Kostenarten-, Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung, Anlage von Umlage- und Verteilschlüsseln (HIS)
Kapitel 09 07 **TU Kaiserslautern**	Implementierung einer Vollkostenrechnung mit Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung (MACH, HIS)
Kapitel 09 09 **Universität Koblenz-Landau**	Kostenarten- und Kostenstellenplan wurden zum Jahreswechsel 2009/2010 überarbeitet, es wird bereits auf Kostenstellen und Kostenträger gebucht (HIS).
Kapitel 09 11 **Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer**	Fortentwicklung und Verfeinerung der Kostenrechnung, Ermittlung von Kennzahlen für die Bewertung wissenschaftlicher Leistungen (Irm@)
Kapitel 09 61 **FH Bingen**	Kostenstellenrechnung auf Vollkostenbasis (HIS)
Kapitel 09 62 **FH Kaiserslautern**	Kostenarten- und Kostenstellenplan vorhanden, Einführung der Vollkostenrechnung verzögert sich auf 01/2010 (HIS)
Kapitel 09 64 **FH Ludwigshafen**	Geplante Einführung einer Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, Starttermin für die Implementierungsphase ist der 01.01.2010 (HIS)
Kapitel 09 65 **FH Mainz**	Kostenarten- und Kostenstellenrechnung (HIS)
Kapitel 09 66 **FH Trier**	Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung (HIS)
Kapitel 09 67 **FH Worms**	Einführung einer Kostenarten- und Kostenstellenrechnung (HIS)
Kapitel 14 10 **Landesforsten Rheinland-Pfalz**	Echtbetrieb, Kostenarten-, Kostenstellen-, und Kostenträgerrechnung auf Vollkostenbasis (MACH)
Kapitel 14 85 **Landesuntersuchungsamt**	Vollkostenrechnung im Fachbereich Tiermedizin mit Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung; Ausbau der KLR auf weitere Organisationseinheiten folgt (MACH)
Kapitel 20 02 **Staatsbäder**	Kaufmännische Buchführung im Produktivbetrieb mit KLR seit 2006

Mittel der Titelgruppen 71 und 91 in der Sonderrechnung (Selbstbewirtschaftungsmittel)

Hochschule	Kapitel	Konto Nr.	Stand 31.12.2000	Stand 31.12.2001	Stand 31.12.2002	Stand 31.12.2003	Stand 31.12.2004	Stand 31.12.2005	Stand 31.12.2006	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2008	Stand 31.12.2009
Uni Mainz	15 03	8500	17.995.717,00 €	10.082.461,00 €	4.089.323,00 €	6.170.892,00 €	6.153.956,77 €					
Uni Mainz (Globalhaushalt)	09 05	8500						Einführung Globalhaushalt				
Uni Trier	09 06	8700	2.619.686,00 €	2.326.998,00 €	1.692.464,00 €	1.478.377,00 €	1.478.064,26 €	4.639.692,34 €	9.494.357,11 €	Einführung Globalhaushalt		
Uni Kaiserslautern	09 07	8600	7.190.430,00 €	6.876.997,00 €	5.815.968,00 €	3.536.973,00 €	2.939.818,85 €	3.015.155,70 €	5.873.710,62 €	Einführung Globalhaushalt		
Uni Koblenz-Landau	09 09	8800	3.038.289,00 €	3.683.142,00 €	3.155.150,00 €	3.335.330,00 €	3.350.573,94 €	3.350.573,94 €	3.350.573,94 €	7.449.336,72 €	9.090.902,19 €	7.797.440,05 €
VwHS Speyer	09 10											417.598,81 €
FH Bingen	09 61	9200	868.237,00 €	1.188.996,00 €	1.006.956,00 €	1.166.148,00 €	1.231.157,16 €	802.852,52 €	411.675,30 €	586.446,34 €	1.803.205,54 €	2.139.733,39 €
FH Kaiserslautern	09 62	9300	664.146,00 €	2.442.180,00 €	2.652.100,00 €	3.194.094,00 €	3.733.497,17 €	4.129.000,90 €	4.770.522,12 €	Einführung Globalhaushalt		
Standort Zweibrücken			662.952,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €			
Standort Pirmasens			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €			
FH Koblenz	09 63	9400	1.402.938,00 €	1.637.924,00 €	1.432.427,00 €	1.424.888,00 €	1.047.482,03 €	1.047.482,03 €	2.049.006,21 €	2.605.731,71 €	2.580.492,35 €	2.118.575,90 €
FH Ludwigshafen	09 64	9500	667.197,00 €	701.064,00 €	122.082,00 €	2.971,00 €	0,00 €	0,00 €	574.391,20 €	999.981,83 €	827.246,38 €	864.923,73 €
FH Mainz	09 65	9600	762.964,00 €	964.189,00 €	206.536,00 €	715.869,00 €	717.960,13 €	1.274.321,85 €	2.908.400,27 €	Einführung Globalhaushalt		
FH Trier	09 66	9700	1.906.841,00 €	1.783.369,00 €	1.626.867,00 €	1.744.954,00 €	1.421.488,55 €	1.864.301,19 €	2.089.458,99 €	2.507.227,35 €	3.032.668,83 €	2.732.321,35 €
Standort Birkenfeld			141.586,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €			
FH Worms	09 67	9800	900.619,00 €	595.012,00 €	766.185,00 €	528.595,00 €	473.713,90 €	816.104,69 €	1.706.757,81 €	2.298.552,53 €	3.229.718,41 €	3.358.491,33 €
		Summe:	38.821.602,00	32.282.332,00	22.566.058,00	23.299.091,00	22.547.712,76	20.939.485,16	33.228.853,57	16.447.276,48	20.564.233,70	19.429.084,56

Anlage 25

Einzelaufgliederung nach Hochschulen zum Bericht der Landesregierung über Stand und Verwendung der Selbstbewirtschaftungsmittel nach Nr. 3.13 der VV zur Haushalts- und Wirtschaftsführung 2009.

				Einzelaufgliederung der Entnahmen im Haushaltsjahr 2009								
					Konsumtive Ausgaben in 2009							
					1.Forschung und Lehre		2. Verwaltung		3. Sonstiges			
Kapitel	Stand 01.01.2009	Stand 31.12.2009	Entnahmen bzw. Zuführungen	Summe der Investitionen in 2009	Personalausg.	Sachausg.	Personalausg.	Sachausg.	Personalausg.	Sachausg.	Summe 2009 insgesamt	Geplante Ausgaben 2010 für Investitionen	Konsumtiver Bereich
09 09	9.090.902,19	7.797.440,05	-1.293.462,14	1.293.462,14							1.293.462,14		
09 10	0,00	417.598,81	417.598,81								0,00		
09 61	1.803.205,54	2.139.733,39	336.527,85								0,00		
09 63	2.580.492,35	2.118.575,90	-461.916,45			461.916,45					461.916,45		
09 64	827.246,38	864.923,73	37.677,35								0,00		
09 66	3.032.668,83	2.732.321,35	-300.347,48			300.347,48					300.347,48		
09 67	3.229.718,41	3.358.491,33	128.772,92								0,00		
Summe:	20.564.233,70	19.429.084,56	-1.135.149,14	1.293.462,14	0,00	762.263,93	0,00	0,00	0,00	0,00	2.055.726,07	0,00	0,00
Zuführungen in die Selbstbewirtschaftung			920.576,93										
Entnahmen aus der Selbstbewirtschaftung:			-2.055.726,07										